

Master Thesis

**Interkultureller politischer Humanismus
Politische Bildung
in der Basisarbeit einer politischen Partei**

eingereicht von

Mag. rer.soc.oec. Elisabeth Dohnal

Matrikelnummer:

82 50 114

zur Erlangung des akademischen Grades

Master of Science

**Donau-Universität Krems
Plattform Politische Kommunikation**

im Rahmen des

Universitätslehrgangs "Politische Bildung"

betreut durch

a.o. Univ.Prof. Mag. Dr. phil. Alois Ecker

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Universität Wien

Wien, im Dezember 2012



Eidesstattliche Erklärung

Ich, Mag. rer.soc.oec. Elisabeth Dohnal

geboren am 24.10.1962 in Wien

erkläre,

1. dass ich meine Master Thesis selbständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Master Thesis bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,
3. dass ich, falls die Arbeit mein Unternehmen betrifft, meinen Arbeitgeber über Titel, Form und Inhalt der Master Thesis unterrichtet und das Einverständnis eingeholt habe.

Wien, im Dezember 2012

Abstrakt

Politische Bildung durch politische Parteien gewinnt im interkulturellen Zusammenhang an Bedeutung.

Demokratische Werte sind weltumfassend und nicht allein für Europa bezeichnend. Der interkulturelle politische Humanismus für das Europa der Gegenwart und Zukunft ist richtunggebend für ein friedvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer und Kulturen. In einer globalisierten Welt sind die Nationen von Interkulturalität geprägt. Humanismus geht von den Erfordernissen nach unverrückbaren gemeinsamen Grundwerten und den universell verpflichtenden Menschenrechten aus. Politische Bildung fokussiert auf den Bestand der Demokratie, die Gleichberechtigung der Geschlechter und Freiheitsrechte für alle Mitglieder dieser Gesellschaft sowie Chancengleichheit für alle Menschen. Der einzelne Mensch führt ein autonomes und selbstbestimmtes Leben und übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft.

Der interkulturelle Dialog erfolgt aus dem übergeordneten Zweck, der Anerkennung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie der durch alle in einer Nation oder einem Nationenverband lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft, Kultur und religiöser Zugehörigkeit. Die Grundwerte der europäischen Gesellschaft sind nicht verhandelbar. Durch entsprechende gesetzliche Regelungen ist diese Ausrichtung des Staates in allen Lebensbereichen zu verdeutlichen.

Inhaltsverzeichnis

Seite

1.	Einleitung	7
2.	Interkultureller Humanismus	9
2.1	Verständnis	9
2.2	Humanistische Politik	14
2.3	Interkultureller Dialog	15
2.4	Leitkultur	17
2.5	Menschsein des Menschen	20
2.6	Demokratie und Rechtsstaat	21
2.6.1	Demokratiefeste Menschen- und Minderheitenrechte	21
2.6.2	Abwahl der Demokratie	22
2.6.3	Abwahl der Regierung	23
2.6.4	Militärischer Humanismus	24
2.7	Staat, Religion, Interkulturalität	27
2.7.1	Abkehr vom Humanismus	29
2.7.1.1	Interreligiöses und interkulturelles Zentrum	29
2.7.1.2	Dogma statt Dialog	34
2.7.2	Interkulturalität	40
2.7.2.1	Globalisierung und Toleranz	40
2.7.2.2	Partizipation durch Sprache	44
3.	Sozialdemokratische Bildung	46
3.1	Historischer Überblick	46
3.1.1	Sozialdemokratische Bildungs- und Kulturarbeit	46
3.1.2	Verband Wiener Volksbildung	49
3.1.3	Volkshochschulen	50
3.1.4	Urania	51
3.1.5	Wiener Städtische Büchereien	51
3.1.6	Bund Sozialdemokratische/r Akademiker/innen, Intellektueller und Künstler/innen	53
3.1.7	Weichenstellungen für die Sozialdemokratie der Zukunft	54
3.2	Politische Bildung	57
3.2.1	Verständnis	57
3.2.2	Beweggründe von Bildung	58
3.2.3	Bildung und Qualifizierung	62

3.3	Sozialdemokratische, europäische politische Bildung	65
3.3.1	Europäische politische Bildung	65
3.3.2	Von staatsbürgerlicher Erziehung zur politischen Bildung	68
3.3.3	Humanistisch Bildung ist politisch	70
3.3.4	Weltgemeinschaft scheitert bei Bildung	72
4.	Theoretisches Modell und politische Maßnahmen der SPÖ Sandleiten	74
4.1	Information zu Sandleiten in Ottakring	74
4.2	Interkulturalität in Ottakring	76
4.3	Strategischer Bogen	82
4.4	Politische Maßnahmen	83
	Information:	83
	Kompetenz für Sandleiten	83
	Beratungen für Bewerbungen am Arbeitsmarkt	83
	Recht für Linke	84
	Frag Felix	84
	Steuerinformation	85
	Staat / Religion:	85
	Das politische Gespräch	85
	Das politische Referat	85
	Veranstaltungen mit dem BSA Ottakring	85
	Zusammenleben:	86
	Interkulturelles Frühstück	86
	Interkulturelles Rotes Cafe	87
	Roter Frühling / Roter Herbst	87
	Sommerfest am Matteottiplatz	88
	Nähstube	88
	Sprache:	88
	VHS Ottakring / SPÖ Sandleiten	88
	Frauen:	89
	Gemeinsame Unternehmungen	89
	Kinder und Jugendliche:	89
	Demokratiewerkstatt	89
	Jugendparlament	90
	Kinderflohmarkt	91
	Spiel- und Bastelstube	92

	Kommunikationsprogramm „Sandzeiten begegnen“	93
	Der Rote Bote	93
	Internetauftritt	94
	Schaukästen	94
	Die Rote Post	94
	Österreich Magazin	94
	Elektronischer Versand, Verteilaktionen und Flugblätter	94
	Rundbrief	95
	Einbindung von Sozialdemokrat/innen und weiteren Interessierten	95
	Zusammenarbeit und Abstimmung von gemeinsamen Maßnahmen mit anderen	95
	Das politische Gespräch / Pro und Contra-Debatte	95
	Das politische Referat	95
	Veranstaltungen mit dem BSA Ottakring	95
5.	Reflexion und Ausblick	96
5.1	Profil eines universell interkulturell politischen Humanismus	96
5.2	Kompetenz-Strukturmodell in der politischen Basisarbeit Themenfeld: Universell interkultureller politischer Humanismus	98
5.3.	Ausblick	103
5.4.	Zum Abschluss	106
6.	Literatur und Informationen zur politischen Bildung	109
	... in der Master Thesis zitiert	109
	... politische Bildung zum Nachschlagen:	117
	Europa und International	117
	Handbücher und Standardwerke	118
	Internet	119
	Journale und Zeitschriften	119
	Österreichische Vereine	120
	Universitäten	120

1. Einleitung

In der vorgelegten Master Thesis befasse ich mich mit politischer Bildung durch eine politische Partei, mit dem vordringlichen Ziel, Erwachsene, Jugendliche und Kinder in ihrem direkten Umfeld zu unterstützen, zu bilden und zu fördern. Diese Herausforderung ist deshalb eine spezifische, weil das Erreichen eines friedvollen, wertschätzenden Zusammenlebens von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen im Sinne eines gesellschaftspolitischen Friedens bestimmender Faktor ist.

Folgende Forschungsfragen werden bearbeitet:

Forschungsfragen 1: Wodurch ist die politische Bildung in einer interkulturellen Gesellschaft gekennzeichnet und welche Themenstellungen sind grundlegend?

Forschungsfragen 2: Kann der historische Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Bildung dargestellt und daraus Erkenntnisse für sozialdemokratische, europäische Bildung bzw. Bildung durch die Weltgemeinschaft gewonnen werden?

Forschungsfragen 3: Wie kann politische Bildung an der Basis einer politischen Partei im Hinblick auf die Interkulturalität der Gesellschaft aussehen?

Forschungsfragen 4: Wie kann ein interkultureller politischen Humanismus ausgestaltet sein, der allgemein gültige und allgemein verständliche Werturteile unabhängig von religiösen, ethnischen oder anderen Bindung formuliert?

Mich interessiert, wie politische Bildung einer politischen Partei direkt vor Ort erfolgen kann. Als Bezirksrätin, Vorsitzende der SPÖ Sektion Sandleiten (SPÖ Sandleiten) in Ottakring in Wien und als Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA) in Ottakring stelle ich konkrete, praktische Maßnahmen politischer Basisarbeit vor. Das zugrunde liegende theoretische Modell baut auf dem im Zuge der Master Thesis erarbeiteten „Profil eines interkulturellen politischen Humanismus“ auf und bildet die Ausgangsbasis für das zu entwickelnde didaktisch-methodische "Kompetenz-Strukturmodell zur politischen Basisarbeit" im Themenfeld „Interkultureller politischer Humanismus“. Ob und inwieweit die Ausführungen in der Master Thesis ebenso für politische Parteien außerhalb der Sozialdemokratie gelten, ist nicht Inhalt dieser Arbeit ebenso wird die institutionalisierte

politische Bildung durch Parteien, wie die Wiener Parteischule der SPÖ Wien, nicht angesprochen ist.

Weiters stelle ich den theoretisch-ideologischen Rahmen im Hinblick auf diese Maßnahmen politischer Basisarbeit vor. Die Erkenntnis des Rates der Europäischen Union, dass der bisherige Zugang zur kulturellen Vielfalt nicht mehr adäquat ist, wird herangezogen. Im Zentrum einer europäisch humanistischen Politik steht die Tatsache, dass Menschen aus den unterschiedlichen – auch nicht-europäischen - Ländern und Kulturen in Europa zusammenleben, was bewirkt, dass vielerorts Menschen aus Theokratien kommend der Demokratie neu gegenüberstehen.

Mit einem Überblick zur Geschichte sozialdemokratischer Bildungsarbeit stelle ich mein Verständnis und die Beweggründe von Bildung dar und sehe sozialdemokratische politische Bildung im Zusammenhang mit humanistischer Bildung und Qualifikation zur Befähigung der/s Einzelnen zu einem autonomen, selbstbestimmten und der Gesellschaft gegenüber verantwortungsvollen Leben in einer globalisierten und interkulturellen Welt. Das Profil des universell interkulturellen politischen Humanismus für ein Europa der Gegenwart und Zukunft ist von den Erfordernissen nach unverrückbaren gemeinsamen Grundwerten und den universell verpflichtenden Menschenrechten in einer globalisierten Welt, in der die einzelnen Nationen von Interkulturalität geprägt sind, umfasst.

Von den folgenden Thesen gehe ich aus:

These 1: In einer interkulturellen Gesellschaft bedeutet politische Bildung Demokratiebildung und steht im Spannungsfeld von Staat, Religion und Interkulturalität.

These 2: Demokratie und Bildung sind untrennbar miteinander verbunden. Sozialdemokratische politische Bildung ist humanistisch und befähigt im Arbeitsleben des 21. Jahrhunderts zu bestehen sowie sozialdemokratische und europäische Werte zu vertreten und zu vermitteln.

These 3: Politische Bildung durch politische Parteien gewinnt im interkulturellen Zusammenhang an Bedeutung. Bildungs- und Kulturarbeit von Parteien sind grundlegend für die Identitätsbildung und Weiterentwicklung sympathisierender Menschen und den Bestand von Parteien.

These 4: Ein realitäts- und praxisnaher Humanismus ist einerseits von durch Jahrtausende überdauernden Werten (historische Wertebasis) geprägt, andererseits durch Werte, die sich aus der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung (aktuelle Wertebasis) ergeben.

Prfil druchlesen

Ein interkultureller politischer Humanismus, der inhaltlich realitäts- und praxisnahe ausgestaltet ist, zeichnet sich einerseits von durch Jahrtausende überdauernden Werten (historische Wertebasis) aus und andererseits durch Werte, die sich aus der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung (aktuelle Wertebasis) ergeben.

2. Universell interkultureller Humanismus

Politische Bildung verstehe ich als Demokratiebildung, die einen universell interkulturellen Humanismus umfasst. Ich sehe die Notwendigkeit für diese Festlegung - auch durch meine Erfahrungen im Zuge der Arbeit für die SPÖ Ottakring - vor allem im Hinblick auf einen nicht zu vernachlässigenden Bevölkerungszuwachs durch Menschen aus nicht-demokratischen Ländern bzw. Ländern, die Menschenrechte systematisch missachten sowie aus Ländern, die eine Abhängigkeit zwischen Staat und Religion befürworten und umsetzen.

In der Folge stelle ich die Anforderungen an den Humanismus im 21. Jahrhundert im Sinne eines universell interkulturellen politischen Humanismus dar und zeige vor allem jene Kriterien auf, die für die inhaltliche Ausgestaltung aus meinem Verständnis unverrückbar sind.

2.1. Verständnis

Da Humanismus nicht durch klar definierte und abgegrenzte Begrifflichkeiten inhaltlich ausgestaltet und die Verwendung nicht eindeutig festgelegt ist, zeige ich wesentliche Ereignisse in der Entwicklung des Begriffes und wesentliche Positionen auf, die ich als relevant für diese Arbeit erachte:

- **Humanismus ist aktuell und historisch**

Aktuell bedeutet Humanismus vor allem Streben nach Humanität, also Menschlichkeit, nach Freiheit, Toleranz und Respekt vor anderen Menschen. Eine der Menschenwürde und der freien Persönlichkeitsentfaltung angemessene Gestaltung des Lebens in der Gesellschaft steht im Zentrum. Dieser Humanismus steht in der Tradition der europäischen Aufklärung.¹ Humanismus wird als Folge der Renaissance und als demokratische und aufklärerische Kulturbewegung gesehen,

¹ Möller, P. (1998-2012): Humanismus. <http://www.philolex.de/humanism.htm#kap>.

deren Grundsätze sich in den Menschenrechten spiegeln, die in den Verfassungen Europas, Amerikas und schließlich der Vereinten Nationen ihren Niederschlag fanden.²

Historisch gesehen war der Humanismus eine geistige Bewegung, die im späten Mittelalter (Mitte des 14. Jahrhunderts) in Italien entstand und sich zu Beginn der Neuzeit (ab dem Jahre 1500) auch in anderen Teilen Europas ausbreitete. Sie wird von den Historikern und Philosophen in verschiedene Phasen aufgeteilt und dauert bis in die Gegenwart an. Wichtigster Grundzug ist eine an der Antike orientierte menschliche (humane) - nicht theologische - Bildung. Humanisten begannen die im Mittelalter verschollene Literatur der Antike zu sammeln und zu erschließen. Die humanistische Bewegung hatte einen vorwiegend literarischen Charakter, griff aber darüber hinaus auf alle Bereiche des geistigen Lebens über. Es wurde versucht, die antiken philosophischen Systeme in ihrem ursprünglichen, nicht von der Scholastik beeinflussten Gehalt, wiederzubeleben.³

- **Humanismus ist Gesinnung und Tätigkeit**

An der Begriffsbildung zu „Humanismus“ – die im Deutschen durch Niethammer 1808 erfolgte – ist bedeutsam, dass dem lat. Begriff „humanitas“ ein „ismus“ angefügt wurde. Damit bekam dieses Wort eine Doppelbedeutung:

- es bezeichnete einerseits das Ergebnis einer Tätigkeit (eines humanen, also menschlichen Aktes) und
- andererseits eine Tendenz in der Gesinnung, der diese Tätigkeit zu folgen gilt.

Dieser Vorgang zeigt, dass Humanismus seinen Ausgang in der abendländischen (europäischen) Kultur nahm, die Entsprechungen – vor allem durch Auswanderer – in den USA und dann mit der Kolonialpolitik Englands und beispielsweise auch in Indien bekam.⁴

- **Humanismus ist Weltanschauung**

Autonomie, Selbstverantwortung, Menschlichkeit und die Selbstbeschränkung des Menschen auf sich selbst sind im Humanismus bestimmend.⁵ Humanismus ist eine allgemeine Bezeichnung für eine Weltanschauung, die von den einzelnen Menschen, ihren Interessen, ihrem Wohlergehen und ihrer Würde ausgeht. In der Tradition der

² Groschopp, H. (2000), 3:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

³ Möller, P. (1998-2012): Humanismus. <http://www.philolex.de/humanism.htm#kap>.

⁴ Groschopp, H. (2000), 5:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

⁵ Groschopp, H. (2000), 3:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

Aufklärung geht Humanismus von freier Religiosität und Freidenkerei aus und vertritt damit ein dezidiert weltliches Verständnis. Im Hinblick auf die Ausrichtung als Weltanschauung ist von Bedeutung, ob

- Menschen selbst ihre Verfassungen - als Individuen, als Gesellschaften bzw. als Staaten - gestalten oder
- Menschen diese Verfassungen von einem Gott oder einem höheren Prinzip ableiten bzw. darauf zurückführen.⁶

Im Humanismus wird der Mensch vom Menschen aus betrachtet und in den Mittelpunkt gestellt, also nicht von einem Gott oder einer Religion aus abgeleitet, oder von der Rasse oder Nation her bestimmt. Die Differenz zur Religion entsteht dabei nicht dadurch, dass Humanismus den Atheismus oder den Agnostizismus von vornherein zu seinem Prinzip erklärt, sondern umgekehrt: Humanismus ist prinzipiell (aber nicht ausschließlich) atheistisch oder agnostisch, weil er voraussetzungslos vom Menschen ausgeht. Religion legt dagegen zumindest eine Annahme von vornherein fest und führt zu entsprechenden Urteilen, Mythen und Versprechungen, nämlich dass der Mensch eine religiöse Veranlagung und / oder das Bedürfnis hat, sich über den Menschen hinaus zu definieren, bis hin zu einer Gott-Mensch-Beziehung.⁷

Humanismus verneint Kirche und Religion und gibt Menschen eine positive Lebensperspektive, um selbstbestimmte Erkenntnisse in den „letzten Antworten“, also in den existenziellen Fragen, wie z.B. dem Leben und Sterben, der Bildung und Erziehung oder von Krieg und Frieden zu gewinnen.⁸

- **Humanismus ist Bildung**

Humanismus ist auch eine Bildungsbewegung, innerhalb derer es zwar historisch verschiedene Meinungen gab, die Ausrichtung von Erziehung aber wesentlich in der Persönlichkeitsentwicklung liegt.

Humanistische Bildung wird aus der humanistischen Lebensauffassung begründet und gewinnt ihr spezifisches Profil aus der Synthese von moralischem Engagement und kritischem Denken. Sie zielt auf die Heranbildung mündiger Menschen, die eigenverantwortlich urteilen, entscheiden und verantwortungsbewusst handeln, ab. Sie soll Menschen befähigen, in ihrer Lebenswelt zu bestehen und die Gesellschaft

⁶ Groschopp, H. (2000), 2:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

⁷ Groschopp, H. (2000), 3:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

⁸ Groschopp, H. (2000), 2:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

aktiv mitzugestalten. Sie bietet ihnen Zeit und Raum, ihre Erfahrungen im Alltag gezielt zu verarbeiten und ihre Wahrnehmung der Welt zu schärfen. Philosophische Dimensionen der Lebens- und Weltbetrachtung werden in den Blick gerückt und kritisch reflektiert. Das wissenschaftliche Denken wird vermittelt. Humanistische Bildung fördert ein kritisches Bewusstsein gegenüber fundamentalistischen Strömungen und gegenüber der Faszination des modernen Irrationalismus.⁹

- **Humanismus ist politisch**

Im 19. Jahrhundert bedeutet Humanismus vor allem die Etablierung von philosophischen Ideen und kulturellen Ansichten, die über Antike, Renaissance, Reformation, Aufklärung, Freidenkerei und Neuhumanismus hinweg mit linker Ideologie betrachtet werden. Seitdem ist der Humanismus hauptsächlich weltlich orientiert und christliche Humanisten sind Christen, die sich Elemente des Humanismus angeeignet haben. Im 20. Jahrhundert wuchs der Humanismus immer mehr über philosophische und religionskritische Betrachtungsweisen hinaus und schloss sozialpädagogische, psychologische, medizinische, volkskundliche, soziologische und Befunde weiterer Wissensgebiete ein. Vor allem stellten seine Vertreter die Humanität als Ziel und Maßstab ethischen Handelns auf. Sie formulierten säkulare Lehren und Institutionen der Menschlichkeit sowie der Bürger- und Menschenrechte und damit einen politischen Humanismus.¹⁰

- **Humanismus ist sozial**

Die Humanisten hatten von wenigen Ausnahmen abgesehen kein Verständnis für die soziale Frage. Die Masse des Volkes blieb von humanistischer Bildung ausgeschlossen, bildete nur die Basis, den Nährstand, die es einer privilegierten Minderheit ermöglichte, sich mit Kultur, besonders Literatur zu beschäftigen. Die Humanisten kritisierten zwar kirchliche Missstände, standen der Religion und dem Christentum als Ganzem aber kritiklos gegenüber.¹¹

Einer jener Humanisten, die Humanismus sozial sahen, war Sir Thomas Morus (eigentlich. More, 1478 - 1535). Er war Engländer, Staatsmann, Jurist und Lordkanzler unter Heinrich VIII., Humanist und ein früher Sozialist – und wurde für seine Überzeugung hingerichtet. In seiner Schrift "Vom besten Zustand des Staates und der neuen Insel Utopia" beschrieb Morus in Form einer Dichtung ein ideales

⁹ Humanismusverband Deutschland: Humanistische Bildung und Erziehung. <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/>.

¹⁰ Groschopp, H. (2000), 15 : http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

¹¹ Möller, P. (1998-2012): Humanismus. <http://www.philolex.de/humanism.htm#kap>.

sozialistisches Gemeinwesen, das allen Staats- und Gesellschaftszuständen seiner Zeit deutlich entgegenstand. Morus forderte das Ende der Ausbeutung der unteren Klassen, gemeinschaftliche Produktion durch Teilnahme aller an der Arbeit, gemeinschaftliches Eigentum, Altersversorgung, freien Zugang aller zu Bildung und geistigen Gütern.¹²

Sozialistische Theoretiker betonen, dass der Humanismus nicht nur eine Sache privilegierter Bildungsbürger sein dürfe. Es gehe auch um aktive Gesellschaftsveränderung, um allen Menschen die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen. Von marxistischer Seite werden die Humanisten als Vorläufer der beiden "wahren" Humanisten Marx und Engels angesehen. Die französischen Existentialisten wollten dem Humanismus ein neues existentialistisches und soziales Fundament geben.¹³

- **Humanismus ist global**

In der Gegenwart ist der Humanismus nicht mehr linear und einseitig auf bestimmte Quellen zurückzuführen, denn die Begründung nicht-religiösen Denkens und Handelns hat sich durch die Globalisierung pluralisiert. Die heutigen Entwicklungen lassen sich beispielsweise an folgenden Begriffen ermessen, die höchst unterschiedliche „Bewegungen“ widerspiegeln und verschiedene historische Quellen und wissenschaftliche Bezüge wie Antirassismus, Bürgerrechte, Ökologie, Pazifismus, Psychoanalyse, Sektenkritik, Soziokultur, Subkulturen, Tierschutz, Vegetarismus, Zivilgesellschaft usw. aufweisen.¹⁴

Der moderne Humanismus besinnt sich wieder stärker auf die liberalen Traditionen, abgesehen von der sozialdemokratischen und damit parteipolitischen Zuspitzung Bebels¹⁵, einem deutschen Politiker und einem der Begründer der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Deren politische Anfänge waren im liberal-demokratischen Vereinswesen von Arbeitern und Handwerkern begründet, ehe sie sich dem Marxismus zuwandten. Kern der Debatte in der liberalen Diskussion bildet die Lehre, dass Humanismus und Soziales zusammen zu denken sind. Bebel bezeichnete die ethischen Kulturgesellschaften als „Humanitätsduselei“.¹⁶

¹² Möller, P. (1998-2012): Humanismus. <http://www.philolex.de/humanism.htm#kap>.

¹³ Möller, P.: Humanismus: <http://www.philolex.de/humanism.htm#kap>.

¹⁴ Groschopp, H. (2000), 15: http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

¹⁵ Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/August_Bebel.

¹⁶ Groschopp, H. (2000), 15: http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

Humanismus definiert als Wert und Geisteshaltung die Gleichheit aller Menschen und erfordert damit – aus meiner Sicht - die Anbindung an das Soziale, denn

- die Gleichheit vor Gott reicht nicht aus;
- es wird als ein ungerechter und unbedingt zu behebender Mangel empfunden, dass Gruppen von Individuen von bestimmten Freiheiten und Möglichkeiten ausgeschlossen sind und damit in ihren Entwicklungschancen begrenzt werden; das wird als ungerechte Beschränkung individueller Entfaltung angesehen;
- die empfundene Benachteiligung misst sich an von anderen erreichten sozialen Standards.¹⁷

2.2. Humanistische Politik

Nach meinem Verständnis ist Humanismus vor allem politisch zu diskutieren, wobei sich die inhaltliche Ausgestaltung aus dem jeweiligen ideologischen Zugang zu Menschen, Gesellschaft und Wirtschaft ergibt. Immer wieder waren Humanisten – in den Grenzen ihrer Kultur – auf der Suche nach allgemein gültigen und allgemein verständlichen Werturteilen, die sich auf alle Menschen beziehen und für alle – unabhängig von ihrer religiösen, ethnischen oder anderen Bindung – tauglich sind und von ihnen angenommen werden können.¹⁸

Die entstandene gesellschaftliche Dynamik durch die Globalisierung und Mobilität von Menschen und Kulturen stellt den Humanismus vor die Herausforderung, allgemeingültige Werturteile über die Grenzen der eigenen Kultur hinweg zu finden.

Im Zentrum einer europäisch humanistischen Politik steht die Tatsache, dass Menschen aus den unterschiedlichen – auch nicht-europäischen - Ländern und Kulturen zusammenleben. Ausgangspunkt von Überlegungen der europäischen Gemeinschaft zu Interkulturalität ist, dass der bisherige Zugang zur kulturellen Vielfalt nicht mehr adäquat ist und Unsicherheit darüber besteht, was interkultureller Dialog in der Praxis tatsächlich bedeutet. Einigkeit besteht darüber, dass universelle Prinzipien eine moralische Leitlinie darstellen und die Herausforderung des Zusammenlebens in einer interkulturellen Gesellschaft in allen Lebensbereichen ausschließlich in gegenseitiger Anerkennung der Menschenwürde erfolgen kann. Der Rat der Europäischen Union hat sich im „Weißbuch für interkulturellen Dialog“ zu Interkulturalität positioniert, wobei diesem Weißbuch ein langjähriger Prozess der Auseinandersetzung mit diesem Thema innerhalb des Rates

¹⁷ Groschopp, H. (2000),14:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

¹⁸ Groschopp, H. (2000), 2:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

vorausging. Bereits in den Jahren 1993 und 1995 fanden die ersten beiden hochkarätig besetzten Treffen der Mitgliedstaaten statt. Das dritte Treffen bereitete den Weg zum „Weißbuch für interkulturellen Dialog“, das im Jahre 2008¹⁹ veröffentlicht wurde und darlegt, dass Interkulturalität im wesentlichen Pluralität, Toleranz und interkulturellen Dialog sowie die gegenseitige Anerkennung der Menschenwürde umfasst.²⁰

Mueller (2008) führte in seinem Statement auf der Konferenz der Humanistischen Akademie „Was ist heute Humanismus?“ aus: „Lassen wir die säkularen Organisationen politischer werden, damit wir in der heutigen Zivilgesellschaft die gleichen Menschenrechte für alle, weltanschauliche Freiheit, kulturelle und soziale Demokratie, Frieden, Toleranz und Humanität erhalten und ausbauen. ...“²¹

In der Master Thesis spreche ich vor allem die folgenden Parametern an, die ich als grundlegend kennzeichnend für einen heutigen politischen Humanismus voranstelle:

- Interkultureller Dialog;
- Leitkultur;
- Menschsein des Menschen;
- Demokratie und Rechtsstaat;
- Staat, Religion, Interkulturalität.

In der Folge leite ich aus den oben angesprochenen Parametern die Argumentation und die inhaltliche Ausgestaltung für einen universell interkulturellen politischen Humanismus in der Praxis ab.

2.3. Interkultureller Dialog

Der Rat der Europäischen Union hat in seinem „Weißbuch für interkulturellen Dialog“ universell geltende Bedingungen für einen interkulturellen Dialog sehr detailliert und klar formuliert.

Als Leitbegriffe – die sich auch als roter Faden durch die Master-Thesis ziehen - sind dort benannt:²²

- Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- gegenseitige Anerkennung der Menschenwürde und gegenseitiger Respekt;
- Gleichberechtigung der Geschlechter.

¹⁹ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 4.
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

²⁰ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 6:
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

²¹ Mueller, V. (2000): „Neuer Atheismus und politischer Humanismus“. Geistesfreiheit, Humanismus und Menschenrechte. Festschrift: <http://www.bfg-bayern.de/dragonfly/Content/pid=43.html>.

²² Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 10:
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

Zu den Leitbegriffen wurde zusammenfassend ausgeführt:

- *„Human rights abuses, such as forced marriages, “honour crimes” or genital mutilations can never be justified whatever the cultural context. Equally, the rules of a – real or imagined – “dominant culture” cannot be used to justify discrimination, hate speech or any form of discrimination on grounds of religion, race, ethnic origin or other identity. ... The fundamental standards of the rule of law in democratic societies are necessary elements of the framework within which intercultural dialogue can flourish.”²³*
- *“Equality and mutual respect are important building blocks of intercultural dialogue and essential to remove the barriers to its realisation. Where progress towards equality is lacking, social tensions may manifest themselves in the cultural arena, even if the root causes lie elsewhere, and cultural identities themselves may be used to stigmatise”.*²⁴

- Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist ein Herzstück sich entwickelnder Gesellschaften. Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein integraler Bestandteil von Demokratie und Menschenrechten - Geschlechterdiskriminierung ist ein Hindernis auf dem Weg zu Menschenrechten und Frieden. Das wurde bei der 5. Konferenz der Minister für „Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ betont.²⁵

Dass Geschlechterdiskriminierung in vielen Ländern an der Tagesordnung ist wurde im Rahmen des ersten UN-Mädchentages der Vereinten Nationen am 11. Oktober 2012 von „Plan International“, einem internationalen, in 50 Ländern tätigen Kinderhilfswerk bei Präsentation des Mädchen-Berichts 2012 aufgezeigt.

Festgehalten ist, dass jedem dritten Mädchen auf der Welt Bildung und Ausbildung verweigert wird – „nur weil sie Mädchen sind“. Weltweit gehen 39 Millionen der 11- bis 15-jährigen Mädchen nicht in die Schule. Die Gründe dafür sind Armut, Gewalt und Diskriminierung. Gleichzeitig zeigt "Plan International" im Mädchen-Bericht die Schutzwirkung von Bildung auf: sie gibt Selbstvertrauen und bewahrt vor Gewalt. In elf von 14 untersuchten Ländern wurden Frauen, die höher gebildet waren, weniger oft Opfer von Gewalttaten. "Dies zeigt, dass Bildung dazu führt, Gewohnheiten zu ändern und Kreisläufe von Gewalt zu durchbrechen", heißt es in dem Bericht. Gebildete Frauen seien eher bereit, Gewalttaten anzuzeigen, sich im Kampf gegen Gewalt zu organisieren und für mehr Rechte einzutreten. In Nigeria

²³ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 10f:
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

²⁴ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 11:
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

²⁵ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 11:
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

denken 71 Prozent der Frauen ohne Bildung, dass Gewalt gegen sie gerechtfertigt ist, wenn sie das Haus verlassen, ohne den Ehemann zu informieren. Ziel ist, so ein Sprecher von „Plan International“, dass Mädchen in die Schule geschickt werden und nicht in die Ehe.²⁶

Auf der anderen Seite ist festzuhalten, dass in europäischen Gesellschaften religiöse und politische Gruppen zu finden sind, deren Verhalten rassistisch, fremdenfeindlich und intolerant ist und die einen wesentlichen Teil dazu beitragen, dass ein konstruktiver Dialog nicht oder nur schwierig zu Stande kommen kann. Maßnahmen, die seitens der europäischen Länder zu setzen sind, um auch von dieser Seite einen befruchtenden Dialog in Gang zu setzen, wären ein Aspekt für eine weiterführende Arbeit.

2.4. Leitkultur

Wird über Leitkultur gesprochen, so wird einerseits nach dem Gemeinsamen und nach dem Besonderen gesucht und andererseits über die kulturellen Grundlagen und Orientierungen unserer Gesellschaft diskutiert sowie danach gefragt, ob es eine Leitkultur in unserer Gesellschaft geben soll oder muss, was dazugehört oder auch welche Rolle staatliche Institutionen für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft spielen.²⁷

In der Bundesrepublik Deutschland wird für eine solche höhere Ordnung der Begriff „Leitkultur“ verwendet. Ursprünglich war es ein politischer Kampfbegriff gegen demokratiefeindliche Einstellungen von Migrantengruppen und gegen Annahmen über ein friedliches Nebeneinander der verschiedenen Traditionen und Kulturen. Aus einer internationalen, globalisierten und interkulturellen Sichtweise bezeichnet dieser Begriff inzwischen aber auch ein akutes Sachproblem, eben den Regelungsbedarf im Verhältnis unterschiedlicher Lebensformen,²⁸ wobei die kulturellen Unterschiede eingebracht und ihr Verhältnis zueinander einvernehmlich geregelt werden können und – meiner Ansicht nach - dem klaren Bekenntnis zu unverrückbaren Voraussetzungen des Zusammenlebens wie z.B. der Achtung von Rechten, die sich aus der rechtsstaatlich-demokratischen Staatsform ableiten.

Obwohl dieser Begriff durch die Debatte in Deutschland belastet ist,²⁹ möchte ich dennoch dabei bleiben und konkretisieren, dass es bei dieser Diskussion um die

²⁶ Die Presse (11.10.2012): Mädchentag: Jedem dritten Mädchen wird Bildung verwehrt: http://diepresse.com/home/panorama/1300097/Maedchentag_Jedem-dritten-Maedchen-wird-Bildung-verwehrt-?_vl_backlink=/home/index.do.

²⁷ Lammert, N. (2006): 7.

²⁸ Rüsen, J., Laass, H. (2009), Einleitung, 8.

²⁹ Adorf, M. (2006): 13.

interkulturelle Akkordierung innerhalb einer Nation bzw. eines Nationenverbundes zu gemeinsamen Werten und universellen Menschenrechten geht. Von welchen Parametern Humanismus ausgestaltet ist, orientiert sich immer auch an der kulturellen Praxis und der als gültig angesehenen Ideologie. Ein demokratisches Gefüge des Staates sowie Grund-, Menschen-, Frauen und Kinderrechte sind unumstößliche Voraussetzungen einer Leitkultur in einem universell interkulturellen Verständnis. Einem Humanismusbegriff, dem Grund-, Menschen-, Frauen- und Kinderrechte als nicht diskutierbare Voraussetzungen zugrunde liegen, setzt an einer anderen politischen und ideologischen Ausrichtung an, als solch ein Begriff, der z.B. Frauenrechte oder Kinderrechte nicht im Sinne einer autonomen, selbstbestimmten Lebensführung anerkennt bzw. dafür entsprechende Voraussetzungen schafft.

Im Zusammenhang mit einer Leitkultur sind immer auch Zugehörigkeit und Abgrenzung und damit die Identitätsfindung in einer interkulturellen Gesellschaft zu thematisieren. Aus der europäischen Perspektive betrachtet wird im „Weißbuch für interkulturellen Dialog“ dazu ausgeführt: *„Our identity, by definition, is not what makes us the same as others but what makes us unique. Identity is a complex and contextually sensitive combination of elements. ... Intercultural dialogue is therefore important in managing multiple cultural affiliations in a multicultural environment. It is a mechanism to constantly achieve a new identity balance, responding to new openings and experiences and adding new layers to identity without relinquishing one's roots. Intercultural dialogue helps us to avoid the pitfalls of identity policies and to remain open to the challenges of modern societies.“*³⁰

Sich zugehörig zu anderen und sich zugleich unterschieden von anderen zu fühlen, ist somit grundlegend für die menschliche Existenz. Zugehörigkeit heißt immer auch Unterscheidung. Jedes Symbol der Gemeinschaft ist auch eines der Abgrenzung. Es gibt kulturelle Universalien der Unterscheidung, in denen sich soziales Leben organisiert und mit denen es von den Betroffenen verstanden und gelebt wird. Eine für Europa immer bedeutender gewordene, weltgeschichtlich höchst folgenreiche Überschreitung der Grenzen der Zugehörigkeit haben die so genannten Weltreligionen erbracht. Zugehörigkeit wird im Laufe der Zeit immer weniger von objektiven Vorgaben bestimmt, denen die betroffenen Menschen unterworfen sind, ohne etwas gegen sie ausrichten zu können. Grad und Ausmaß sozialer Zugehörigkeit werden immer mehr zu rein subjektiven Willensentscheidungen. Eine besonders markante und für moderne politische Lebensformen typische Formulierung, die eine solche, durch subjektive

³⁰ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 9:
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

Entscheidungen gestiftete Gemeinsamkeit zum Ausdruck bringt, ist die Definition von Nation durch Ernest Renan: Sie ist ein „kollektiver Willensentschluss, der jeden Tag neu definiert werden könne.“³¹

Abgrenzung einerseits und Zugehörigkeit andererseits sind im Zuge der Globalisierung wesentliche Parameter, die umso dringender werden, je vielfältiger und dynamischer sich das soziale Leben gestaltet. Freie, marktwirtschaftliche Ökonomie, digitale Vernetzung, internationale Rechtsordnungen, kulturübergreifende Moden und kulturindustrielle Massenunterhaltung scheinen einer Zugehörigkeit durch Abgrenzung zuwider zu laufen. Die in der Lebenspraxis übliche Unterscheidung von Selbst und Anderen - verstärkt im Globalisierungsprozess - ist evident. Davon zeugt besonders eindrucksvoll der 11. September 2001 als historisches Großereignis - ein Geschehen von welthistorischer Bedeutung hinsichtlich unterschiedlicher kultureller Zugehörigkeiten. Zahllose Beispiele liefert aber auch der politische Alltag, zum Beispiel der heftige Streit um den Bau von Moscheen in verschiedenen europäischen Ländern. Minarette repräsentieren – berechtigterweise - eine religiöse Minderheit, und die Mehrheitsgesellschaft reagiert darauf überaus heftig. Meiner Ansicht nach wohl auch deshalb, weil die Bedrohung weniger in der grundsätzlichen Ausübung einer Religion, sondern in einer auch das Staatswesen betreffenden Lebensphilosophie gesehen wird. Unterschiedliche Traditionen, Weltansichten, Staats- und Lebensformen stoßen aufeinander, wobei Fundamentalismen religiöse Differenz aggressiv zur Geltung bringen und der Vereinheitlichungszwang der Globalisierung diese Zusammenstöße nicht abschwächt.³²

Der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington hat diese Abgrenzungszwänge kultureller Selbstbehauptung im Zeitalter der Globalisierung auf die Formel eines „Clash of Civilizations“ gebracht. Er sah in ihm eine quasi natürliche Kraft politischen Handelns in kultureller Form, eine Art Fundamentaltatsache der internationalen Politik, die man systematisch in Rechnung zu stellen habe. Seine These hat vielfache, heftige und grundsätzliche Kritik erfahren. Aber ein Blick in die tagespolitischen Ereignisse zeigt überdeutlich, dass das Phänomen eines fundamentalen Konfliktpotenzials in den kulturellen Orientierungen der sozialen Lebensformen nicht bestritten werden kann.³³

³¹ Rüsen, J., Laass, H. (2009), Einleitung, 9.

³² Rüsen, J., Laass, H. (2009), Einleitung, 12.

³³ Rüsen, J., Laass, H. (2009), Einleitung, 12f.

2.5. Menschsein des Menschen

Als Voraussetzung für einen universell interkulturellen politischen Humanismus ist von einer kulturellen Orientierung am "Menschsein des Menschen" auszugehen. Er beruht in seiner neuzeitlichen Ausprägung auf der Annahme, dass sich die Grundfragen der Kultur nur beantworten lassen, wenn sie als Fragen nach dem Menschen gestellt und aus dem Potenzial des Menschseins beantwortet werden.

Der Königsberger Philosoph Immanuel Kant (1724-1804) hat das in seiner Zusammenstellung dieser Grundfragen, die sich immer wieder zur sinnhaften Bewältigung des menschlichen Lebens stellen, zum Ausdruck gebracht: Sie betreffen die Möglichkeiten des Wissens, die Gebote des Sollens und die Aussichten auf gelingendes Leben: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Alle drei Fragen lassen sich nach Kant zu einer einzigen zusammenfassen: Was ist der Mensch?³⁴ Religionen haben diese Fragestellungen übernommen, was beispielsweise am Denken und Handeln des ehemaligen Erzbischofs von Wien, Kardinal Dr. Franz König, der sich Zeit seines Lebens für den interreligiösen Dialog einsetzte, deutlich wird. Er orientierte sein Tun an den großen Fragen des Menschen: Woher komme ich? Wohin gehe ich? Was ist der Sinn meines Lebens?

Kant war von großer Bedeutung für den Humanismus der Moderne. Seine Trennung des Glaubens vom Wissen mündete in seinem kategorischen Imperativ, einem allgemeinen Sittengesetz. Er schenkte dem irdischen Individuum Vertrauen (1793: Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft), in dem er im Menschen ein vernünftiges Wesen sah, das sich selbst als Zweck setzt. Seine (zweite) Formulierung des Sittengesetzes („Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“) inspirierte gegen Ende des 19. Jahrhunderts „ethische Gesellschaften“, die so genannten „Humanistengemeinden“ der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. In ihnen wirkten – meist von der späteren freireligiösen und freidenkerischen Geschichtsschreibung ausgeklammert – freie Geister, die mehr wollten als „Kirchenkampf“ und Religionskritik.³⁵

³⁴ Rösen, J., Laass, H. (2009), Einleitung, 16f.

³⁵ Groschopp, H. (2000), 10:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

2.6. Demokratie und Rechtsstaat

Der Rat der Europäischen Union hat in seinem Weißbuch für interkulturellen Dialog dargelegt, dass ein erfolgreicher interkultureller Dialog eine große Anzahl an Attributen einer demokratischen Kultur erfordert – mit eingeschlossen z.B. „... *open-mindedness, willingness to engage in dialogue and allow others to express their point, a capacity to resolve conflicts by peaceful means and a recognition of the well founded arguments of others. It contributes to strengthening democratic stability and to the fight against prejudice and stereotypes in public life and political discourse and to facilitating coalition-building across diverse cultural and religious communities, and can thereby help to prevent or de-escalate conflicts ...*“³⁶

Demokratie und Rechtsstaat sind Eckpfeiler eines universell interkulturellen politischen Humanismus. In der Folge spreche ich Besonderheiten von und Erfordernisse in Demokratien an und nehme Stellung zu demokratiefesten Menschen- und Minderheitenrechten, zur Möglichkeit der Abwahl von Regierungen bzw. von Demokratien sowie zum militärischen Humanismus.

2.6.1. Demokratiefeste Menschen- und Minderheitenrechte

Den Intentionen eines europäischen Humanismus folgend, zeigt sich, dass eine demokratische Regierungsführung, die auf dem Willen des Volkes gründet, wesentlich von Begriffen wie „Menschenwürde“ oder „Menschlichkeit“ geprägt sein muss.

Demokratie ist – mit Einschränkungen - am besten geeignet, allen Menschen ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen. Dies betont auch die Millenniumserklärung³⁷, in der sich die internationale Gemeinschaft verpflichtet, Demokratie weltweit zu fördern.

Die oben angesprochene Einschränkung bezieht sich auf sog. „demokratiefeste Menschen- und Minderheitenrechte“³⁸, die durch Mehrheitsentscheide nicht abgeschafft werden können, wobei insb. Grundrechte wie z.B. Religionsfreiheit oder Meinungsfreiheit darunter zu verstehen sind. Die Qualität von Demokratien zeigt sich auch an den festgelegten Menschen- und Minderheitenrechten sowie an dem gesellschaftlichen Prozess, um dazu zu gelangen.

Für ein geregeltes Miteinander aller Bürger benötigt Demokratie einen rechtsstaatlichen Rahmen. Rechtsstaatlichkeit gewährt Freiheitsrechte. Sie sind die Grundvoraussetzung für die selbstbestimmte persönliche Entwicklung des Einzelnen. Von essentieller

³⁶ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 9:
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

³⁷ Vereinte Nationen (2000): Millenniumserklärung:
<http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklaerung.pdf>.

³⁸ Bernt, M. (2012).

Bedeutung sind dabei Menschenrechte, ein staatliches Gewaltmonopol, Gewaltenteilung und eine unabhängige, funktionierende Justiz. Die Wahrung europäischer Rechtsvorstellungen für einen universell interkulturellen Humanismus ist aus meiner Sicht grundlegende Voraussetzung für einen universell interkulturellen politischen Humanismus. Zweifelhaft ist, ob und in welcher Art und Weise Beiträge zur Entwicklung und Vertiefung einer leistungsfähigen, nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen funktionierenden Rechtsordnung von theokratischen Staaten geleistet werden können.

2.6.2. Abwahl der Demokratie

Ein Phänomen von Demokratien zeigt sich, wenn das Volk die Demokratie als Staatsform abwählt. Die Demokratie hält die Möglichkeit offen, auch undemokratische Parteien zu Wahlen zuzulassen. In Deutschland wählte am 31. Juli 1932 die Mehrheit der Deutschen keine demokratische Partei. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) wird stärkste Kraft im Reichstag. Am 31. Juli 1932 geben 37,3 % der Deutschen in freien Wahlen ihre Stimme der NSDAP bei einer Wahlbeteiligung von 84,1%.³⁹ Nicht gewählt haben die Deutschen die demokratischen Parteien, die Stimmen verloren. Trotzdem verstehen die Demokraten den Sieg der NSDAP nicht als Warnzeichen, denn die, von der NSDAP ersehnte, absolute Mehrheit, hat sie verfehlt. Die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts* glaubt, der Vormarsch der Nationalsozialisten sei "zum Stillstand gebracht". Mangels Mehrheit im Parlament wird schon im November 1932 wieder gewählt, die NSDAP bekommt bei deutlich geringerer Wahlbeteiligung nur noch 33,1 % der Stimmen und klare Mehrheitsverhältnisse fehlen weiter; auch im November 1932 haben die meisten Wähler gegen die Republik gestimmt. Reichspräsident von Hindenburg ernennt am 30. Januar 1933 Hitler zum Kanzler. Nun kann er vor den nächsten Wahlen seine Gegner verfolgen, verbieten, behindern und sich vom Volk bestätigen lassen. Die Wahl am 5. März 1933 ist nicht mehr frei – die von 1932 war es dagegen schon: Hitler kann die Macht ergreifen, weil das Volk die Demokratie abgewählt hat.⁴⁰

Aktuell droht eine ähnliche Entwicklung Ungarn. Molnar, Abgeordneter der oppositionellen Sozialisten (MSZP), kritisierte, dass Orban mit seiner Regierungspartei und seiner Zwei-Drittel-Mehrheit seit zwei Jahren "die ungarische Demokratie kontinuierlich abbaut". Dabei würden die demokratischen Institutionen ausschließlich

³⁹ Zeit Online (Geschichte): Als das Volk für Hitler die Demokratie abwählte:
<http://www.zeit.de/wissen/geschichte/2012-07/weimarer-republik-nsdap-reichstagswahl/seite-1>.

⁴⁰ Zeit Online (Geschichte): Als das Volk für Hitler die Demokratie abwählte:
<http://www.zeit.de/wissen/geschichte/2012-07/weimarer-republik-nsdap-reichstagswahl/seite-2>.

unter Beachtung der Interessen der Regierungspartei, aber ohne Konsultationen mit anderen Parteien, umgebaut werden.⁴¹

Ministerpräsident Orbán will das Wahlrecht in seinem Land reformieren und damit die Wahlbeteiligung auf diejenigen Staatsbürger einschränken, die sich im Vorhinein registrieren lassen. Die Aussagen des rechtskonservativen Regierungschefs sorgen für Aufsehen und veranlassen Oppositionsparteien zur Warnung vor einer Ausschaltung der Demokratie. Wer in Ungarn an den Parlamentswahlen 2014 teilnehmen will, muss sich zuvor in ein Wählerregister eintragen, kündigte Orbán an. Kein Verständnis werde es für jene geben, die die Registrierung versäumen. Wer an der Wahl als einer der wichtigsten Entscheidungen des Landes teilnehmen will, der könne "nun wirklich die Absicht seiner Teilnahme ankündigen". Über diese neue Regelung soll noch heuer im Parlament abgestimmt werden. Die oppositionellen Sozialisten (MSZP) warfen Orbán und seiner Regierungspartei Fidesz-MPSZ vor, mit der Pflichtregistrierung die "Demokratie abschaffen zu wollen". Mit dieser "Taktik" wolle Fidesz den Kreis der Wahlteilnehmer auf ein Mindestmaß beschneiden. Für Aufsehen sorgte auch eine weitere Aussage Orbáns. Bei einer Sitzung des Landesverbandes der Arbeitnehmer und Arbeitgeber hatte Orbán erklärt: "Wir hoffen, Gott hilft uns dabei, dass wir uns nicht anstelle der Demokratie andere politische Systeme ausdenken müssen, die wir dann im Interesse des wirtschaftlichen Überlebens einzuführen haben." Laut der neu gegründeten Oppositionspartei "4K" würde das System der Regierungspartei Fidesz-MPSZ "im Interesse der wirtschaftlichen Unterdrückung der Mehrheit der Gesellschaft die Demokratie begrenzen und auch die totale Abschaffung des Rechtsstaates nicht für ausgeschlossen halten", wenn es Wirtschaftsinteressen verlangten.⁴² Wenn dieser Weg beschritten wird, dann steht totalitäres, fundamentalistisches Gedankengut im Vordergrund. Durch die Verankerung einer nicht-mehr-demokratischen Partei in einer Demokratie verändert sich bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen die Staatsform.

2.6.3. Abwahl der Regierung

Sir Karl Popper, einer der wichtigsten Philosophen und Sozialwissenschaftler unserer Zeit, schreibt in einem Essay in der Zeitschrift „Der Spiegel“ im Jahr 1987 über Demokratie und legt als das wesentliche Kennzeichen einer Demokratie die Möglichkeit der Abwahl der Regierung durch das Volk fest:

⁴¹ Der Standard (27.7.2012): Ungarns Premier will Wahlrecht ändern: <http://derstandard.at/1342947871565/Ungarns-Premier-will-Wahlrecht-aendern>.

⁴² Der Standard (27.7.2012): Ungarns Premier will Wahlrecht ändern: <http://derstandard.at/1342947871565/Ungarns-Premier-will-Wahlrecht-aendern>.

„Seit ich im Juli 1919 den Marxismus aufgegeben hatte, war ich an der Politik und ihrer Theorie nur als Staatsbürger interessiert - und als Demokrat. Aber die in den 20er und frühen 30er Jahren anschwellenden totalitären Bewegungen von links und rechts und schließlich die Machtergreifung Hitlers in Deutschland zwangen mich dazu, über das Problem der Demokratie nachzudenken.

Obwohl mein Buch "The Open Society and Its Enemies" (deutsch: "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde") Hitler und die Nazis mit keinem Wort erwähnte, war es als mein Beitrag zum Krieg gegen Hitler gedacht: Das Buch ist eine Theorie der Demokratie und eine Verteidigung der Demokratie gegen die alten und neuen Angriffe ihrer Feinde, Aber das, was ich für seinen wichtigsten Punkt halte, wurde, so scheint mir, nur selten ganz verstanden.

Wie ein jeder weiß, heißt "Demokratie" auf Deutsch, "Volksherrschaft" oder "Volkssouveränität", im Gegensatz zu "Aristokratie" (Herrschaft der Besten oder der Vornehmsten) und "Monarchie" (Herrschaft eines einzelnen). Aber der Wortsinn hilft uns nicht weiter. Denn nirgends herrscht das Volk: Überall herrschen die Regierungen Außerdem sind Großbritannien, Dänemark, Norwegen ... gleichzeitig sehr gute Beispiele von Demokratien ...; ganz im Gegensatz zur DDR, die sich selbst als Demokratie bezeichnet - aber, leider, zu Unrecht. Worauf kommt es denn wirklich an?

Es gibt eigentlich nur zwei Staatsformen: Solche, in denen es möglich ist, die Regierung ohne Blutvergießen durch eine Abstimmung loszuwerden, und solche, in denen das nicht möglich ist. Darauf kommt es an, nicht aber darauf, wie man diese Staatsform benennt. Gewöhnlich nennt man die erste Form "Demokratie" und die zweite Form "Diktatur" oder "Tyrannei". Aber es steht nicht dafür, über Worte zu streiten. Das Entscheidende ist allein die Absetzbarkeit der Regierung, ohne Blutvergießen.

Für diese Absetzbarkeit gibt es verschiedene Methoden. Die beste Methode ist die einer Abstimmung: Eine Neuwahl oder ein Votum in einem gewählten Parlament kann die Regierung stürzen. Darauf kommt es an.“⁴³

2.6.4. Militärischer Humanismus

Ein wesentliches Element des Humanismus seit seiner Entstehung ist die Friedensidee, die gleichzeitig Streitpunkt ist. Als Begriffe stehen einander militärischer Humanismus – Pazifismus – Lynchjustiz gegenüber. Diskutiert wird, ob der Pazifismus – also die Ablehnung jeden Krieges und allem Militärischen – insoweit ein Kernpunkt ist, dass, so wie Kritiker meinen, kein Humanismus denkbar ist, der Kriege rechtfertigt. Die

⁴³ Popper, K. (1987): 54f: Zur Theorie der Demokratie: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13523345.html>.

Grundfrage ist, ob Krieg "für ein gutes Gewissen" aus humanistischer Sicht zu akzeptieren ist.

Die Jugoslawienkriege, einer Serie von Kriegen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien gegen Ende des 20. Jahrhunderts, die mit dem Zerfall des Staates verbunden waren, sind für die Diskussion dieser Frage ein markantes Ereignis. Anlass des Krieges waren primär nicht Großmachtinteressen oder Rohstoffe. Es ging weder um die Eindämmung einer Ideologie noch um das Zurückschlagen eines Überfalls auf ein anderes Land oder um die Rivalitäten verfeindeter Nationalstaaten, auch nicht primär um das Verrücken von Staatsgrenzen (wenngleich letzteres das Ergebnis war). Dieser Krieg gründete sich auf den Glauben an die Menschenrechte. "Nicht um Territorium, um Werte kämpfen wir", formulierte der damalige britische Premierminister Tony Blair.⁴⁴

Der Gedanke vom gerechten Krieg ist tief verwurzelt im christlichen Abendland. Der Heilige Augustinus, einer der vier großen Kirchenväter und Schutzpatron aller Theologen, schrieb in seinem "Gottesstaat": "Gerechte Kriege pflegt man solche zu nennen, die Unrecht ahnden", deren Ziel ist zurückzugeben, was weggenommen wurde. Entscheidend waren für ihn die Schranken der Auseinandersetzung und die Folgen des Waffengangs. "Jeder erstrebt durch Kriegführung Frieden, keiner durch Friedensschluss Krieg." Immanuel Kant meinte jedoch: "Der Krieg ist darin schlimm, dass er mehr böse Menschen macht, als er deren wegnimmt."⁴⁵

Seit der Gründung der Vereinten Nationen ist der Einsatz militärischer Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen gemäß Artikel 2 der UNO-Charta verboten. Von dem am Ende des Zweiten Weltkriegs kodifizierten Schwur "Nie wieder Krieg" wurden nur zwei geschriebene Ausnahmen festgelegt: das Recht eines angegriffenen Staates auf Verteidigung und die militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Friedensstörer zum Schutz des Weltfriedens auf Anordnung des Sicherheitsrates. Von Gegnern des Krieges wurde der Standpunkt vertreten, dass die NATO-Intervention im Kosovo formal nicht mit der UNO-Charta und dem Völkerrecht vereinbar gewesen sei, denn bereits die Androhung von Gewalt, wie sie als diplomatisches Mittel gegen Jugoslawien gebraucht wurde, sei verboten. Mit der damals international eingeschlagenen Vorgehensweise sei ein neues Völkerrecht geschrieben worden.⁴⁶

⁴⁴ Der Spiegel (1999): Krieg für das gute Gewissen, 17/1999, 32:
<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=12771178&aref=image019/E9917/SP199901700320038.pdf&thumb=false>.

⁴⁵ Der Spiegel (1999): Krieg für das gute Gewissen, 17/1999, 34:
<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=12771178&aref=image019/E9917/SP199901700320038.pdf&thumb=false>.

⁴⁶ Der Spiegel (1999): Krieg für das gute Gewissen, 17/1999, 34:
<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=12771178&aref=image019/E9917/SP199901700320038.pdf&thumb=false>.

Von der NATO hingegen wird deren Einsatz im Balkankonflikt als zulässig gesehen, weil dieser Einsatz eine "dem Völkerfrieden dienende, nicht eine ihn beeinträchtigende Krisenintervention" verfolge, er sei also kein Angriffskrieg. Die universell gültigen Menschenrechte, so deren Standpunkt, erlauben Nothilfeangriffe zum Schutz unterdrückter Menschen, auch wenn souveräne Staaten tangiert sind. Das Recht zur "humanitären Intervention" ohne UNO-Mandat wird als quasi erweiterte Interpretation der UNO-Charta gesehen.⁴⁷

Ein weiteres Beispiel ist die Bombardierung der Residenz von Libyens Revolutionsführer Muammar el-Gaddafi im Jahr 1986 durch die USA wegen einem Anschlag in Berlin. Durch diese erweiterte Auslegung wird die Rechtslage der Wirklichkeit angepasst, denn die Mithilfe bei der "Entfernung eines Diktators aus seinem Amt" würde kein Gesetz verletzen, sofern dessen Ermordung dabei nicht ausdrücklich geplant sei, sondern nur billigend in Kauf genommen wird, meinten die Befürworter. Die gleiche Argumentation erfolgte rund 17 Jahre später im Zuge des Kampfes gegen Saddam Hussein, der mit dem Tod auch dieses Diktators durch die USA endete.⁴⁸

Neben der Frage, ob ein gerechter Krieg aus einem humanistischen Lebensbild rechtfertigbar ist, stellt sich als weitere Frage, ob ein gerechter Krieg auch gute Politik ist. Aus meiner Sicht ist ein Krieg zur Befreiung aus Tyrannei, Diktatur, Gewalt nicht grundsätzlich abzulehnen und widerspricht auch nicht dem Humanismus. Denn aus meinem Verständnis prägen humanistische Leitlinien Menschen nicht zur Duldung und passiver Hinnahme von Unterdrückung und zwanghafter Fremdbestimmtheit. Im Gegenteil, sehe ich Menschen aufgefordert für die humanistischen Werte einzutreten und diese auch wehrhaft zu verteidigen. Mir fehlt die Vorstellung, wie z.B. eine Befreiung der Menschen aus der Diktatur durch die Nationalsozialisten anders als mit Gewalt durch die Alliierten hätten erfolgen sollen.

Jedoch wirft die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berechtigterweise den Anti-Gaddafi-Kämpfern "den schwersten Fall von Massenhinrichtungen" an Anhängern des früheren Diktators im Zuge der Rebellion gegen den Diktator vor.⁴⁹ Aus einem humanistischen und demokratischen Verständnis heraus ist über die Menschenrechtsverletzungen durch die Anhänger des Diktators mittels rechtsstaatlicher,

⁴⁷ Der Spiegel (1999): Krieg für das gute Gewissen, 17/1999, 34:
<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=12771178&aref=image019/E9917/SP199901700320038.pdf&thumb=false>.

⁴⁸ Der Spiegel (1999): Krieg für das gute Gewissen, 17/1999, 36:
<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=12771178&aref=image019/E9917/SP199901700320038.pdf&thumb=false>.

⁴⁹ Die Presse (17.10.2012): Libyen: Neue Beweise für Mord an Gaddafi:
http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1302180/Libyen_Neue-Beweise-fuer-Mord-an-Gaddafi?_vl_backlink=/home/index.do.

demokratischer Maßnahmen wie einem Gerichtsverfahren bzw. einem Kriegsgerichtsverfahren abzusprechen und nicht Lynchjustiz zu befürworten. Damit wird die Spirale der diktatorischen Gewalt fortgesetzt und die Gesellschaft nicht befriedet.

Auch wenn das Ergebnis des Balkankonfliktes nicht das friedliche Zusammenleben im Kosovo zwischen Serben und Albanern in multikultureller Eintracht sein konnte, so sind die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien heute befriedete Länder und haben ihren Standort offensichtlich in friedlicher Koexistenz gefunden.

2.7. Staat, Religion, Interkulturalität

Die Anerkennung der weltanschaulichen Pluralität durch Trennung von Staat und Kirche ist ein wesentliches Kriterium in der Humanismus-Diskussion und gehört zum Wesen einer Demokratie. Dieses laizistische Prinzip gewährleistet die Gleichbehandlung der Religionen, Weltanschauungen, die Glaubensfreiheit und die Freiheit nicht zu glauben. Der Staat räumt in diesem Verständnis keiner Religionsgemeinschaft oder Weltanschauung Sonderrechte ein und sorgt dafür, dass Religion keine staatliche oder öffentliche Funktion hat. Der Staat anerkennt damit Religion (wie auch Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, etc.) nicht als kategorienbildendes Merkmal und bleibt somit neutral.⁵⁰

Die Trennung von Staat und Kirche ist in Österreich nicht vollzogen. Die Republik Österreich teilt die persönlichen Weltanschauungen in staatlich anerkannte und nicht-erkannte, wobei bei Anerkennung Sonderrechte (z.B. steuerliche Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen, Förderungen für die Erhaltung von Bauwerken) zuerkannt werden.⁵¹

Die religiöse Dimension in einem interkulturellen Dialog hat der Rat der Europäischen Union in seinem „Weißbuch für interkulturellen Dialog“ benannt und meint, dass die religiösen und säkularen Entwicklungen zur kulturellen Erbschaft Europas gehören. Christentum, Judentum und Islam mit ihren jeweiligen Interpretationen haben einen großen Einfluss auf unseren Kontinent, wobei Gedanken- und Gewissensfreiheit sowie Religion als Grundlagen der demokratischen Gesellschaft durch Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt sind. Der Rat der Europäischen Union hat eine Reihe von Deklarationen zum Thema „Religion und interkultureller Dialog“ initiiert und gefördert. Am 8. April 2008 beispielsweise wurde ein Austausch

⁵⁰ Initiative „Laizität für Österreich“: Laizität: <http://www.laizismus.at/was-will-die-laizismus-initiative/>.

⁵¹ Initiative „Laizität für Österreich“: Laizität: <http://www.laizismus.at/was-will-die-laizismus-initiative/>.

zwischen Religionsgemeinschaften und zivilen Gesellschaften in Gang gesetzt mit dem Ziel, die grundlegenden Werte Europas zu vermitteln.⁵²

Bei einer Studie zur Integration in Österreich, die das Bundesministerium für Inneres in Auftrag gegeben hat und die 2009 veröffentlicht wurde, befasste sich ein Abschnitt mit der Sicht zu „Demokratie und Menschenrechten“ jener Menschen, die aus der Türkei zugewandert sind und jetzt in Österreich leben. Dabei sprechen sich zwei Drittel (64%) prinzipiell für die Trennung von Staat und Religion aus, 30 Prozent meinen, dass Religion auch in staatlichen Belangen eine Rolle spielen und religiöse Vorschriften in die staatliche Gesetzgebung Eingang finden sollten. Die Zustimmung zur Trennung von Staat und Religion ist in der oberen Bildungsschicht (71% der Maturant/innen und Akademiker) und bei qualifizierten Beschäftigten höher. Im Herkunftsland geborene Migrant/innen treten weit häufiger für die Trennung ein, als die in Österreich Geborenen (67% zu 49%). Ein Zusammenhang mit der Religiosität ist offensichtlich: während sich „nur“ 62 Prozent der Muslime für die Trennung aussprechen, gilt dies für beinahe alle Aleviten und Sonstigen bzw. Nichtgläubigen. Säkulare Muslime votieren zu 80 Prozent für die Trennung.⁵³

International gesehen sind die Religionen weltweit in die Politik zurückgekehrt. Neben der persönlichen Religiosität im Rahmen respektierter rechtsstaatlicher Demokratie lebt die politisierte Religion der fundamentalistischen Machtansprüche in allen Kulturkreisen auf und greift mancherorts nach der Macht im Staate. Sie dient auch als Rechtfertigungsideologie terroristischer Gewalt.⁵⁴ Im interkulturellen Dialog ist es keineswegs unwesentlich, ob jemand seine Moral als „Befehl“ Gottes oder seiner Priester versteht, sich selbst als ausführendes Organ, oder mit seinem Gewissen argumentiert; ob sich jemand einer „Wertegemeinschaft“ verpflichtet fühlt oder von allem nimmt, was er gerade braucht.⁵⁵

Erfolg versprechend für die Eindämmung der fundamentalistischen Versuchungen kann eine Politik der respektvollen Anerkennung auf Gegenseitigkeit sein. Sie verbindet die Bekundung des gleichen Wertes jeder religiösen Identität – soweit diese ihrerseits den gleichen Respekt für alle anderen aufbringt – mit einem Engagement für den fairen Zugang aller Frauen und Männer zu den sozialen und ökonomischen Ressourcen der

⁵² Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 13: <http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

⁵³ Ulram, A. (2009): Integration in Österreich: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integrationsstudie.pdf, 40.

⁵⁴ Meyer, T. (2007): Religion und Politik. Ein neu belebtes Spannungsfeld, Abstract: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04446.pdf>.

⁵⁵ Krainer, L.; Heintel, P. (2010), 24.

Weltgesellschaft⁵⁶ und die Gewährleistung der Grund-, Menschen- und Bürgerrechte nach europäischem Vorbild.

2.7.1. Abkehr vom Humanismus

Die römisch-katholischen Christen und die Moslems sind sowohl in Wien gesamt gesehen, als auch in Ottakring die beiden quantitativ am stärksten vertretenen Religionsgemeinschaften. Ausgenommen von dieser Betrachtung sind Menschen ohne Bekenntnis, die bei Miteinbeziehung in ein Ranking nach den römisch-katholischen Christen am zweitstärksten vertreten sein würden. Die protestantische Glaubensgemeinschaft liegt im Hinblick auf die Anzahl ihrer Mitglieder bereits hinter der islamischen Religionsgemeinschaft.

Folgend wird anhand von Beispielen aus diesen beiden Religionsgemeinschaften – das Interreligiöse und interkulturelle Zentrum in Wien und Dogma statt Dialog in der römisch-katholischen Kirche - das schwierige Verhältnis zwischen Humanismus und Religion und die Problematik einer möglichen Heranziehung für die inhaltliche Ausgestaltung von Humanismus deutlich. Von weiterführendem Interesse wäre die Leitfrage, welche Potenziale und Hemmnisse in der jeweiligen Religion liegen, um einen humanistischen Universalismus zu unterstützen, der religionsübergreifend gültig ist.

2.7.1.1. Interreligiöses und interkulturelles Zentrum in Wien

Welche Erwartungen, Vorbehalte und Diskussionen durch den Bau des "Internationalen King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog" (Zentrum) be- bzw. entstehen, stelle ich folgend im Überblick dar.

Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ hat der außenpolitische Ausschuss des Nationalrats die Weichen für die Errichtung des Zentrums als Organisation in Wien mit Völkerrechtspersönlichkeit gestellt.⁵⁷ Der ehemalige stellvertretende Bildungsminister Saudi-Arabiens, Faisal Abdulrahman Bin Muaammar ist zum interimistischen Generalsekretär des Zentrums ernannt worden.

Im Übereinkommen zur Errichtung des Zentrums führen die Vertragsparteien aus, dass sie "von der Bedeutung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs als Instrument, die religiöse und spirituelle Dimension der Menschen anzusprechen und *inter alia* Konfliktprävention und -lösung, nachhaltigen Frieden und sozialen Zusammenhalt zu

⁵⁶ Meyer, T., (2007): Religion und Politik. Ein neu belebtes Spannungsfeld, Abstract: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04446.pdf>.

⁵⁷ Republik Österreich, Parlamentskorrespondenz Nr. 516/2012: Grünes Licht für "König Abdullah Dialogzentrum": http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0516/index.shtml.

fördern, überzeugt sind."⁵⁸ Das Zentrum soll weltweit zur Förderung der Religionsfreiheit dienen, sagte der saudi-arabische Außenminister Saud al-Faisal bei der Unterzeichnung des Gründungsübereinkommens am 13. Oktober 2011. Kritisch kommentierten einige Beobachter das Zentrum, dessen Gründungsübereinkommen von Österreich, Spanien und Saudi-Arabien unterzeichnet wurde.

Verletzung der Religionsfreiheit

Zwar sieht sich das Zentrum der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und der Förderung und Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte verpflichtet und will mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Expert/innen in Österreich und international aufs Engste kooperieren⁵⁹, doch wenn es um Religionsfreiheit geht, hat Saudi-Arabien einen schlechten Ruf. Der arabische Staat erlaubt als Staatsreligion nur die wahabitische Auslegung des sunnitischen Islam, bei "Abfall vom Islam" droht Todesstrafe. Es gibt keine nicht-islamischen Gebetsstätten und die öffentliche Ausübung anderer Religionen als des Islam ist strikt verboten. Der saudische Großmufti Abdul Aziz al-Sheikh hatte zudem jüngst für Empörung gesorgt, als er zur Zerstörung aller Kirchen in den Golfstaaten aufrief. Die Schiiten, die nach Schätzungen rund 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, dürfen zwar Moscheen unterhalten, sind aber umfangreichen Einschränkungen und Diskriminierungen unterworfen.⁶⁰ Die Initiative Liberaler Muslime Österreichs (ILMÖ) warnte, die Einrichtung werde ein "wahabitisches Zentrum" sein, das "die Integration der Muslime durch eine fundamentalistisch-konservative Islamauslegung verhindert". Der im 18. Jahrhundert gegründete Wahabismus gilt als besonders konservativ-puritanische Auslegung des Islam.⁶¹

Für das Zentrum sei die Beteiligung von Vertretern von Christentum, Judentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus ebenso geplant wie von Experten der „Zivilgesellschaft“. Betont wird, dass das Zentrum der „Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“ sowie „der Förderung und Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte

⁵⁸ Republik Österreich (6.9.2012): Übereinkommen zur Errichtung des King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog, BGBl. III, Nr. 134 vom 6.9.2012, 1.: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2012_III_134/COO_2026_100_2_787619.pdf.

⁵⁹ Republik Österreich (6.9.2012): Übereinkommen zur Errichtung des King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog, Vorblatt zum BGBl. III, Nr. 134 vom 6.9.2012: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01743/fnameorig_249623.html.

⁶⁰ Der Standard (2.5.2012): Interreligiöses Zentrum: Vertrauter des saudischen Königs an der Spitze: <http://derstandard.at/1334796781336/Wien-Interreligioeses-Zentrum-Vertrauter-des-saudischen-Koenigs-an-der-Spitze>.

⁶¹ ORF (11.4.2012): Ministerrat ratifiziert interreligiöses Zentrum in Wien: http://religionv1.orf.at/projekt03/news/1204/ne120411_zentrum.html.

verpflichtet“ sei. Vorgesehen sind Vertreter von acht Denominationen unterschiedlicher Religionen im Dialogforum sowie ein Beratungsgremium mit 100 Köpfen.⁶²

Bereits im Vorfeld erfolgte scharfe Kritik, da in der Übereinkunft für den Gründungsvertrag nicht von „Religionsfreiheit“ die Rede ist, sondern lediglich vom Respekt zwischen den Religionen ("gegenseitiger Respekt und Verständnis zwischen den verschiedenen religiösen und kulturellen Gruppen").⁶³ Kritiker meinen weiters, dass ein "neutraler, hierarchiefreier Ort" für so eine Einrichtung geschaffen werden müsse. Dafür gebe es aber kaum Chancen, da das Zentrum nur von Saudi-Arabien finanziert und dem saudischen König Abdullah ibn Abd al-Aziz benannt werde. Saudi-Arabien wolle eher Toleranz für seinen wahabitischen Staatsislam, fürchten Kritiker.⁶⁴

Die österreichischen Grünen vermuten als Hintergrund, dass Saudi-Arabien das Zentrum als „Feigenblatt“ benutzen wolle, um über die fast völlig fehlende Religionsfreiheit im eigenen Land hinwegzutäuschen. Jüdische Vertreter hatten gedroht, sich von dem Projekt zu distanzieren, sollte es nicht genügend unabhängig von der saudischen Regierung sein. Aus österreichischen, außenpolitischen Kreisen hieß es hingegen, das saudische Königshaus wolle durch das Wiener Zentrum den Klerus zu Reformen zwingen. Der österreichische Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten erklärte, mit dem Zentrum könne sich Wien als Plattform und Drehscheibe für Dialog und Frieden präsentieren. Ziel sei es, Konflikte und Kriege vorzubeugen. Veranstaltet werden sollen Konferenzen, Seminare und Fortbildungsveranstaltungen.⁶⁵

Interesse zeigt auch der Vatikan. Der Heilige Stuhl habe sein grundsätzliches Interesse bekundet, Beobachterstatus zu erlangen, heißt es von der österreichischen Regierung. Als Hintergrund wird der Wunsch des Vatikans vermutet, die Erlaubnis zum Bau einer Kirche in Saudi-Arabien zu erlangen. Die Idee zu dem Forum soll nach einem Treffen zwischen König Abdullah und Papst Benedikt im Jahr 2007 entstanden sein, hieß es im Vorfeld.⁶⁶

⁶² ORF (11.4.2012): Ministerrat ratifiziert interreligiöses Zentrum in Wien: http://religionv1.orf.at/projekt03/news/1204/ne120411_zentrum.html.

⁶³ Republik Österreich (6.9.2012): Übereinkommen zur Errichtung des King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog, BGBl. III, Nr. 134 vom 6.9.2012, 1.: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2012_III_134/COO_2026_100_2_787619.pdf.

⁶⁴ Wiener Zeitung: Interreligiöses Zentrum - nur gespielte Offenheit? http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_integration/gesellschaft/404312_Interreligioeses-Zentrum-nur-gespielte-Offenheit.html.

⁶⁵ ORF (11.4.2012): Ministerrat ratifiziert interreligiöses Zentrum in Wien: http://religionv1.orf.at/projekt03/news/1204/ne120411_zentrum.html.

⁶⁶ ORF (11.4.2012): Ministerrat ratifiziert interreligiöses Zentrum in Wien: http://religionv1.orf.at/projekt03/news/1204/ne120411_zentrum.html.

Verletzung von Kinderrechten und Frauenrechten

Ein aktuelles Beispiel der Verletzung von Kinder- und Frauenrechten findet in Pakistan statt. Pakistanische Taliban haben Anfang Oktober 2012 im Swat-Tal im unruhigen Nordwesten des Landes auf die 14-Jährige Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai geschossen, die seither in Lebensgefahr schwebt. Die radikalislamischen Taliban verteidigten ihre Tat: jede Frau, die sich ihnen entgegenstelle, müsse getötet werden, erklärte ein Taliban-Sprecher. Das junge Alter des Opfers sei kein Grund für Milde. Die Jugendliche war bekannt geworden, als sie vor drei Jahren auf einer Internetseite des britischen Fernsehsenders BBC über Gewalttaten der Taliban im Swat-Tal berichtete. Sie erhielt den ersten pakistanischen Friedenspreis und wurde auch für den internationalen Friedenspreis für Kinder nominiert.⁶⁷

Von einer Verletzung von Abkommen im Rahmen der UNO zum Schutz der Kinder- und Frauenrechte spricht auch der Menschenrechtsverband NHRA, im Falle des Urteils des Großmuftis von Saudi-Arabien, der die Meinung vertritt, dass Mädchen schon im Alter von zehn Jahren verheiratet werden können. Damit wies Sheikh Abdul-Aziz al-Sheikh die Befürworter einer Anhebung des Heiratsalters "zurecht".⁶⁸

Ein Mädchen sei nach den Gesetzen des Islam im Alter von zehn oder zwölf Jahren für die Ehe bereit, erklärte der Großmufti. Die islamischen Gesetze würden keine Unterdrückung der Frauen bedeuten. Jene, die das Heiratsalter auf 25 anheben wollten, seien völlig im Irrtum, sagte Al-Sheikh den Angaben zufolge bei einer Vorlesung an der Imam Mohamed bin Saud Islamic University in Riad. „Unsere Mütter und Großmütter wurden verheiratet, als sie kaum zwölf waren. Gute Erziehung macht ein Mädchen in diesem Alter bereit für alle ehelichen Pflichten“, antwortete Al-Sheikh einer weiblichen ZuhörerIn, die die Praxis der Zwangsverheiratung minderjähriger Mädchen in Frage stellen wollte.“⁶⁹

Der Saudische Menschenrechtsverband (NHRA) hat die Verheiratung Minderjähriger im Königreich als "Vergewaltigung der Kindheit" verurteilt. Die Praxis sei zudem eine Verletzung von Abkommen im Rahmen der UNO zum Schutz der Kinder- und

⁶⁷ Der Standard (10.10.2012): Anschlag auf 14 jährige Friedensaktivistin:
<http://diestandard.at/1348285526764/Anschlag-auf-14-jaehrige-Friedensaktivistin>.

⁶⁸ Der Standard (3.5.2012): Großmufti: "Zehnjährige Mädchen für die Ehe bereit":
http://www.google.at/search?hl=de&q=Gro%C3%9Fmufti%3A+%22Zehnj%C3%A4hrige+M%C3%A4dchen+f%C3%BCr+die+Ehe+bereit%22&meta=&rlz=117ADRA_deAT403.

⁶⁹ Der Standard (3.5.2012): Großmufti: "Zehnjährige Mädchen für die Ehe bereit":
http://www.google.at/search?hl=de&q=Gro%C3%9Fmufti%3A+%22Zehnj%C3%A4hrige+M%C3%A4dchen+f%C3%BCr+die+Ehe+bereit%22&meta=&rlz=117ADRA_deAT403.

Frauenrechte, die auch von Saudi-Arabien unterzeichnet worden seien, stellt der NHRA fest.⁷⁰

Auch in Österreich haben Aussagen des saudischen Großmuftis für Empörung gesorgt. Dieser hatte zur Zerstörung aller Kirchen in den Golfstaaten aufgerufen. Kardinal Christoph Schönborn äußerte Ende März 2012 im Namen der österreichischen Bischöfe scharfe Kritik an einem entsprechenden Rechtsgutachten (Fatwa) Al-Sheikhs. Ein solcher Erlass "ist für uns Bischöfe völlig inakzeptabel und auch nicht nachvollziehbar", betonte Schönborn. ILMÖ wies aus diesem Anlass darauf hin, dass der Großmufti der Befürworter und der geistige Führer des wahhabitischen Zentrums in Wien sei, "ohne dessen Unterstützung und Erlaubnis es dieses internationale Sektenzentrum nicht geben könnte, da Saudi Arabien dieses finanziert".⁷¹

Meiner Ansicht nach ist der völkerrechtliche Status des Zentrums nicht unproblematisch. Das Zentrum als eigene völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit bedeutet letztendlich, dass die inhaltliche bzw. organisatorische Gestaltung durch das Zentrum selbst erfolgt. Zwar ist die Gestaltung an das dem Zentrum zugrunde liegende Gesetz⁷² gebunden, der faktische Einfluss Saudi-Arabiens wird jedoch richtungweisend sein: einerseits ist der ehemalige stellvertretende Bildungsminister Saudi-Arabiens, Faisal Abdulrahman Bin Muaammar zum interimistischen Generalsekretär ernannt worden.⁷³ Andererseits ist der Einfluss dadurch gegeben, dass die finanziellen Mittel des Zentrums "freiwillige Spenden der Vertragsparteien und Beobachter" sowie "Beiträge und Spenden aus anderen angemessenen Quellen umfassen".⁷⁴ Laut Ankündigung der saudischen Regierung will Saudi-Arabien für die ersten Jahre auch alle Kosten des Zentrums übernehmen.⁷⁵ Nicht zuletzt auch deshalb können die saudi-arabischen Vorstellungen deutlich in den Vordergrund treten, da sich Saudi-Arabien durch die Unterzeichnung von UNO-Abkommen nicht grundsätzlich zu deren Umsetzung veranlasst fühlt, was obiges Beispiel zeigt.

⁷⁰ Der Standard (3.5.2012): Großmufti: "Zehnjährige Mädchen für die Ehe bereit": http://www.google.at/search?hl=de&q=Gro%C3%9Fmufti%3A+%22Zehnj%C3%A4hrige+M%C3%A4dchen+f%C3%BCr+die+Ehe+bereit%22&meta=&rlz=117ADRA_deAT403.

⁷¹ Der Standard (3.5.2012): Großmufti: "Zehnjährige Mädchen für die Ehe bereit": http://www.google.at/search?hl=de&q=Gro%C3%9Fmufti%3A+%22Zehnj%C3%A4hrige+M%C3%A4dchen+f%C3%BCr+die+Ehe+bereit%22&meta=&rlz=117ADRA_deAT403.

⁷² Republik Österreich (6.9.2012): Übereinkommen zur Errichtung des King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog, BGBl. III, Nr. 134 vom 6.9.2012, 1.: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2012_III_134/COO_2026_100_2_787619.pdf.

⁷³ Der Standard (2.5.2012): Interreligiöses Zentrum: Vertrauter des saudischen Königs an der Spitze: <http://derstandard.at/1334796781336/Wien-Interreligioeses-Zentrum-Vertrauter-des-saudischen-Koenigs-ander-Spitze>.

⁷⁴ Republik Österreich (6.9.2012): Übereinkommen zur Errichtung des King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog, BGBl. III, Nr. 134 vom 6.9.2012, 7: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2012_III_134/COO_2026_100_2_787619.pdf.

⁷⁵ ORF (11.4.2012): Ministerrat ratifiziert interreligiöses Zentrum in Wien: http://religionv1.orf.at/projekt03/news/1204/ne120411_zentrum.html.

2.7.1.2. Dogma statt Dialog

Humanismus als besondere Welt- und Kulturanschauung entwickelte sich, bevor es Christen oder Moslems gab. Humanismus, wie er heute verstanden wird, hat sich als Gegenbewegung zur Kirche entwickelt.

Die struktur- und inhaltskonservative Ausrichtung – auch bzw. insbesondere – des „heutigen“ Vatikans und die Ignoranz gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Erfordernissen und Bedürfnissen führte, wenn auch nicht durchwegs zur Abkehr von der Religion, umso mehr zur Distanz von der Kirche als Institution und dem Handeln ihrer führenden weltlichen Vertreter. Diese meinen, so wie die Amtsträger Jahrhunderte lang davor, ihr Heil in einer theokratischen Staatsform zu finden, die dafür steht, ohne demokratische Mitbestimmung auskommen und sich von der Praktizierung der Menschen-, Frauen- und Kinderrechte abwenden zu können bzw. diese nicht etablieren zu müssen.

Reformer der Gegenwart meinen: „Wir haben heute eine Kirche, die so wie sie jetzt aufgestellt ist, die Kirche von 1871 ist. Diese Autokratie, diese absolutistische Monarchie ist das Ergebnis des Konzils von 1871.“⁷⁶ Der amtierende Papst hingegen sieht die Krise der Kirche offenbar nicht darin begründet, sondern meint, dass die Diskussion in der „Banalisation des Menschen, der keine Ideologie mehr braucht, sondern sich einfach gehen lässt“ begründet liegt.⁷⁷

Verletzung von Menschenrechten

Anzusprechen ist bei Überlegungen zur Verletzung humanistischer Werte durch die Amtskirche zuerst die Positionierung der österreichischen Amtskirche zum Einmarsch Hitlers und dem Anschluss von Österreich an das Deutsche Reich. Die Kirche ging in Österreich einen vom Vatikan unabhängigen und für die Menschen in Österreich verderblichen Weg. Denn die österreichischen Bischöfe hatten noch im Dezember 1937 einen gemeinsamen Hirtenbrief veröffentlicht, in dem sie ihre Sympathie für die vom NS-Regime bedrängte deutsche Kirche zum Ausdruck brachten. Umso schwerer traf sie der "Anschluss", zumal das Konkordat von 1933 vom NS-Regime nicht anerkannt wurde. Unter der Führung des Wiener Kardinal-Erzbischof Theodor Innitzer (1875-1955) versuchten sie durch Verhandlungen einen Modus Vivendi zu erreichen. Unter dem Druck der Unterhändler des "Anschluss"-Gauleiters Josef Bürckel unterzeichneten alle Bischöfe am 18. März 1938 die Zustimmung zum "Anschluss" und erklärten, dass

⁷⁶ Spiegel Online: Rom unterstützt eine Retrokirche: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/helmut-schueler-von-aufruf-zum-ungehorsam-tritt-beim-katholikentag-auf-a-833058.html>.

⁷⁷ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 78.

sie bei der Volksabstimmung mit Ja stimmen würden. Den Begleitbrief an Bürckel hatte Innitzer auf Drängen des Unterhändlers Himmelreich mit einem handschriftlichen "Heil Hitler!" unterschrieben. Der Brief und die Erklärung der Bischöfe wurden im ganzen Deutschen Reich auf Plakaten als Abstimmungswerbung verwendet. Die daran geknüpften Erwartungen der Kirche erfüllten sich jedoch nicht. Das NS-Regime griff zunehmend in kirchliche Rechte ein. Die Bischöfe erkannten zu spät, dass sie durch ihr kooperatives Verhalten den nationalsozialistischen Zielen zum Durchbruch verhelfen und allen Menschen in Österreich den Weg in das Verderben wiesen. Auch wenn die Bischöfe Anfang September 1938 die Verhandlungen abbrachen, erfuhren sie spätestens mit den antikatholischen Ausschreitungen vom Oktober 1938 leidvoll, dass Verfolgung und Widerstand die folgenden Jahre bestimmend für die katholische Kirche sein werden und der Zeitpunkt versäumt ist, sich wehrhaft zu widersetzen.⁷⁸

Nicht unerwähnt soll jedoch bleiben, dass einzelne Kirchenvertreter, wie z.B. der Wiener Kaplan Heinrich Maier, zu ihrer Überzeugung auch schon im christlichen Ständestaat standen. Er lässt sich von den Nationalsozialisten nicht instrumentalisieren, bewahrt sein Gewissen und wechselt seine Gesinnung nicht – trotz einschneidender persönlicher Repressalien gegen seine Person, die in seiner Hinrichtung mündeten – mit dem Wechsel der Fahne.

Versäumnisse der Kirche – Forderungen der Kirchenbasis

Zwei konträre Positionen stehen einander gegenüber: einerseits jene Theologen, die das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) als Bruch mit der Vergangenheit deuten, als Neustart, als eine Art Wasserscheide. Andererseits wird das Gegenteil beschworen: eine organische Kontinuität mit dem gesamten Strom der Überlieferung. Für diese Position steht der amtierende Papst.⁷⁹

Von Kritikern werden als Versäumnisse der Kirche in den vergangenen Jahrhunderten vor allem gesehen:

- Engagement der Amtskirche für die Bewahrung der Kirche als Institution, den Erhalt und Ausbau von Macht und Abhängigkeit der Gläubigen und weniger das Engagement für das Wohlergehen des einzelnen Menschen;
- furchtsame Dogmatik statt weltoffene Theologie;
- der Zölibat;
- der Ausschluss von Frauen vom Priesteramt;

⁷⁸ Weinzierl, E: Kirche und Nationalsozialismus, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: <http://www.doew.at/frames.php?/service/ausstellung/1938/22/22.html>.

⁷⁹ Die Welt (8.1.2012): Konzil ist Chance für mehr Partizipation in der Kirche: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13804078/Konzil-ist-Chance-fuer-mehr-Partizipation-in-der-Kirche.html>.

- die knöcherne Hierarchie „alter Männer“;
- die Verfolgung der Öffnung in der Theologie;
- die blinde Verdammung von Verhütung und Geburtenkontrolle, insbesondere in den armen Regionen der Erde;
- das ewig gestrige Unverständnis gegenüber Homosexualität;
- das Misstrauen gegenüber Technologie und moderner Kultur;
- die immer wiederkehrenden Provokationen gegen die evangelische Kirche, die Juden und den Islam.⁸⁰

Von Gläubigen, wie auch von nicht einem Glauben angehörigen Menschen wird zunehmende Kritik und die Forderung nach Reformen in der Kirche laut, denn dem derzeit im Amt befindlichen Papst ist es bisher nicht gelungen Legitimität für seine Positionen in der Öffentlichkeit zu erlangen:

- Durch den präferierten, zögerlichen Weg des Papstes und die Empörung über sein Pontifikat hat sich das Misstrauen der säkularen Welt verfestigt sowie die Skepsis der anderen Religionen. Er hat keinen konstruktiven Weg gefunden mit Zweifeln und Forderungen zur Modernisierung der Kirche und der Öffnung zur modernen Welt umzugehen.⁸¹
- Der Papst ist mit dem Anspruch angetreten, sich „über den Rand der Kirche hinweg zu versöhnen“. Ziel war ein offener, selbstbewusster Dialog mit der säkularen Welt, dem Islam, den Juden, den Traditionalisten in den eigenen Reihen und vielleicht sogar mit den Gefolgsleuten Luthers. Auch steht einstweilen die säkulare Welt dem Papst bestenfalls gleichgültig gegenüber. Der Dialog mit den Juden ist nach der Affäre um den Holocaust–Leugner Bischof Richard Williamson zurückgeworfen worden. Viele Muslime haben dem Papst die Vorlesung in Regensburg nicht verziehen, wo er sich mit Islam und Gewalt auseinandersetzte, dabei jedoch nicht die richtigen Worte fand.⁸² Mit dieser Rede provozierte er Moslems, indem er den byzantinischen Kaiser Manuel II. Palaeologos zitiert hatte: „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden.“⁸³
- Die Missbrauchsfälle, die anfänglich seitens des Vatikans nur als Problem nationaler Bischofskonferenzen gesehen wurden, vor allem der amerikanischen, irischen und deutschen, haben sich zu einer Krise der gesamten katholischen Kirche entwickelt

⁸⁰ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 79.

⁸¹ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 77.

⁸² Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 77.

⁸³ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 80.

und auch der Papst selbst sieht sich schweren Vorwürfen gegen seine Person ausgesetzt. Die Iren, denen der Papst einem Hirtenbrief geschrieben hat, indem er die Missbrauchsfälle örtlichen Bischöfen und der Säkularisierung der irischen Gesellschaft zuschrieb, zeigten sich über das wenig reumütige Verhalten enttäuscht.⁸⁴ Auf dem Höhepunkt der Missbrauchskrise in den USA im Jahr 2002 stellt Ratzinger sich Fragen an der katholischen Universität San Antonio in Muricia, in Südosten Spaniens. Es gebe natürlich auch Sünder in der Kirche, erklärte er, „aber ich persönlich bin davon überzeugt, dass hinter den ständigen Presseberichten über die Sünden katholischer Priester, vor allem in den USA, eine gezielte Kampagne steht“, mit dem Ziel, „die Kirche in Misskredit zu bringen.“⁸⁵

- Radikalen Reformgegnern, wie den Piusbrüdern hat der Papst die Türen geöffnet, indem er beispielsweise die lateinische Messe wieder als gleichberechtigt erklärte und die Exkommunikation der Piusbrüder aufhob. Diese Versöhnungsgesten nach rechts außen brüskieren hingegen die liberalen Diözesen.⁸⁶
- Von aufmerksamen Kircheninsidern wahrgenommen und als Schritt „zurück“ kritisiert werden die Wiederbelebung der traditionalistischen lateinischen Messe, die Rückkehr zur Idee der Judenmission in der neuen Karfreitagsfürbitte und die Abkehr von der kritischen Bibelforschung in seinem Jesusbuch.⁸⁷
- Brüskiert hat der Papst die evangelischen Christen mit einem Verdikt aus dem Vatikan, indem festgestellt wurde, dass diese Glaubensgemeinschaft „nicht Kirche im eigentlichen Sinn genannt werden“ kann.⁸⁸
- Das Signal „Dogma statt Dialog“ empörte auch die katholische Basis, die vielerorts in der Ökumene längst weiter vorangekommen ist als die oberste Kirchenführung. Dies manifestiert sich in Österreich und zunehmend in weiteren Ländern beispielsweise durch die „Pfarrer-Initiative Österreich“ (Gründung im Jahr 2006), die ein Zusammenschluss von Priestern und Diakonen der römisch-katholischen Kirche in Österreich ist. Der Verein bezweckt die Förderung einer offenen Diskussion über die Fragen und Probleme der römisch-katholischen Kirche.⁸⁹ Der Initiative gehören etwa 420 österreichische Priester und Diakone an. Die Initiative wird von rund 2600 Laien unterstützt.

⁸⁴ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 76.

⁸⁵ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 82.

⁸⁶ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 77.

⁸⁷ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 78.

⁸⁸ Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 78.

⁸⁹ Pfarrer Initiative: <http://www.pfarrer-initiative.at/> (Der Verein / Vereinsstatuten).

Im Jahr 2012 hat die Pfarrer-Initiative auch im Vatikan Aufmerksamkeit erregt und den Papst zu einer kritischen und distanzierenden Stellungnahme veranlasst. Kürzlich bekräftigten die österreichischen Bischöfe – auf Drängen des Vatikans – in einem Hirtenbrief zum „Jahr des Glaubens“ ihre Haltung gegenüber den Reformbewegungen in der Kirche. Das Episkopat spricht sich darin abermals für den Zölibat und gegen das Frauenpriestertum aus und warnt vor einer Kirchenspaltung.⁹⁰

Immerhin gestehen die Bischöfe im Hirtenwort das Wissen über Meinungen anderer zu einem "Reformstau" ein: "Wir wollen nicht verschweigen, was vielfach uns gegenüber und auch öffentlich gesagt wird: dass es eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Situation der Kirche und besonders mit 'der Kirchenleitung', mit uns Bischöfen und mit Rom, gibt".⁹¹

Wenig Freude über das Hirtenwort der Bischöfe zum "Jahr des Glaubens" herrscht bei der darin auch angesprochenen Pfarrer-Initiative. "Es ist erstaunlich, dass Reformwartungen und Glaube gegeneinander ausgespielt werden", kritisierte deren Sprecher gegenüber der APA. Die Plattform "Wir sind Kirche" ortet in gewissen Botschaften beinahe "Zynismus" in den Worten der Bischöfe. Geht es nach dem Hirtenwort, komme eine Erneuerung der römisch-katholischen Kirche "nur aus dem Glauben". "Das möchte ich zurückweisen", meint der Sprecher der Pfarrer-Initiative dazu - und will so auch für die meisten Kirchenmitglieder sprechen. Einheit und Konsens dürften nicht zum Selbstzweck werden. Es brauche immer auch "die nötige Auseinandersetzung zuvor". Auch die Initiative "Wir sind Kirche" hat keine Freude mit dem Hirtenwort. "No na" müsse eine Erneuerung der Kirche "aus dem Glauben heraus geschehen". Die Bischöfe würden aber vergessen, dass es auch um konkrete Lebenssituationen gehe. "Hier zu sagen, treten wir einen Schritt zurück und schauen wir uns das an, ist schon fast zynisch." Und weiter: "Die Kirchenleitung sieht nicht die Situation, in der sie ist."⁹²

- Der Sprecher der Pfarrer-Initiative hat unter anderem die demokratische Wahl der Bischöfe durch das Kirchenvolk gefordert: „Das würde auch den Kontakt zum Volk fördern, weil der Bischof in spe von Gemeinde zu Gemeinde pilgern müsste. Er müsste sich vorstellen und überprüfbar machen. Er müsste sich der Diskussion stellen. Etwas, das die Kirche keineswegs gefährden würde. Es hat diese Tradition

⁹⁰ Der Standard (3.10.2012): Bischöfe mauern gegen Zölibat-Reform und Frauenweihe. <http://derstandard.at/1348284863521/Bischoefe-mauern-gegen-Zoelibat-Reform-und-Frauenweihe>.

⁹¹ Der Standard (3.10.2012): Bischöfe mauern gegen Zölibat-Reform und Frauenweihe. <http://derstandard.at/1348284863521/Bischoefe-mauern-gegen-Zoelibat-Reform-und-Frauenweihe>.

⁹² Der Standard (3.10.2012): Bischöfe mauern gegen Zölibat-Reform und Frauenweihe. <http://derstandard.at/1348284863521/Bischoefe-mauern-gegen-Zoelibat-Reform-und-Frauenweihe>.

immer gegeben. Vor allem ganz am Anfang. Und in den Ordensgemeinschaften in den Klöstern die ganze Zeit über."⁹³ Weiters findet sich diese Kernaussage pointiert formuliert in einem Posting auf der Homepage der Universität Luzern mit dem Titel: „Das Blöken der Herde: Als die Schafe plötzlich sprechen konnten... – Wie viel Partizipation verträgt Rom?“, wobei der Autor ernüchternd meint, dass Hoffnung auf wahre demokratische Partizipation in der Kirche wenig Erfolg beschieden ist.⁹⁴

Deutlich wird aus obigen Ausführungen, dass weder solch eine Staatsform (Theokratie), noch die Religion (römisch-katholische Christen bzw. Islam) überzeugend zu einem global gültigen, universell interkulturellen Humanismus Grundlegendes beitragen können, weil Religions-, Menschen-, Frauen- und Kinderrechte missachtet werden und eine theokratische Staatsform ein autonomes Leben und ein partizipatives Handeln von Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung weder fördert noch unterstützt. Ein Miteinander im nationalen (europäischen) interkulturellen Bezug sehe ich ausschließlich auf Basis eines demokratischen Rechtsstaates mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten. Entgegengetreten werden muss Konflikten einzelner Kulturen, die in deren Ursprungsländer begründet sind und die theokratischen Strukturen und damit im Zusammenhang stehende vermeintliche staatliche und religiöse Erfordernisse und Probleme aus dem jeweiligen Ursprungsland mit nach Europa zu bringen. Aktuelle Beispiele der vergangenen Jahre sind die gewaltvollen Reaktionen von Moslems z.B. wegen eines Anti-Islam-Films "Die Unschuld der Muslime", der für wütende Proteste in der islamischen Welt sorgte. Zahlreiche Menschen wurden bei den weltumspannenden Demonstrationen und Angriffen auf westliche Einrichtungen bereits getötet. Ob Mohammed-Karikaturen, Koran-Verbrennungen oder Anti-Islam-Filme - in den vergangenen Jahren gab es immer wieder Racheaktionen und tödliche Proteste.⁹⁵ Immer weniger kann ich mich dem Eindruck entziehen, dass das Bewusstsein der offiziellen islamischen Welt wenig ausgeprägt ist, demokratische Grundrechte wie z.B. Meinungs- und Pressefreiheit für grundlegend zu erachten, sodass in einer Demokratie die Bekämpfung entgegengesetzter Ansichten und Meinungen vor einem rechtsstaatlich agierenden Gericht erfolgt und nicht durch körperliche Verletzung oder Tötung Andersdenkender.

⁹³ Die Presse (28.6.2012): Für Totalreform der Kirche: Schüller will Bischofs-Wahl, http://diepresse.com/home/panorama/religion/1260746/Fuer-Totalreform-der-Kirche_Schueller-will-BischofsWahl?_vl_backlink=/home/index.do.

⁹⁴ Universität Luzern (13.3.2012): Das Blöken der Herde: Als die Schafe plötzlich sprechen konnten... – Wie viel Partizipation verträgt Rom?. <http://uniluzern.wordpress.com/2012/03/13/das-bloeken-der-herde-als-die-schafe-plotzlich-sprechen-konnten-wie-viel-partizipation-vertragt-rom/>.

⁹⁵ Der Standard (21.9.2012): Karikaturen, Koran-Verbrennungen und Anti-Islam-Filme: <http://derstandard.at/1347493196432/Karikaturen-Koran-Verbrennungen-und-Anti-Islam-Filme>.

2.7.2. Interkulturalität

Das Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Kulturen kennzeichnet moderne Gesellschaften und die sich daraus ergebenden Probleme und Konflikte stehen auf der Tagesordnung nationaler und internationaler Politik, denn die meisten modernen Kulturen sind zugleich multikulturelle Gemeinschaften mit ausgeprägten interkulturellen Differenzen.⁹⁶

Mit den Worten von Alexander v. Humboldt gesprochen, bedeutet Interkulturalität für den Menschen, so viel Welt wie möglich zu ergreifen und sie so eng, wie er nur kann, mit sich zu verbinden. In der durch technologische Entwicklungen und wirtschaftliche Verflechtungen geprägten Weltgesellschaft ist die Einlösung des Humboldt'schen Postulats nicht einfacher geworden. Die Vorstellung von Kulturen als einheitlich abgrenzbare und homogene Ganzheiten wurde, infolge der Entstehung und Entfaltung interkultureller Ausrichtungen der Weltgesellschaft, aufgegeben. Damit wird der immer noch gängige Herder'sche Kulturbegriff zur Disposition gestellt – ein Kulturbegriff, der Geschlossenheit und nationale Grenzen betont und klar zu unterscheidende, in sich homogene Kulturen postuliert. Diese und andere essentialistische Kulturbegriffe, die sich zum Ziel setzen, das „Wesen“ oder den „Kern“ einer Kultur zu ergründen und dabei häufig von Vorstellungen des „Reinen“, „Echten“, „Unverfälschten“ und „Autochthonen“ ausgehen, verlieren an Bedeutung,⁹⁷ denn sie entsprechen nicht mehr der Wirklichkeit.

2.7.2.1. Globalisierung und Toleranz

Globalisierung gehört zu den meist diskutierten Themen der Gegenwart und ist ebenso wie Toleranz, die eine der grundlegenden Fragen im Humanismus darstellt, im interreligiösen und interkulturellen Dialog vordringlich.

Einige halten Globalisierung für eine epochale Wende, die ihren Anfang Mitte des 20. Jahrhunderts genommen hat. Für andere beginnt die Globalisierung wesentlich früher, mit der Industriellen Revolution 1780-1800 in England, der Auflösung der Sowjetunion, der Gastarbeiterbewegung bzw. der Migrationswelle in Europa oder der rasanten Entwicklung von Kommunikationssystemen seit Mitte des 20.

Jahrhunderts.⁹⁸ Globalisierung steht mit Interkulturalität im engen Zusammenhang als zentrales Thema unserer Zeit und ist ebenso zentrales Thema dieser Arbeit.

⁹⁶ Johannes Gutenberg Universität Mainz: Interkulturalität: <http://www.zis.uni-mainz.de/106.php>.

⁹⁷ Engel, Ch., Lewicki, R. (2005): Interkulturalität: Slawistische Fallstudien. <http://www.uibk.ac.at/slalistik/pdf/interkvw.pdf>.

⁹⁸ Yousefi, H. R. (2010). Globalisierung im Prozess der Geschichte: Ziele – Probleme – Möglichkeiten, 25.

Eine Reflexion über einen sozialdemokratischen Humanismus ohne interkulturellen Bezug wäre durch den anhaltenden Zuzug von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunftsländer wenig praxisnahe. Aus meiner Sicht ist der universell interkulturelle Humanismus eine mögliche Antwort auf drängende kulturelle Orientierungsprobleme der Gegenwart, die sich aus dem Zusammentreffen unterschiedlicher Weltansichten und Lebensformen ergeben. In immer stärkerem Maß wird das politische Leben davon bestimmt, dass unterschiedliche Wertauffassungen, Weltdeutungen und Einstellungen zu allen Grundfragen des menschlichen Lebens aufeinander stoßen. Immer wieder stehen Menschen vor der Herausforderung, mit der manchmal recht bedrängenden Erfahrung kultureller - und zunehmend religiöser - Unterschiedlichkeit das soziale, persönliche und politische Leben betreffend umzugehen.⁹⁹

Der „traditionelle“ Humanismus ist in dem Sinne zu erweitern, dass die Reichweite der Menschheitsvorstellungen im Humanismus, die sich letztlich am Paradigma Europas und des Westens orientiert, zu reflektieren ist und nicht-westliche Kulturen in Überlegungen zum Humanismus mit einzubeziehen sind. Weiters geht es wesentlich darum, die menschenverachtenden Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und der europäischen und außer-europäischen Gegenwart deutlich anzusprechen und einen realistischen Praxisbezug herzustellen: Ein Humanismus, der sich mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit – auch mit einem religiösen Bezug - nicht auseinandersetzt und klar Stellung bezieht, lässt sich nicht plausibel vermitteln.¹⁰⁰

Mit der Globalisierung einher geht in einem humanistischen Zusammenhang, im Hinblick auf die vielfältigen Möglichkeiten, gleiche Lebensbereiche international unterschiedlich zu gestalten, ein mehr oder weniger tolerantes Verhalten. Die Frage nach der Toleranz ist häufig mit einer gewissen Missachtung verbunden, wie dies von John Stuart Mill (1806-1873) ausgedrückt wird: „Ich toleriere deine Handlungen, obwohl ich weiß, dass sie unsinnig und dumm sind.“ Diese Aussage entspricht einer traditionellen Form von Toleranz, die im eigentlichen Wortsinn Duldung bedeutet. Duldung fußt eher auf gegenseitigem Misstrauen und Vorbehalten. Thomas von Aquin (1225-1274) und John Locke (1632-1704) sind für eine solche Duldungskonzeption eingetreten. Sie akzeptierten Minderheiten und gegnerische Positionen, solange die Autorität der Leitgedanken gewahrt blieb. Immanuel Kant (1724-1804) und Moses Mendelssohn (1729-1786) stehen dieser

⁹⁹ Rösen, J., Laass, H. (2009), Einleitung, 8.

¹⁰⁰ Kulturwissenschaftliches Institut Essen (ohne Datum): Humanismus in der Epoche der Globalisierung – Ein interkultureller Dialog über Kultur, Menschheit und Werte. <http://www.kwi-humanismus.de/de/k83.Aktuelles.htm>.

Form von Toleranz ablehnend gegenüber. Während Kant sie für „hochmütig“ hält, verlangt Mendelssohn Anerkennung.¹⁰¹

Grundsätzlich können formale und inhaltliche Toleranz bzw. Intoleranz unterschieden werden, wozu sich unten stehend exemplarisch Beispiele finden. Diese Unterscheidungen können auch für Diskussionen zur Interkulturalität herangezogen werden. Hinzuweisen ist, dass sich zwar die Darstellung in dieser Arbeit an den in der Fußnote zitierten Autor von der Struktur her orientiert, manche meiner Beispiele und damit die inhaltliche Aussage sowie Schlussfolgerungen durchaus unterschiedlich zu seinen sind:

- Formale Toleranz bedeutet „das bloße Unangetastet lassen fremder Glaubensüberzeugungen“.
Eine solche Haltung kann aus verschiedenen Gründen eingenommen werden, z.B. aus Gleichgültigkeit. Ein Beispiel für formale Toleranz ist die Gewährung von Glaubensfreiheit in einem Staat, der verschiedene Glaubensformen nebeneinander bestehen lässt, solange diese Organisationsform des Staates durch eine fremde Religion nicht gefährdet wird. Ist dies aber zu befürchten, dann schlägt formale Toleranz zumeist in formale Intoleranz um. Formale Toleranz ist in vielen Verfassungen durch Anerkennung des Artikel 55c der Charta der Vereinten Nationen von 1945 oder in Art. 18 der Menschenrechtserklärung von 1948 staatlich garantiert.¹⁰²
- Formale Intoleranz lässt „fremden Glauben nicht unangetastet, sondern zwingt seine Vertreter zur Unterwerfung unter eine sakrale Institution eines Staates oder einer Kirche, deren formale Einheit durch abweichende Glaubens- und Kulturformen gefährdet werden würde.“ Sie liegt immer dann vor, wenn die Gewissensfreiheit wegen der Bedrohung der inneren Einheit des Staates aufgehoben wird.¹⁰³ Hinzuweisen ist hier beispielsweise auf Punkt 2.7.1.1, „Interreligiöses und interkulturelles Zentrum in Wien, Verletzung der Religionsfreiheit“, wo ausgeführt ist, dass in Saudi-Arabien keine nicht-islamischen Gebetsstätten geduldet sind, die öffentliche Ausübung anderer Religionen als des Islam strikt verboten ist und zur Zerstörung aller Kirchen in den Golfstaaten aufgerufen wird.
- Die inhaltliche Toleranz beschränkt sich von ihrer theoretischen Definition her nicht auf ein bloßes Unangetastet-lassen fremder Religionen, sondern bedeutet

¹⁰¹ Yousefi, H. R. (2010): Toleranz und Intoleranz in der Religion, 103.

¹⁰² Yousefi, H. R. (2010): Toleranz und Intoleranz in der Religion, 105.

¹⁰³ Yousefi, H. R. (2010): Toleranz und Intoleranz in der Religion, 105.

ihre positive Anerkennung als echte und berechtigte religiöse Möglichkeit. Inhaltliche Toleranz soll zur positiven Anerkennung führen. Inhaltliche Toleranz wird hier nicht als leere und unbeteiligte Indifferenz gesehen,¹⁰⁴ kann jedoch meiner Ansicht nach nicht so weit gehen, dass grundlegende staatstragende Strukturen (Demokratie) zugunsten einer inhaltlichen Toleranz einer Theokratie gegenüber (z.B. Akzeptanz der Scharia) aufgehoben werden.

- Inhaltliche Intoleranz hingegen bekämpft fremde Überzeugungen, um der vermeintlichen Wahrheit willen oder im Namen einer bestimmten Ideologie. In diesem Kontext erscheinen die Inhalte der fremden Religion als unwahr und abwegig, und sie werden abgelehnt oder sogar bekämpft oder verfolgt. Intoleranz formaler oder inhaltlicher Art erscheint in der Religionsgeschichte als Verfolgung oder Inquisition, meiner Ansicht nach auch als Grenzziehung zu destabilisierenden Entwicklungen die Staatsform betreffend.¹⁰⁵

Weitere Beispiele inhaltlicher Intoleranz sind einerseits die gewaltsame römisch-katholische Gegenreformation¹⁰⁶, wobei die römisch-katholische Kirche im Zuge des Konzils von Trient um 1545 versuchte, den sich sowohl politisch als auch institutionell etablierenden Protestantismus, gewaltsam mit Hilfe des von ihr gestützten katholischen Habsburgischen Kaisers zurückzudrängen, nachdem die theologische Argumentation beendet war. Andererseits können in diesem Zusammenhang die gegenwärtig mit systematischem Massenmord verbundenen islamischen Machtbestrebungen der afghanischen Taliban oder der radikalen muslimischen Sekte Boko Haram¹⁰⁷ gesehen werden, die erstmals 2004 auffiel und seit den Anfängen der Demokratisierung Nigerias (1999) gezielt Christen ausrottet.

Das Recht auf Achtung der Person und der Überzeugung ist durch den Staat zu schützen. Jedoch läuft eine unbegrenzte Toleranz, die alles gutheißt und für gültig hält, auf Anarchie hinaus,¹⁰⁸ wo jeder meint rechtens zu handeln. Grenzen, die der Toleranz zu setzen sind, wirken stabilisierend und erhaltend, sowohl auf den einzelnen Menschen als auch auf die Struktur des Staates.

¹⁰⁴ Yousefi, H. R. (2010): Toleranz und Intoleranz in der Religion, 106.

¹⁰⁵ Yousefi, H. R. (2010): Toleranz und Intoleranz in der Religion, 107.

¹⁰⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Gegenreformation>

¹⁰⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Boko_Haram

¹⁰⁸ Yousefi, H. R. (2010): Toleranz und Intoleranz in der Religion, 117.

2.7.2.2. Partizipation durch Sprache

In einer interkulturellen Gesellschaft ist der Erwerb der gemeinsamen Sprache jenes Landes, in dem Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen leben, vordringliches Thema. Erst durch den Spracherwerb wird die aktive, gestaltende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich. Sprache ist das wichtigste Medium der Kommunikation und ein zentraler Bestandteil sozialer Integration. Dies gilt insbesondere für die gut ausgebildete Schriftsprache. Deren Beherrschung ist Voraussetzung für Bildung, für Partizipation am gesellschaftlichen Geschehen sowie auch für die Platzierung auf dem Arbeitsmarkt. Sprache nimmt demzufolge im Prozess der individuellen sozialen und strukturellen Eingliederung eine Schlüsselrolle ein. Daher muss die Ausbildung der deutschen Sprache in Österreich im Vordergrund interkulturellen Zusammenlebens stehen.

Ich vertrete die Position, dass grundsätzlich der Spracherwerb von Menschen, die nach Österreich zuziehen und beabsichtigen, zumindest mittelfristig in Österreich zu leben, nicht auf Freiwilligkeit beruhen soll. Freiwilligkeit mag für einzelne, vorab zu bestimmende und zu definierende Gegebenheiten gelten, die bei bestimmten zuziehenden Personen vorliegen. Dass die Freiwilligkeit auch für Kinder, die in Österreich geboren werden bzw. im Kinder- bzw. Jugendalter nach Österreich kommen, gelten soll, ist sowohl auf die einzelne Person bezogen als auch volkswirtschaftlich gesehen kontraproduktiv. Damit wird der Bildungsabstieg zu einem frühen Zeitpunkt nachhaltig manifestiert und eine Teilnahme am alltäglichen österreichischen interkulturellen Leben wird auch zukünftig kaum möglich sein.

Meine Erfahrungen aus Sandeuten in Ottakring - wo ein hoher interkultureller Anteil an Menschen lebt – zeigen, dass dort, wo „interkulturelle“ Kinder und Jugendliche private, interkulturelle Kindergärten und Schulen (davon gibt es eine bedeutende Anzahl, wie z.B. die Islamische Volks- und Mittelschule in der Julius-Meini-Gasse) besuchen, die deutsche Sprache in der Regel lediglich „erste Fremdsprache“ ist. Immer wieder bin ich bei meiner politischen Arbeit damit konfrontiert, dass dort eine Forcierung der deutschen Sprache in der Ausbildung offensichtlich zurückhaltend erfolgt.

Sprachförderung vor Eintritt von Kindern in das Regelschulwesen sollte keine politischen Diskussionen mehr erforderlich machen, denn jene Kinder, die ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache die Schule beginnen, werden oftmals Sonderschulen zugeteilt, da sie die Voraussetzungen für den Schuleintritt nicht mitbringen. Dadurch wird deren Bildungsaufstieg schon zu Beginn der Schulzeit nachhaltig in die Schranken gewiesen. Denn jedes 6. Kind mit Migrationshintergrund verlässt die Schule ohne Hauptschulabschluss. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass diese Menschen wegen

einer unqualifizierten bzw. keiner Ausbildung – neben der damit verbundenen persönlichen Tragik - später auch dem Arbeitsmarkt verloren gehen und die Sozialausgaben des Staates dadurch erhöhen.¹⁰⁹ Im Schuljahr 2007/08-2009/10 hat der Anteil an Schüler/-innen mit nichtdeutscher Umgangssprache in Sonderschulen 27,8% betragen.¹¹⁰ Dass das Beherrschen der Landessprache unbedingtes Erfordernis ist zeigt die Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigen: bei einer Gesamtarbeitslosenquote von 6,9% im Jahr 2010 war die Arbeitslosigkeit der Ausländer/innen mit 9,7% deutlich höher als jene der österreichischen Staatsangehörigen (6,4%). Türkisch Staatsbürger/innen sowie Angehörige sonstiger Nicht-EU-Staaten waren doppelt so häufig arbeitslos (je 13,1%) wie Österreicher/-innen. Die Arbeitslosigkeit der Angehörigen von EU- und EWR-Staaten war nur geringfügig höher als die der österreichischen Staatsangehörigen. Insbesondere Personen mit keiner über die Pflichtschule hinausgehenden Ausbildung wiesen sehr hohe Arbeitslosenquoten auf.

Dass Migrantenkinder oft Probleme mit der deutschen Sprache haben, zeigt auch der im Oktober 2012 veröffentlichte Integrationsmonitor, den die Stadt Wien regelmäßig erhebt: Bei der Sprachstandserhebung 2010/2011 wurden 4,5- und 5,5-Jährige getestet, um festzustellen, ob sie fit für die Schule sind. Bei fast 40 Prozent wurde ein Förderbedarf festgestellt. Davon hatten 82 Prozent Deutsch nicht als Erstsprache. Bei den erwachsenen Migranten dagegen geben weniger als zehn Prozent an, dass sie Deutsch schlecht oder sehr schlecht sprechen. Mit anderen Worten: Mit Fördermaßnahmen können Migrationskinder - und ggf. ebenso Nicht-Migrationskinder - solche Defizite aufholen.¹¹¹

¹⁰⁹ ORF (9.10.2012): Kurz wirft Schmied Blockade vor: <http://oe1.orf.at/artikel/319476>.

¹¹⁰ Statistik Austria (2011): Migration & Integration, zahlen.daten.fakten 2011, 43: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/services/publikationen/2/publdetail?id=2&listid=2&detail=621.

¹¹¹ Die Presse (11.10.2012): Wie leben Migranten? Eine Bestandsaufnahme. http://diepresse.com/home/panorama/wien/1300205/Wie-leben-Migranten-Eine-Bestandsaufnahme?_vl_backlink=/home/index.do.

3. Sozialdemokratische Bildung

Dem – politischen - Handeln liegt stets ein spezifisches Welt- bzw. Menschenbild zugrunde, das sich auch im Bildungsbegriff verdeutlicht und direkte Auswirkungen auf die Inhalte politischer Bildung mit sich bringt.

Was wie das Credo der heutigen Informationsgesellschaft klingt, sind Worte des Sozialisten Wilhelm Liebknecht, formuliert im Jahr 1872 in Dresden, die heute mehr denn je gelten: "Wissen ist Macht und Bildung macht frei!" Wilhelm Liebknecht formuliert in dieser Aussage Bildung als Voraussetzung für ein autonomes, selbstbestimmtes Leben, das zur kritischen und verantwortungsvollen Teilnahme am gesellschaftspolitischen Geschehen befähigt. Die folgenden Ausführungen zeigen einen Weg dorthin.

3.1. Historischer Überblick

Nachfolgend wird ein exemplarischer Überblick hinsichtlich wichtiger Ereignisse und Maßnahmen sozialdemokratischer Bildungs- und Kulturarbeit beginnend mit der März-Revolution 1848 gegeben und wesentliche sozialdemokratische Bildungsinstitutionen aufgezeigt.

3.1.1. Sozialdemokratische Bildungs- und Kulturarbeit¹¹²

Die März-Revolution von 1848 führte zur Entstehung der ersten Organisationen von Arbeitern mit dem Ziel, den Bildungsstand anzuheben, um damit ihren politischen und kulturellen Aufstieg zu ermöglichen. Auf Betreiben des Buchbindergesellen Friedrich Sander wurde am 24. Juni 1848 der "Erste Allgemeine Arbeiterverein" gegründet.

Sein Programm lautete: „Belehrung durch leichtfassliche Vorträge, Förderung der Bildung durch eine Bibliothek, Förderung der Geselligkeit durch einen Gesangsverein und Deklamationen.“ Vorbild für diesen Verein waren Einrichtungen der Arbeiterbildung, die es in England schon seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts gab, sowie verschiedene deutsche Arbeiterbildungsvereine.

Ideologisch orientierten sich die Arbeiterbildungsvereine an den deutschen Sozialdemokraten, sympathisierten mit der Ersten Arbeiterinternationale von 1864 und boten so den Behörden den Vorwand zum Verbot. Nach dem Hainfelder Parteitag

¹¹² Die Informationen zum historischen Abriss sozialdemokratischer Bildung wurden gesamt aus <http://www.dasrotewien.at> entnommen. Im Inhaltsverzeichnis wird die spezifische Web-Adresse angeführt und – wenn vermerkt - auf die Primärliteratur, geordnet nach den jeweiligen Überschriften in der Master Thesis (z.B. Volkshochschulen), hingewiesen.

1888/89 wurden die Arbeiterbildungsvereine von den gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen der einzelnen Berufsgruppen zurückgedrängt, die ebenfalls "Vermittlung von Wissen, Aufklärung und Bildung" zu ihren Aufgaben erklärten. Die 1908 begonnene Zusammenarbeit der beiden zunächst konkurrierenden Organisationen im "Unterrichtsausschuss der Wiener Arbeiterorganisationen" leitete die volle Eingliederung der Arbeiterbildungsvereine in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) ein.

In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts orientierte sich auch die 1887 gegründete Freidenkerbewegung zur Sozialdemokratie. Die Freidenker übernahmen die Patenschaft über die Arbeiter-Feuerbestattungsvereine und wirkten im Jahr 1905 auch bei der Gründung des pädagogischen Reformvereins Freie Schule mit, der aus der Vereinigung der "Jungen" hervorgegangen war, die Otto Glöckel gemeinsam mit vier anderen aus dem Dienst entlassenen Lehrern noch vor der Schaffung des Zentralvereins der Wiener Lehrer (1896) gebildet hatte.

Das 1898 veröffentlichte "Schulprogramm der Jungen" bildete die Grundlage für die während der Ersten Republik in Angriff genommenen Schulreformen. Die Freie Schule wurde später mit dem 1908 von Anton Afritsch in der Steiermark gegründeten Arbeiterverein Kinderfreunde fusioniert.

Nach der Niederwerfung der Revolution dauerte es fast zwanzig Jahre, bis 1867 die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung von Arbeitervereinen geschaffen wurden. Gründungen wie der Arbeiterbildungsverein Gumpendorf waren dabei noch am ehesten überlebensfähig, weil der Staat, der erst zwei Jahre später ein "Reichsvolksschulgesetz" erlassen sollte, kaum Einwände gegen Bildungsbestrebungen erheben konnte. Dennoch kam es immer wieder zu Vereinsauflösungen und Verfolgungen, die im Hochverratsprozess des Jahres 1870 ihren Höhepunkt erreichten. Nach der 1871 erreichten Amnestie gab es in Österreich nicht weniger als 238 Arbeitervereine mit mehr als 80.000 Mitgliedern.

Im Jahr 1894 entstand mit dem „Verein jugendlicher Arbeiter“ auch eine stark kulturell orientierte Jugendbewegung – ein Vorläufer der Roten Falken, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. Bereits seit 1890 gab es auch einen eigenen Arbeiterinnen-Bildungsverein, der bald seine eigene Zeitschrift, die Arbeiterinnen-Zeitung (später Die Frau) herausgab.

Ebenfalls noch vor der Jahrhundertwende waren die ersten Vereine der Arbeiterabstinenten entstanden, die Bildung und aktive Freizeitgestaltung als Alternative zum Wirtshaus propagierten. Die 1895 gegründeten Naturfreunde und die zahlreichen Arbeiterturnvereine erfassten bald Tausende Menschen. Nach der Vereinigung der

Arbeiterturnvereine zählte man im Jahr 1914 knapp 18.000 Turner, die v.a. in Schwimm-, Kraftsport- und Fußballsektionen organisiert waren. Im gleichen Jahr erfasste der Verband der Arbeiter-Radfahrer schon 15.000 Mitglieder.

Aus den Gesangs- und Musiksektionen der Arbeiterbildungsvereine entwickelten sich die Arbeitersänger und die Arbeitermusiker, und mit der Schaffung der Arbeiter-Symphoniekonzerte im Jahr 1905 erfolgte ein erster Vorstoß in die bisherige Domäne der bürgerlichen Hochkultur. 1906 folgte die Gründung der Wiener Freien Volksbühne mit der eigenen Kulturzeitschrift "Der Strom".

Von großer Bedeutung für die sozialdemokratische Bildungsarbeit war auch die von Robert Danneberg in Gang gesetzte Zusammenfassung des Arbeiterbüchereiwesens, dessen Leitung Josef Luitpold Stern anvertraut wurde.

Die 1908 gegründete Zentralstelle für das Bildungswesen bemühte sich, diese Vielzahl sozialdemokratischer Bildungs- und Kulturinitiativen zusammenzufassen und zu koordinieren. Die Zentralstelle gab auch eine eigene Zeitschrift namens "Bildungsarbeit" heraus und organisierte die ersten Parteischulen, aus denen schließlich die Arbeiterhochschulen der Ersten Republik hervorgingen.

In der Ersten Republik setzte die sozialdemokratische Stadtverwaltung des "Roten Wien" in nur wenigen Jahren ein ehrgeiziges kommunales Wohnbau-, Sozial- und Bildungsprogramm um, das trotz Wirtschaftskrise und scharfer politischer Gegensätze weltweit einzigartig war.

Im Bereich der Bildung und Kultur war es das erklärte Ziel der Sozialdemokratie, durch die Errichtung von Volksbüchereien und Volksbildungseinrichtungen, aber auch durch die Förderung einer neuen Körperkultur so etwas wie eine proletarische Gegenkultur zur dominanten "bürgerlichen Hochkultur" zu schaffen – nicht nur als Gegenentwurf, sondern auch als Vorgriff auf die kommende sozialistische Gesellschaft.

Von besonderer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang auch die regelmäßig wiederkehrenden Feste der Sozialdemokratie, die trotz des z.T. antiklerikalen Charakters der Partei noch deutlich an traditionelle Feste angelehnt waren. Neben dem Ersten Mai und dem Tag der Republik, die in erster Linie natürlich politischen Charakter besaßen, gab es auch Feste, die entweder einen jahreszeitlichen Bezug aufwiesen, wie etwa das Fest des Arbeitersports zu Ostern, oder als "rites de passage" mit bestimmten Lebenszyklen in Verbindung standen, wie die Wiegenfeste oder die Jugendweihen.

Mit dem Verbot aller der Sozialdemokratie nahestehenden Organisationen im Februar 1934, spätestens aber mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten endete auch die Vision vom "Neuen Menschen". Das kulturelle Leben, das in der kurzen Zeit der Ersten

Republik eine nie dagewesene Blüte erlebt hatte, konnte sich hingegen nach dem Krieg nie mehr wirklich erholen.

3.1.2. Verband Wiener Volksbildung

Der Verband Wiener Volksbildung wurde 1949 als Verein gegründet und bildet die Dachorganisation der 18 Wiener Volkshochschulen, die ihrerseits ebenfalls auf Vereinsbasis organisiert sind. Kooptierte Mitglieder sind das "Jüdische Institut für Erwachsenenbildung", das "Schulzentrum Polytechnische Akademie Wien" und das "Österreichische Volkshochschularchiv". Das Aufgabengebiet des Verbandes Wiener Volksbildung erstreckt sich von der Bildungsberatung, der Bildungsinformation und Bildungswerbung bis zur Aus- und Fortbildung der haupt- und nebenberuflichen Mitarbeiter/innen.

Die Wurzeln der Volksbildung in Österreich reichen bis weit ins 19. Jahrhundert zurück; ein Meilenstein war die Gründung des Wiener Volksbildungsvereins durch den Kunsthistoriker Eduard Leisching und den Nationalökonom (und späteren Bundespräsidenten) Michael Hainisch im Jahr 1887. Untrennbar verbunden mit dem Beginn der institutionalisierten Erwachsenenbildung ist auch der Name Ludo Moritz Hartmann.

Der sozialdemokratische Politiker und Professor für Geschichte an der Universität Wien initiierte, nachdem er bereits zuvor die sogenannten "Volkstümlichen Universitätsvorträge" und den v.a. naturwissenschaftlich-technisch orientierten Frauenbildungsverein Athenäum ins Leben gerufen hatte, gemeinsam mit Emil Reich 1901 das Volksheim Ottakring, das ab 1905 auch über ein eigenes Haus verfügte.

Zwischen 1909 und 1911 wurde das Haus in der Stöbergasse errichtet, und 1910 erfolgte die Gründung der Urania. Damit wurden wissenschaftliche Erkenntnisse erstmals für breite Bevölkerungsschichten verständlich zugänglich gemacht. Viele später berühmt gewordene Wissenschaftler, darunter auch Nobelpreisträger, unterrichteten an der "Universität der kleinen Leute", wie etwa Ludwig Boltzmann, Otto Wagner, Arthur Schnitzler, Sigmund Freud, Hans Kelsen oder Erwin Schrödinger. Im Jahr 1930 gab es an den Wiener Volkshochschulen 600 Abendkurse, die von bildungshungrigen Arbeitern und Angestellten geradezu gestürmt wurden.

Seine größte Blüte erlebte das Volksbildungswesen in der Zwischenkriegszeit. Das "Rote Wien" verknüpfte mit der Förderung der Bildung einen umfassenden politischen Anspruch und sorgte für eine entsprechende materielle Ausstattung der Volkshochschulen.

Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Organisationen im Februar 1934 entwickelte sich das Volksbildungswesen zu einer Sammelstelle des Untergrunds. Nach Kriegsende galt es zunächst, die zerstörten Strukturen wieder aufzubauen. Seit 1949 fungiert der Verband Wiener Volksbildung als Dachverband von mittlerweile 18 unabhängigen Volkshochschulen, die dezentral in allen 23 Wiener Gemeindebezirken an über 150 Veranstaltungsorten tätig sind.

3.1.3. Volkshochschulen

Name und Idee stammen von dem Dänen N. S. F. (Nikolai Frederik Severin) Grundtvig, der 1844 in Südjütland die erste Volkshochschule der Welt begründete.

Die Errichtung der ersten Wiener Volkshochschulgebäude in Ottakring wurde größtenteils durch Spenden ermöglicht, die von Bankiers und Industriellen zur Verfügung gestellt wurden. Diese erkannten, dass der weitere wirtschaftliche Fortschritt in hohem Maße von der Heranbildung einer qualifizierten Arbeiterschaft abhing, und die sich deshalb an der Entfaltung einer Volksbildungsbewegung, die sich speziell an Arbeiter richtete, interessiert zeigten. So etwa finanzierte Baron Rothschild die Einrichtung des großen Saales. Der größte Verdienst an diesem Bau kommt jedoch dem Wiener Historiker Ludo Moritz Hartmann zu, von dem die Initiative zur Gründung dieser Ottakringer Bildungsinstitution ausgegangen war.

In den Jahren 1909 bis 1911 errichtete der Wiener Volksbildungsverein sein Domizil in der Stöbergasse, Vorläufer des heutigen "polycollege". Es verfügte über die modernste technische Ausstattung und besaß sogar eine eigene kleine Sternwarte.

Bis 1914 gründete der Volksbildungsverein 16 sogenannte "Freilesehallen" (Bibliotheken) in ganz Wien, außerdem Spitals-, Gefängnis- und Lehrlingsbibliotheken.

In der Ersten Republik kam es zur Gründung von weiteren Volksbildungsheimen und Abendvolkshochschulen – z.T. als eigenständige Vereine, z.T. als Zweigstellen der drei Stammvolkshochschulen, besonders der Wiener Urania, oder als Einrichtungen der Freien Gewerkschaften.

Besondere Einrichtungen der Wiener Volksbildung mit speziellen Angeboten sind bis heute die Künstlerische Volkshochschule, das Planetarium, die Kuffner Sternwarte, das Filmcasino, das Polycollege Radio 1476, die Kleine Galerie, das Rosa-Mayreder-College, das Internationale Zentrum für Kulturen und Sprachen sowie die Umweltberatungsstellen.

Mit der Gründung des "Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen" im Jahr 1987 begann auch der Aufbau des "Österreichischen Volkshochschularchivs".

3.1.4. Urania

Die Wiener Urania wurde 1897 nach Berliner Vorbild vom Niederösterreichischen Gewerbeverein als populärwissenschaftliches Institut gegründet und zunächst in Syndikatsform, später als gemeinnütziger Verein geführt, der sich an den dänischen Volkshochschulen orientierte. Benannt wurde sie nach der für die Astronomie zuständigen Muse Urania.

1910 bezog der Verein das in den Jahren 1909/10 von Max Fabiani errichtete Gebäude am Donaukanal (mit Sternwarte). Dieses zeichnet sich durch seine unorthodoxe historische Fassade aus, die ein komplexes System von verschachtelten Räumen im Inneren ummantelt.

Die Wiener Urania hatte ihre Blütezeit in der Ersten Republik, als sie bei ihren Bildungsprogrammen die neuesten technischen Hilfsmittel (Lichtbild, Film) einsetzte.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Urania schwer beschädigt; u.a. wurde die Kuppel mit der Sternwarte zerstört. Beim Wiederaufbau in den fünfziger Jahren wurde das Bauwerk durch An- und Umbauten stark beeinträchtigt.

Die 1957 wiedereröffnete und in den Volkshochschulverband eingegliederte Urania wurde in den Jahren 2000 bis 2003 von Dimitris Manikas umgebaut, auf den neuesten Stand der Technik gebracht und mit einem modernen Vorbau versehen. Außerdem verfügt die Urania über eine Sternwarte und ein Kino. Eine eigene Grazer Urania bestand von 1919 bis 1938; seit 1947 ist die "Österreichische Urania für Steiermark" eine steirische Volkshochschule.

3.1.5. Wiener Städtische Büchereien

Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft können in Österreich – im Gegensatz zu den meisten angelsächsischen und skandinavischen Ländern, aber auch zu einzelnen deutschen Städten – auf keine lange Tradition zurückblicken. Hierzulande liegen die Wurzeln der öffentlichen Büchereien in der Volksbildungsbewegung, die in Vereinen organisiert war und in der sich die Interessen des liberalen Bürgertums mit jenen der noch jungen Arbeiterbewegung trafen. Denn Bildung und der Kampf gegen Analphabetismus standen von Beginn an im Zentrum der Arbeiterbewegung und die ersten Arbeitervereine organisierten sich in Form von Bildungs- und Lesevereinen.

Der 1887 gegründete Wiener Volksbildungsverein errichtete bis 1914 ein Büchereisystem mit 27 Zweigstellen, die jährlich etwa zwei Millionen Entlehnungen verzeichneten. Der Verein betrieb auch Garnisonsbibliotheken,

Gefangenenhausbibliotheken, Krankenhausbüchereien, Lehrlingsbüchereien und eine Lesehalle im Volksheim Ottakring.

Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie ermöglichten eine Intensivierung der Bildungsarbeit; 1908 wurde die Zentralstelle für das Bildungswesen mit Robert Danneberg als Sekretär geschaffen. Besonderes Augenmerk legten die Bildungsverantwortlichen auf die zahlreichen bereits bestehenden Partei- und Gewerkschaftsbibliotheken, die nach einheitlichen Standards reorganisiert werden sollten. Zu diesem Zweck wurde eine eigene Bibliothekskommission eingerichtet, deren Leiter Josef Luitpold Stern war.

Einen enormen Aufschwung nahm das Büchereiwesen in der Ersten Republik. In den neu errichteten Gemeindebauten entstanden in architektonisch ansprechenden Lokalen Arbeiterbüchereien und sogar eigene Kinderbüchereien, die sich großen Zuspruches erfreuten. Mehr als tausend Bibliothekar/innen, die ihre Tätigkeit als Teil ihres politischen Engagements betrachteten, arbeiteten hier unentgeltlich. 1932 wurden in den etwa 60 Arbeiterbüchereien 2,36 Millionen Entlehnungen gezählt. Das Jahr 1934 setzte auch dem Arbeiterbüchereiwesen ein Ende.

Nun übernahm der "Verein Arbeiterbüchereien" die Trägerschaft der beschlagnahmten Bibliotheken, die Mehrheit der Leser blieb dem Betrieb allerdings fern. Durch ein neues Wiener Volksbildungsgesetz wurde der "Verein Arbeiterbüchereien" 1936 von der Stadt Wien übernommen und als kommunale Dienststelle den Städtischen Sammlungen unterstellt. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Behörde war die Erstellung von Sperrlisten. Bemerkenswert ist, dass die Kommunalisierung des öffentlichen Büchereiwesens unter einem autoritären Regime vollzogen wurde, das auf den Strukturen der sozialdemokratischen Arbeiterbüchereien aufbaute. Die Kommunalisierung der Bibliotheken wurde in der NS-Zeit weiter vorangetrieben. Die Nationalsozialisten führten auch die Bezeichnung "Städtische Büchereien" ein. Die literarische Säuberungspolitik wurde nach dem "Anschluss" intensiviert.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Kommunalisierung beibehalten und die Städtischen Büchereien wurden erstmals Teil einer demokratischen Stadtverwaltung.

Nachdem die alte Hauptbücherei bereits seit langem an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen war, entschloss sich die Stadt Wien zur Errichtung eines neuen Hauptgebäudes, das im Jahr 2003 eröffnet wurde.

3.1.6. Bund Sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektueller und Künstler/innen

Bereits kurz nach Gründung der österreichischen Sozialdemokratie in der Monarchie entstanden Akademiker- und Studentenvereinigungen, die auch in der Ersten Republik ihre Fortsetzung fanden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte am 9. April 1946 ein Neustart mit der vereinsbehördlichen Anmeldung als "Bund sozialistischer Akademiker". Nach und nach konstituierten sich in Wien und in den Bundesländern Vereine, die heute die mittlerweile 15 Fachgruppen und 8 Landesorganisationen des "Bundes sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler" (BSA) bilden. Bereits ein Jahr nach Eintragung wurde der Anspruch, die Vertretung aller sozialdemokratischen und sozialistischen Intellektueller zu sein, durch eine Namensänderung auf "Bund sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler" manifestiert.¹¹³

Der Neustart im Jahr 1946 erfolgte nicht zuletzt wegen des akuten Akademikermangels in der Sozialdemokratie nach 1945, insbesondere weil diese es nicht vermochte, unter den Bedingungen des damaligen Proporzsystems Führungspositionen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft entsprechend ihrer politischen Stärke zu besetzen. Die Zerstörung der Demokratie 1933, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im Februar 1934, die Errichtung des autoritären "Ständestaates" und der "Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich 1938 drängten die Sozialdemokratische Partei für zwölf Jahre in die Illegalität und Verfolgung. Durch die Vertreibung und Ermordung vor allem ihrer jüdischen Funktionäre erlitt die SPÖ einen unersetzlichen Verlust an intellektuellen Eliten, jedoch verzichtete die SPÖ-Führung nach 1945 auf eine systematische Rückholung ihrer vertriebenen Parteifunktionäre. Vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlich rückläufigen Entnazifizierung entschloss sich der BSA, sich ehemaligen Nationalsozialisten gegenüber zu öffnen – vor allem im Hinblick auf das Ringen um die Postenbesetzungen in Konkurrenz mit dem katholischen Cartell-Verband.¹¹⁴

Die historische Rolle nach 1945 wurde durch den BSA gemeinsam mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands im Rahmen eines Forschungsauftrages und mit der Herausgabe des Buches "Der Wille zum aufrechten Gang" wissenschaftlich aufgearbeitet. Dieses Projekt wurde nicht zuletzt infolge der jahrelangen öffentlichen Diskussion um den ehemaligen NS-Euthanasiearzt Dr. Heinrich Gross initiiert, der nach 1945 mit Hilfe der SPÖ und des BSA (1981 resp. 1988

¹¹³ Bund Sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektuelle und Künstler: Unsere Geschichte: <http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/unsere-geschichte/>.

¹¹⁴ Bund Sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektuelle und Künstler: Unsere Geschichte: <http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/unsere-geschichte/>.

ausgeschlossen) Karriere machen und sich der Strafverfolgung entziehen konnte. In deren Verlauf wurde gerade vonseiten der Medien das Schlagwort von den "braunen Flecken" des BSA geprägt. Ziel dieser vom BSA in Auftrag gegebenen Untersuchung war es vornehmlich, die Haltung des BSA und vor allem der BSA-Bundesgremien zu den ehemaligen Nazis nach 1945 kritisch zu hinterfragen und insbesondere zu klären, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaß deren Integration erfolgte bzw. welche Konsequenzen für den BSA damit verbunden waren.¹¹⁵

3.1.7. Weichenstellungen für die Sozialdemokratie der Zukunft

Die Bildungs- und Kulturarbeit der SPÖ und ihrer Vor- bzw. Nebenorganisationen in den vergangenen 150 Jahren war grundlegend für die Identitätsbildung und die persönliche Weiterentwicklung der sympathisierenden Menschen. Die aktuelle Entwicklung der letzten 15 Jahre zeigt eine Rücknahme dieser identitätsbildenden Strukturen bzw. weiterhin eine zurückhaltende Kommunikation zur effektiven und verlässlichen Vernetzung hinsichtlich der Durchsetzung sozialdemokratischer Ideologie z.B. durch

- die Schwächung der öffentlichen Wirtschaft durch Ausgliederungen bzw. Verkäufen öffentlichen Eigentums;
- den Rückzug von historisch ideologienahen Vor- bzw. Nebenorganisationen aus der SPÖ durch das längst fällig gewesene und zu befürwortende Gesetzespaket für mehr Transparenz bei der Finanzierung und Förderung von Parteien: Bundesgesetz über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien (Parteiengesetz), BGBl. I Nr. 56/2012 als Teil des sog. "Transparenzpaketes", das mit 1.6.2012 in Kraft getreten ist;
- die wenig effektive und verlässliche Vernetzung zur Durchsetzung sozialdemokratischer Ideologie.

Die öffentliche Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren durch die Forcierung von Ausgliederungen zunehmend an Bedeutung verloren. Bereits im Jahr 2000 wurde im Rahmen des Programmes „Leistungsfähiger Staat“ des Bundeskanzleramtes eine Evaluierung der Ausgliederungen und die Erstellung einer Ausgliederungsliste durch das Bundesministerium für Finanzen unter politischer Begleitung des damaligen Staatssekretärs für Finanzen, ÖVP vorgenommen, wobei die Evaluierung damals ein – wenig verwunderlich - grundsätzlich zustimmendes Ergebnis zur Weiterführung der

¹¹⁵ Bund Sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektuelle und Künstler: Historikerbericht: Die Rolle des Bundes Sozialistischer Akademiker (BSA) bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, <http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/unsere-geschichte/historikerbericht/>.

Privatisierungen von Bundeseigentum ergab. Der geringe volkswirtschaftliche Erfolg für die Republik ist allgemein durch die aktuelle mediale Berichterstattung bekannt. Anfang Oktober 2012 jedoch haben konservative Expert/innen ein Konzept für weitreichende Privatisierung aller öffentlichen Unternehmen (Post, OMV, Teile der ÖBB, Asfinag) vorgestellt, das seitens der SPÖ als „gute Grundlage“ für Verhandlungen über einen neuen Regierungspakt bezeichnet wurde.¹¹⁶

Die aktuelle Entwicklung zeigt aus sozialdemokratischer Sicht eine gewisse Umkehrung der bisherigen Tendenz: Ein einheitliches Governance-Regime für die ausgegliederten Einheiten wird von Experten thematisiert. Diese neuerliche Evaluierung aus dem Jahre 2011 des SPÖ-geführten Bundesministeriums für Frauen und Öffentlicher Dienst ergab eine Empfehlung zur Schaffung eines auf die Bedürfnisse der öffentlichen Leistungserbringung ausgerichteten (gesetzlichen) Organisationsmodelles (etwa nach dem Vorbild der deutschen „Anstalt öffentlichen Rechts“), das von allen Gebietskörperschaften und auch gebietskörperschaftsübergreifend genutzt werden kann. Erkannt wurde, dass Ausgliederungen ohne klare Regelungen nicht „automatisch“ ein wirtschaftlich gewünschtes Ergebnis garantieren.

Das Plenum des Nationalrates hat im Jahr 2012 das sogenannte Transparenzpaket 2012 und damit auch das Parteiengesetz 2012 verabschiedet, das am 1. Juni d.J. in Kraft getreten ist. Mit transparenten Regelungen für Parteien, parteinahe Organisationen und Interessensvertretungen soll ein gesellschaftspolitischer Wandel und eine Veränderung der politischen Kultur herbeigeführt werden, um bisher unklar gefasste Begriffe wie Spenden, Inserate oder Sponsoring zu definieren. Weiters wurden bestimmte Formen von Spenden verboten und die erlaubten Spenden müssen offen gelegt werden. Künftig sind klare Rechenschaftsberichte zu erstellen.¹¹⁷

Für die Struktur und Tradition der SPÖ und die Identifikation von Menschen für die gemeinsame Sache bringt diese Entscheidung einen deutlichen Einschnitt. Beispielsweise werden die seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert sozialdemokratischen Naturfreunde, - die zwischen 1934 und 1945 von katholischen bzw. braunen Machthabern verboten waren und Teil des politischen Widerstandes gegen Diktaturen wie Austrofaschismus und Nationalsozialismus waren - in Zukunft in den Statuten der SPÖ nicht mehr als Nebenorganisation aufscheinen. Sie haben den Antrag auf Austritt an den Bundesparteitag der SPÖ am 13. Oktober 2012 gestellt.

¹¹⁶ Die Presse (8.10.2012): 13./14. Gehalt: Experten für neue Steuern. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1298828/1314-Gehalt_Experten-fuer-neue-Steuern?_vl_backlink=/home/index.do .

¹¹⁷ Republik Österreich (2012): Parlamentskorrespondenz Nr. 543 vom 26.06.2012 und Nr. 550 vom 27.06.2012, http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0543/index.shtml und http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0550/index.shtml.

Einer der Gründe für diese Entscheidung sei das neue Parteiengesetz, heißt es im Verein, das auch die Naturfreunde zur Veröffentlichung von Spenden verpflichtet hätte. Dem Vernehmen nach wollen manche Sponsorfirmen künftig nicht offiziell in Amtsberichten als SPÖ-Geldgeber bzw. auf der Homepage des Rechnungshofes – so wie das Gesetz dies vorsieht - aufscheinen. Eine weitere wesentliche Rolle bei der Entscheidung habe der mit dem Parteiengesetz hohe administrative Aufwand hinsichtlich der Berichtspflicht für Sach- und Geldspenden durch die ehrenamtlichen Funktionäre gespielt.¹¹⁸ Ähnliches überlegen der Österreichische Gewerkschaftsbund oder die Kinderfreunde als eine traditionelle sozialdemokratische Institutionen und eine Reihe weiterer SPÖ-naher Organisationen. Meiner Ansicht nach werden diese neuen gesetzlichen Regelungen spürbare Veränderungen an der Struktur und an der Basis der SPÖ mit sich bringen: beispielsweise ist es bisher üblich zu Festveranstaltungen in den Bezirken traditionell die Feuerwehr, den Arbeiter Samariter Bund bzw. weitere bisherige Vor- bzw. Nebenorganisationen der SPÖ einzuladen, wobei diese sich kostenlos präsentieren und die Menschen in direkten Kontakt mit Vereinen, in denen sie zum Teil selbst organisiert sind, treten konnten oder es wurden mögliche neue Interessenten angesprochen. Schon jetzt wird an der Basis in den Bezirken diskutiert, ob und wie diese identitätsstiftende Tradition unter neuen Rahmenbedingungen in Zukunft gestaltet werden kann. Diese Vor- bzw. Nebenorganisationen waren bisher in diversen Gremien der SPÖ vertreten wie z.B. im Bezirksausschuss. Da diese Vor – bzw. Nebenorganisationen den Antrag stellen, aus den Statuten der SPÖ gestrichen zu werden, können sie – so wie es derzeit innerparteilich diskutiert wird – möglicherweise zukünftig als Organisation auch nicht mehr in diesen Gremien vertreten sein. Diskutiert wird, ob die Personen, die diese Organisationen bisher vertreten haben, als kooptierte Mitglieder erhalten werden können. Weiters ist der Rückzug von Vor- bzw. Nebenorganisationen aus der SPÖ hinsichtlich der Werbung von neuen Mitgliedern nicht förderlich, da dieser traditionell bisher gut funktionierende strukturelle Zugang damit zumindest wesentlich erschwert wird.

Wie unter Punkt 3.1.6. angesprochen erfolgte der Neustart des BSA im Jahr 1946 nicht zuletzt wegen des akuten Akademiker/innenmangels in der Sozialdemokratie nach 1945, insbesondere, weil diese es nicht vermochte, Führungspositionen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft entsprechend ihrer politischen Stärke zu besetzen. Aus heutiger Sicht hat sich bei der Besetzung von Funktionen auf Verwaltungsebene im Bundesdienst wenig – jedoch nicht aufgrund eines Mangels an qualifizierten Akademiker/innen - geändert: entgegen den starken und verlässlichen

¹¹⁸ ORF (13.9.2012): Naturfreunde nicht mehr offiziell rot: <http://salzburg.orf.at/news/stories/2549809/>.

Netzwerken - auch durch das bündische System - in der ÖVP, hat es die SPÖ bis heute nicht geschafft, effektive und verlässliche Vernetzungen zur Durchsetzung sozialdemokratischer Ideologie zu errichten und vermehrt gegenseitige Verantwortung füreinander und in der Folge für die Republik zu übernehmen. Eng im Zusammenhang damit ist auch die geringe Durchsetzungskraft der SPÖ, den Haushalt der Republik politisch bestimmend zu übernehmen, zu sehen und damit die wesentliche Ressource zur sozialdemokratischen Prägung des Landes gestaltend zu verantworten.

3.2. Politische Bildung

Der Begriff Bildung hat vielfältige Wurzeln und soll im Zuge dieser Arbeit als Begriff auch nicht endgültig definiert und systematisch beschrieben werden. Wesentlich ist für mich aufzuzeigen, in welchen für diese Arbeit relevanten - politischen - Zusammenhängen dieser Begriff verwendet werden kann.

3.2.1. Verständnis

Politische Bildung setzt sich mit politischen Fragestellungen der Gegenwart, ihren historischen Zusammenhängen und den Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungen auseinander. Sie ist eine Voraussetzung sowohl für die Entwicklung individueller Kompetenzen als auch für die Sicherung und Weiterentwicklung der Gesellschaft und Demokratie insgesamt. In einer Zeit, die durch steigende Komplexität in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist, bedeutet politische Bildung einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.¹¹⁹

Politische Bildung sehe ich als ein Teilbereich der allgemeinen politischen Sozialisation – auch wenn politische Bildung von manchen Autoren als eigener Wissenschaftsbereich gesehen wird und nach deren Aussage damit nicht als Teilbereich im vorstehenden Sinn definiert werden kann - welche alle bewussten und unbewussten Lernprozesse, die politisch relevante Persönlichkeitsmerkmale, Kenntnisse, Gefühls- und Werthaltungen sowie Verhaltensmuster prägen, umfasst. Politische Bildung findet unausweichlich auf allen Ebenen der Sozialisation statt, wie beispielsweise der Familie, der Schule, im beruflichen Umfeld und stellt einen lebenslang andauernden Vorgang dar. (Selbst-)reflexive politische Bildung und die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen sind wesentliche Voraussetzungen für das gelingende Mitgestalten der Gesellschaft.¹²⁰

¹¹⁹ Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur: Politische Bildung, http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml.

¹²⁰ Feldbauer, F. (2004): „Europa“ in der schulischen politischen Bildung, 10.

Politische Bildung kann unterschiedliche Zugänge und Akzentuierungen aufweisen, etwa solche, die der politischen Bildung eher eine das demokratische System erhaltende Aufgabe zuschreiben; oder solche, die sich vorwiegend an Erwerb und Erweiterung von Kompetenzen orientieren; sowie jene, die in der politischen Bildung vor allem die Möglichkeit der Selbstermächtigung diskriminierter Gruppen erblicken.¹²¹

Mein Zugang ist, dass politische Bildung anbietet und anleitet sowie Möglichkeiten der (Selbst-)Reflexion über das Gesellschaftliche und Politische zur Verfügung stellt, kritisches Bewusstsein, selbstständige Urteilsfähigkeit und politische Mitgestaltung fördert, unterstützt und letztlich einen Beitrag leistet, der ermächtigt, das eigene Leben aktiv und eigenverantwortlich gestalten zu können.

3.2.2. Beweggründe für Bildung

In der Folge werden Beweggründe für Bildung im historischen Verlauf angesprochen und aufgezeigt, dass die „reine“ Bildung möglicherweise in der Antike bestanden hat, doch zumeist im Kontext der gesellschaftspolitischen Entwicklungen der jeweiligen Zeit zu sehen ist.

- **Durch Bildung befreien**

Ein früher und bis heute wesentlicher Bildungsgedanke stammt aus der griechischen Antike vom Philosophen Platon (427-347 v. Chr.). Insbesondere im Höhlengleichnis finden sich Ansätze und Gedanken, auf denen auch der heutige Bildungsgedanke aufbaut: der Gedanke des Gleichnisses war, dass die freien Griechen sich durch Bildung befreien (mündig werden).¹²²

Durch Johann Amos Comenius (1592-1670) wurde der Begriff der Bildung in die Pädagogik als erster mit einbezogen. Comenius plädierte für eine gewaltfreie Erziehung („omnes omnia omnino“ (lat.), sinngemäß übersetzt: „Alle Menschen sollen alles lernen dürfen“). Seitdem wurde außerdem der lateinische Begriff *eruditus* [(lat.) = gebildet, aufgeklärt] verwendet.¹²³

Eine entgegenstehende Auffassung des Bildungsbegriffs zeigt die Entwicklung in Deutschland. Der Begriff wurde von Meister Eckhart (1260-1328) bedeutend geprägt (schon die Römer gaben das griechische *eidos* (nach Platons Vorstellung, dass in jedem Ding ein *eidos* – also Gestalt, Form, Aussehen – inne wohne) mit *forma*

¹²¹ Interessensgemeinschaft Politische Bildung (2012): Positionspapier zur außerschulischen politischen Bildung in Österreich: http://www.igpb.at/Positionen_files/igpb_positionspapier_AUSSERschulisch.pdf.

¹²² Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 2: http://bildungstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹²³ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 2: http://bildungstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

wieder. Im Rahmen der christlichen Imago-Lehre, die Meister Eckhart vertrat, wurde der Begriff Bildung auf Gott bezogen und als Prozess zur Ebenbildlichkeitswerdung Gottes verstanden und benutzt. Der Mensch als Individuum hat also keinen Einfluss auf die Bildung, denn diese geschieht nach dem Abbild Gottes (Fremdbildung), wird an ihn herangetragen (keine Selbstbildung). Hier heißt Bildung noch Bildwerdung. Der Bildungsbegriff behielt diesen mystisch-religiösen Gehalt über eine lange Zeit hinweg.¹²⁴

- **Pädagogisierung der Bildung**

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden die verschiedenen Ansätze zur Bildung der Vergangenheit systematisiert und fanden Eingang in die pädagogische Diskussion.¹²⁵ An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert entwickelte sich in der deutsch(sprachig)en Diskussion das Konzept der Bildung, wie es für die Diskussionen bis heute prägend ist. In der geisteswissenschaftlichen Pädagogik wurde Bildung zu einem der Kernbegriffe der Erziehungswissenschaft. Über den Bildungsbegriff wurde die Geschichte der eigenen Disziplin rekonstruiert und Erziehung als nationalpädagogische Aufgabe gefestigt.¹²⁶

Bedeutsam für diese Ausformulierung waren die Übersetzungen der Schriften des englischen Philosophen Shaftesbury, die Entdeckung der Antike als ästhetischer Orientierungspunkt sowie die pädagogische Wendung dieser Ideen bei Herder. Die erste umfassendere Ausformulierung eines pädagogischen Bildungsbegriffs stammte von Johann Gottfried Herder. Er kritisierte die seiner Ansicht nach veraltete und erstarrte Schule und forderte eine Reform. Sie sollte den Schülern lebendige Kenntnisse beibringen, wie Geschichte und Naturkunde. Die Gattung des Bildungsromans verkörperte diese Bildungsvorstellung idealtypisch.¹²⁷

Eine weitere sehr bedeutende Prägung erhielt der deutsche Bildungsbegriff schließlich im 18. Jahrhundert vor allem durch Immanuel Kant (1724-1804), Wilhelm von Humboldt (1767-1835) und Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770 – 1831). Der neue wesentliche Aspekt ist, dass der (aus der eigenen Vernunft begründeten Autonomie) aufgeklärte Mensch sich nicht mehr nach dem Abbild Gottes richten und bilden soll, sondern – ganz im Sinne der Aufklärung – sich selbst bilden und

¹²⁴ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 2: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹²⁵ Horlacher, P. (2011): Bildung, 9.

¹²⁶ Horlacher, P. (2011): Bildung, 66.

¹²⁷ Horlacher, P. (2011): Bildung, 28.

verwirklichen soll. Damit bekommt der Bildungsbegriff im 18. Jahrhundert vor allem die neue Dimension des "sich-selber-bildens".¹²⁸

Immanuel Kant zitiert in seinem Essay „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ den lateinischen Dichter Horaz „sapere aude!“ (lat.) und übersetzt dies: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“. Kant beschreibt außerdem in seiner Schrift „Über Pädagogik“ die Bildung als Notwendigkeit für den frei handelnden Menschen. Bildung wird von ihm als Erziehung zu einer frei handelnden Persönlichkeit (Identitätsbildung) erklärt, die in der Gesellschaft ein Glied ausmacht, „für sich selbst aber einen Wert haben kann“.¹²⁹

Aber auch Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827), der vor allem als wichtiger Vertreter der Sozialpädagogik bekannt ist, trug wichtige Gedanken zum Bildungsbegriff bei. Er unterscheidet in seinem Werk „Meine Nachforschungen über den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengeschlechts“ zwischen drei „Anthropologien“ des Menschen und sieht den „Menschen als Werk der Natur, als Werk der Gesellschaft und als Werk seiner selbst“. Die Erziehung soll den Menschen zu seiner Bestimmung führen; dabei soll die Bildung eine Harmonie zwischen Kopf (intellektuelle Kräfte), Herz (sittlich-religiöse Kräfte) und Hand (handwerkliche Kräfte) herstellen.¹³⁰

- **Bildung als nationales Konstrukt**

Gleichzeitig wurde Bildung aber auch durch die damals dominanten kulturellen Ansprüche, Vorstellungen und Erwartungen zu einem Unterscheidungsmerkmal in der nationalen Identitätsfindung.¹³¹

Bildung wurde nicht nur in den ästhetischen, literarischen und pädagogischen Diskussionen vor und um 1800 zu einem wichtigen Konzept, sondern übernahm auch eine tragende Rolle bei der Nationalstaatenbildung des beginnenden 19. Jahrhunderts. Bildung wurde in der deutschsprachigen Diskussion als Möglichkeit gesehen, die behauptete eigene nationale „Rückständigkeit“ aufzuholen und sich von anderen europäischen Nationen zu unterscheiden. Bildung wurde damit auch zu einem Schlagwort im Rahmen der politischen Bildung und staatsbürgerlichen Tugenderziehung für den sich im (Neu-)Aufbau befindlichen

¹²⁸ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 3: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹²⁹ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 3: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹³⁰ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 3: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹³¹ Horlacher, P. (2011): Bildung, 10.

preußischen Staat. Zudem wurde die Funktion der Sprache als nationale Selbstvergewisserung „entdeckt“. Paradigmatisch und wirkungsmächtig wurden diese Ansprüche in Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ formuliert. Die Universität wurde zur langfristigen Sicherung dieses Modells eingesetzt.¹³²

Die Bildungstheorie des berühmten (preußischen) Bildungsreformers und Pädagogen Wilhelm von Humboldt richtet sich primär an die Ausbildung der Persönlichkeit (stark auf die Individualität bezogen). Hartmut von Hentig fasst als Definition des Humboldtschen Bildungsbegriffs in seinem Essay „Bildung“ den Brockhausartikel von 1987 zusammen: „Bildung sei die Anregung aller Kräfte eines Menschen, damit diese sich über die Aneignung der Welt in wechselseitiger Ver- und Beschränkung harmonisch-proportionierlich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität oder Persönlichkeit führen, die in ihrer Idealität und Einzigartigkeit die Menschheit bereichere“. Humboldt verankert dadurch also die Selbständigkeit (Selbstbildung der Persönlichkeit) im Bildungsbegriff. Bildung wird von ihm als Selbstzweck und Mittel zur Selbstwerdung (bzw. Menschwerdung) verstanden.¹³³

Auch durch Hegels Verständnis von Bildung wird die Selbständigkeit im Bildungsbegriff gestärkt. Für Hegel ist „die Bildung des einzelnen ein Abarbeiten der individuellen Besonderheiten und eine Erhebung zur Allgemeinheit“. Vor allem in seinem Werk Phänomenologie des Geistes erklärt er seine Bildungstheorie, die er auf einer Geistesphilosophie begründet und aufbaut.¹³⁴

- **Bildung als soziale Unterscheidung**

Im 19. Jahrhundert wurde der Begriff zudem zu einer Möglichkeit der sozialen Unterscheidung und brachte mit dem „Bildungsbürger“ einen eigenen „Stand“ hervor, wobei diese Entwicklung auch Kritik hervorrief.¹³⁵

Im 19. Jahrhundert verfestigte und verengte sich der am Ende des 18. Jahrhunderts formulierte pädagogische Bildungsbegriff. Das zeigte sich einerseits in der klaren institutionellen Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung, aber auch in der Entwicklung des „Bildungsbürgers“ als soziales Konstrukt sowie an der Etablierung der Geisteswissenschaften, die sich als „Vertreter“ der Bildung im wissenschaftlichen

¹³² Horlacher, P. (2011): Bildung, 40.

¹³³ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 3: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹³⁴ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 4: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹³⁵ Horlacher, P. (2011): Bildung, 10.

Diskurs sahen. Die Geschichte des 19. Jahrhunderts kann aber nicht als „Siegeszug“ der Bildung gesehen werden, wurde doch gegen Ende des Jahrhunderts fundamentale Kritik an einem falsch verstandenen Bildungsbegriff formuliert, in der Absicht, dem „ursprünglichen“ Bildungsbegriff wieder zu seinem Recht zu verhelfen.¹³⁶

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten sich gegenüber den Bildungstheorien des 18. Jahrhunderts „Fehldeutungen der Bildungsidee“, vor allem, wenn man Bildung mit Schulbildung gleichsetzte. „Die [...] humanistischen Konzepte werden durch Verschulung verdorben: d.h., die reflexive Selbstbildung personaler Subjekte wird im Schulwesen zur transitiven Bildung der Schüler“. Die Bildung ist somit stark fremdbestimmt und der Aspekt der Selbstbildung wird stark vernachlässigt.¹³⁷

3.2.3. Bildung und Qualifizierung

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Bildungsbegriff kritisch. Damit ist seine Verwendung im Rahmen der Kritischen Theorie angesprochen, die – wiederum auf Debatten um 1800 zurückgreifend – Bildung von den historischen Verfälschungen reinigen wollte und in diesem Bildungsbegriff eine Möglichkeit sah, eine bessere – im Sinne einer gerechteren und demokratischen – Gesellschaft zu generieren.¹³⁸

Nach dem 2. Weltkrieg wendete sich die wissenschaftliche Diskussion von der Vorstellung einer Verbindung von Bildung und nationaler Erziehung ab, was der Neubestimmung von Bildung als Emanzipation im Rahmen der Kritischen Theorie den Weg bereitete. Damit verbunden war der Anspruch, Bildung von den Missbräuchen in der Geschichte zu befreien und wieder an die ursprüngliche Bestimmung des 18. Jahrhunderts zurück zu binden. Dieser Bildungsbegriff fand auch Eingang in die Didaktik. Gleichzeitig wurde Bildung in der politischen Rhetorik zu einem Schlagwort.

Bildung ist in der postmodernen Gesellschaft als Konzept formuliert, das als Citizenship Education den Menschen befähigt, vernünftig, selbst bestimmt und verantwortlich in einer komplexen Gesellschaft zu agieren.¹³⁹ In den letzten Jahrzehnten wird Bildung zunehmend funktionaler als Qualifikation gesehen und verstärkt damit die Möglichkeit politisch zu argumentieren. Der Begriff politische Bildung ist in der Rhetorik der nationalen, internationalen und globalisierten Ökonomie zu einem unverzichtbaren

¹³⁶ Horlacher, P. (2011): Bildung, 53.

¹³⁷ Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff, 4: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf.

¹³⁸ Horlacher, P. (2011): Bildung, 10.

¹³⁹ Horlacher, P. (2011): Bildung, 11.

Bestandteil geworden.¹⁴⁰ Im Vordergrund steht weniger ein humanistisches Bildungskonzept, sondern aufgrund knapper monetärer Ressourcen - und der zumindest seit 2008 bestehenden internationalen Finanzkrise - die Orientierung der Berufswahl und damit der Aus- und Weiterbildung nach der wirtschaftlichen Verwertbarkeit und dem Vermeiden von Arbeitslosigkeit.

Bildung als Qualifikation kann deutlich an der Veränderung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich seit den 1970-er Jahren nachvollzogen werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich ist seit den 70er-Jahren vom Ende der Vollbeschäftigung und der austro-keynesianischen Beschäftigungspolitik geprägt. Ein Paradigmenwechsel hat dadurch stattgefunden, dass an Stelle der als passiv bezeichneten Verwaltung und der Existenzsicherung der Arbeitslosen aus den Leistungen der Arbeitslosenversicherung ein System aktiver Arbeitsmarktpolitik trat. Dieses System beruht auf einer restriktiven Zuerkennung von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und darauf, dass Arbeitslose und Bezieher/innen der Mindestsicherung – insb. auch aufgrund der prekären budgetären Situation - nicht nur als Träger/innen sozialer Rechte gesehen werden, sondern immer mehr als Kostenträger/innen knapper Sozialbudgets. Arbeitslose werden als (aktiv) Arbeitssuchende definiert, deren persönliche oder qualifikatorische Defizite durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beseitigt werden sollen. Damit hat eine Änderung des Zuganges zur Arbeitsmarktpolitik stattgefunden, da nicht die Steuerung oder die Veränderung der wirtschaftlichen Abläufe und Marktstrukturen im Zentrum der – sozialdemokratischen - staatlichen Politik steht, sondern die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit nationaler Standorte in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft.¹⁴¹ Damit erfolgt die Qualifizierung von Personen vordringlich im Hinblick auf die Erfordernisse der globalen Wirtschaft und damit des Arbeitsmarktes.

In der europäischen Beschäftigungsstrategie ist das Konzept Flexicurity etabliert, das von den EU-Mitgliedsstaaten in deren Ländern verankert werden soll. Die Verbindung aus einem Anheben der Arbeitsmarktflexibilität bei gleichzeitiger Stärkung sozialer Sicherheiten soll ein zukünftiges Prosperieren der europäischen Wirtschaft garantieren.¹⁴² Bildung und Qualifizierung sind dabei grundlegende Erfordernisse, wobei „neue Konzepte für neue Beschäftigungen“ der EU darauf abzielen, „den künftigen Kompetenzbedarf besser zu antizipieren, das Kompetenzangebot besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abzustimmen und die Kluft zwischen Bildungs- und

¹⁴⁰ Horlacher, P. (2011): Bildung, 8.

¹⁴¹ Atzmüller, R. (2009).

¹⁴² Hinterseer, T. (2011).

Arbeitswelt zu schließen.“¹⁴³ Die derzeit aktuelle Strategie Europa 2020 löst die – gescheiterte - Lissabon-Strategie ab.

Statistiken des österreichischen Arbeitsmarktservice zeigen deutlich, dass mit Ende September 2012 hinsichtlich der höchsten abgeschlossenen Ausbildung (Bildungsstand) zu sehen ist, dass 44,9% keine die Pflichtschule übersteigende Schulbildung aufzuweisen haben, was den Zugang zum Arbeitsmarkt wesentlich erschwert. Der Anteil an Arbeitslosen, der über einen Lehrabschluss verfügt liegt bei einem Drittel (31,3%). Am geringsten mit 0,5% ist die Arbeitslosigkeit von Personen, die eine mittlere technisch-gewerbliche Schule bzw. eine Akademie (Pädagogische Akademie u.ä.) abgeschlossen haben. Der Anteil an Arbeitslosen, die eine Universität oder Hochschule absolviert haben liegt bei 5,2%.¹⁴⁴

Restriktiv ist das österreichische Bildungs- bzw. Qualifizierungssystem dahingehend, dass die Chancen auf einen Bildungsaufstieg gering sind. Das zeigt die im September 2012 veröffentlichte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“. Hierzulande erreichen nur 26 Prozent aller 25- bis 34-Jährigen, die nicht bzw. nicht mehr studieren, einen höheren Bildungsstand als ihre Eltern - damit liegt Österreich in der OECD an siebentletzter Stelle. Der OECD-Schnitt liegt bei 37 Prozent. Den gleichen Bildungsstand wie die Eltern schaffen in Österreich 59 Prozent (OECD: 50 Prozent), einen geringeren Bildungsstand verzeichnen inzwischen schon 14 Prozent (OECD: 13 Prozent).¹⁴⁵

3.3. Sozialdemokratische, europäische politische Bildung

Meinem Verständnis nach ist sozialdemokratische politische Bildung humanistisch auszurichten, die befähigen soll im Arbeitsleben des 21. Jahrhunderts zu bestehen und sozialdemokratische und europäische Werte vertreten und vermitteln zu können.

3.3.1. Europäische politische Bildung

Die EU ist auch eine Wertegemeinschaft. Mit dem Inkrafttreten der „Charta der Grundrechte der EU“ im Zusammenhang mit dem Lissaboner Vertrag werden diese Werte in der Präambel der Charta explizit formuliert: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der

¹⁴³ Europäische Kommission: Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=822&langId=de>.

¹⁴⁴ Arbeitsmarktservice Österreich (2012): Arbeitsmarkt und Bildung (2012): http://www.ams.at/_docs/001_am_bildung_0912.pdf.

¹⁴⁵ ORF (3.10.2012): Mangelware akademischer Nachwuchs: <http://orf.at/stories/2140323/2140324/>.

Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“ Darüber hinaus hat die EU eine Unionsbürgerschaft mit Artikel 19 des Lissabon Vertrages eingeführt und greift durch einen breiten Kompetenzzuwachs in den letzten Jahren immer stärker in Politikbereiche ein, die früher rein national geregelt wurden.¹⁴⁶

Bisherige Ansätze für eine europäische politische Bildung

Nicht in gleichem Maße wie die Befugnisse der EU und das auf politischer Ebene formulierte Selbstverständnis als Wertegemeinschaft ist die Identifikation der Bürger mit der Gemeinschaft gewachsen. Politische Bildung auf europäischer Ebene, die einerseits Wissen über die EU vermittelt, die Fähigkeit der Bürger zum kritischen Bewerten der Politik verbessert und zur politischen Beteiligung motiviert und andererseits befähigt, die Wertegemeinschaft gegenüber anderer, in den europäischen Raum zuziehenden Personen zu argumentieren und zu vertreten ist ein wesentliches Erfordernis.¹⁴⁷

Bildungspolitik jedoch, gehört bisher zum Kernbestand der Nationalstaaten und ist durch das Subsidiaritätsprinzip vor dem direkten Zugriff der EU geschützt. Dies soll aber nicht hinderlich sein politische Bildung in einer länderübergreifenden Zusammenarbeit auf europäischer Ebene weiter zu etablieren. Bereits im Jahre 1997 brachte der zweite Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Länder des Europarates in Straßburg in einer Deklaration den „Wunsch zur Weiterentwicklung der demokratischen Bildung auf der Grundlage der Rechte und der Verantwortung von Bürgerinnen und Bürgern und der Teilnahme junger Menschen an der Zivilgesellschaft“ zum Ausdruck. Unter der Überschrift „Education for democratic citizenship“ (EDC) startete der Europarat ein Programm, das die Bemühungen der verschiedenen europäischen Staaten um das demokratische Engagement ihrer Bürger enger vernetzen sollte: Unter dem Motto „Demokratie leben und lernen“ wurden in der ersten Phase des Projekts von 1997 bis 2000 Konzepte zur Förderung der politischen Bildung entwickelt. In der zweiten Phase von 2001 bis 2004 wurden die zuvor erarbeiteten Ergebnisse ausgewertet, wobei es vor allem darum ging, die Vernetzung und Kommunikation der Akteure untereinander zu verbessern. 2005 wurde schließlich zum „Europäischen Jahr für Demokratieerziehung“ erklärt. Damit sollte einem breiteren Publikum deutlich werden, welche wichtige Rolle die

¹⁴⁶ Rehfeld-Staudt, A.: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: Europa: <http://www.infoseiten.slpb.de/politische-bildung/europa/einfuehrung/europaeische-politische-bildung/>.

¹⁴⁷ Rehfeld-Staudt, A.: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: Europa: <http://www.infoseiten.slpb.de/politische-bildung/europa/einfuehrung/europaeische-politische-bildung/>.

Erziehung bei der Entstehung einer aktiven Bürgergesellschaft spielt. Seit dieser Zeit finden auch alljährlich die so genannten „Aktionstage politische Bildung“ statt.¹⁴⁸

Die Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland koordiniert zudem eine Initiative, die sich NECE nennt, was für „Networking European Citizenship Education“ steht. NECE soll die Europäisierung der politischen Bildung vorantreiben und dazu beitragen, dass ein europäisches Bürgerbewusstsein entsteht. Es handelt sich nicht um ein institutionalisiertes Netzwerk, sondern um eine Art Forum, das den Kontakt zwischen den verschiedenen Bildungsträgern europaweit herstellen soll. Einmal jährlich findet eine Konferenz zu einem Thema von allgemeinem Interesse wie z.B. Migration statt, zu der Experten aus verschiedenen Ländern geladen werden. Daneben gibt es regelmäßige Workshops, eine Newsletter sowie eine Datenbank, in der man europaweit nach Partnern und Experten für die verschiedenen Themen der politischen Bildung recherchieren kann.¹⁴⁹

Bürgerkompetenz als Schlüsselkompetenz für lebenslanges Lernen

Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben im Jahr 2006 eine Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen verabschiedet. Diese Empfehlung ist eines der Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten im Rahmen des Arbeitsprogrammes „Allgemeine und Berufliche Bildung 2010“. Es bildet die Grundlage für die politische Kooperation im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und umfasst gemeinsam festgelegte Ziel und Maßnahmen. Unter den Schlüsselkompetenzen werden Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen verstanden, die für jeden einzelnen sinnvoll und für die Gemeinschaft wichtig sind, weil sie einen Gewinn für den Arbeitsmarkt darstellen und den sozialen Zusammenhalt und aktiven Bürgersinn in der EU stärken. In der Empfehlung werden acht Schlüsselkompetenzen benannt, zu denen auch die soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz gezählt wird. Im Amtsblatt der Europäischen Union, L 394/13 vom 30.12.2006 wird im Dokument „Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen – Ein europäischer Referenzrahmen“ dargelegt, dass „Bürgerkompetenz den einzelnen dafür rüstet, ausgehend von der Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen

¹⁴⁸ Rehfeld-Staudt, A.: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: Europa: <http://www.infoseiten.slpb.de/politische-bildung/europa/einfuehrung/europaeische-politische-bildung/>.

¹⁴⁹ Bundeszentrale für politische Bildung: Networking European Citizenship Education, NECE: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/nece/>.

Konzepte und Strukturen und der Verpflichtung zu einer aktiven und demokratischen Beteiligung, umfassend am staatsbürgerlichen Leben teilzunehmen.“¹⁵⁰

Bürgerkompetenz im europäischen Sinn ist weitgehend identisch mit dem deutschsprachigen Begriff des „mündigen Bürgers“ als Ziel aller Anstrengungen im Bereich der politischen Bildung. Die Aufgabenbeschreibung der Bürgerkompetenz im zitierten Amtsblatt entspricht einer Aufgabenbeschreibung für politische Bildung auf europäischer Ebene: „Bürgerkompetenz beruht auf der Kenntnis der Konzepte der Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und internationalen Erklärungen festgelegt sind (...). Sie schließt die Kenntnis von Ereignissen der Zeitgeschichte sowie der wichtigsten Ereignisse und Trends in der nationalen und europäischen Geschichte sowie der Weltgeschichte ein. Ferner sollte ein Bewusstsein der Ziele, Werte und politischen Konzepte gesellschaftlicher und politischer Bewegungen entwickelt werden. Von wesentlicher Bedeutung ist ferner die Kenntnis der europäischen Integration, der Strukturen der Europäischen Union, ihrer wichtigsten Ziele und Werte sowie ein Bewusstsein der europäischen Vielfalt und kulturellen Identität.“¹⁵¹

3.3.2. Von staatsbürgerlicher Erziehung zur politischen Bildung

Ursprünglich bedeutete in Österreich politische Bildung "Staatsbürgerliche Erziehung" (1949) und legte damit ihren Schwerpunkt auf Heimaterziehung, Erziehung zu treuen, tüchtigen Bürgern der Republik und auf das "Österreichertum". Patriotismus und Institutionenkunde wurden dabei besonders positioniert.¹⁵²

- **Schulische politische Bildung**

Schulbücher verstehen unter politischer Bildung bis ins 21. Jahrhundert hinein oft noch ein Wissen um Institutionen, um herausragende Persönlichkeiten und oftmals um klar abgegrenzte Situationen. Dies spiegelt auf bildungspolitischer und bildungspraktischer Ebene möglicherweise die Vorstellungen der österreichischen Konsens- und Konkordanzdemokratie der ersten Nachkriegsjahrzehnte wieder, deren Kurs erst gegen Ende des Jahrhunderts verlassen wurde.¹⁵³ Eine so angelegte politische Bildung, die sich primär als Staatsbürgerkunde verstand, fragte primär nach dem Funktionieren des

¹⁵⁰ Bundeszentrale für politische Bildung: Networking European Citizenship Education, NECE: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/nece/>.

¹⁵¹ Bundeszentrale für politische Bildung: Networking European Citizenship Education, NECE: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/nece/>.

¹⁵² Dachs, H. (2008): 24f.

¹⁵³ Pelinka, A. (2006): 39.

Parlaments, nach den Parteien, nach den Vor- und Nachteilen von Wahlsystemen oder wie die EU oder die UNO arbeitet.¹⁵⁴ Als Paradigmenwechsel können Versuche am Ende des 20. Jahrhunderts angesehen werden, die Mediendidaktik sowie u.a. Ökologie- und Geschlechterfragen als Teil der politischen Bildung zu diskutieren, womit "Konfliktdidaktik" zum Thema wurde.¹⁵⁵

Einen bedeutenden Schritt für die institutionalisierte Weiterentwicklung stellte der Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip "Politische Bildung" im Jahre 1978 dar. Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung ist als Teil der persönlichen Entfaltung anzusehen, die einen Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie leistet. Neben

- Wissen und Kenntnissen werden auch
- Fähigkeiten und Einsichten sowie
- das Wecken von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln positioniert.¹⁵⁶

Erst in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts wurde der Lernbereich "Politische Bildung" in den Lehrplänen der Allgemein bildenden höheren Schulen (Gymnasium) verankert. 2001 wurde der neue Gegenstand "Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung" ab der 9. Schulstufe (Oberstufe) eingeführt.¹⁵⁷

Durch eine Reform des österreichischen Wahlrechts im Jahr 2007 und die damit verbundene Herabsetzung des aktiven Wahlrechtes auf 16 Jahre wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur Maßnahmen überlegt, politische Bildung an Schulen weiter zu stärken. Die Schüler/innen sollten noch im Rahmen ihrer Pflichtschulzeit die Möglichkeit erhalten, Felder des Politischen kennen zu lernen und zu durchdenken. Eine Kommission bestehend aus Expert/inn/en der Fachwissenschaft, der Fachdidaktik und der Lehrerschaft erarbeitete zwischen 2007 und 2008 ein Kompetenzmodell, das als Grundlage für die Schulentwicklung (Lehrplan, Lehrerfortbildung) und die Ausgestaltung von Lehrbüchern dienen soll.¹⁵⁸ Das Bundesministerium für Unterricht, Kultur und Kunst entschied im Jahre 2008, dass der in der Oberstufe (ab der 9. Schulstufe) bereits existierende Unterrichtsgegenstand

¹⁵⁴ Pelinka, A. (2006): 53f.

¹⁵⁵ Zentrum für Demokratie Aarau: Politische Bildung in Österreich: <http://www.politischebildung.ch/schweiz-international/international/oesterreich/?details=1&cHash=c30579d6a20ee8b98e9f708375b5a677>.

¹⁵⁶ Zentrum für Demokratie Aarau: Politische Bildung in Österreich: <http://www.politischebildung.ch/schweiz-international/international/oesterreich/?details=1&cHash=c30579d6a20ee8b98e9f708375b5a677>: Bundesministerium für Unterricht und Kunst: Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip: Politische Bildung in den Schulen, GZ. 33.464/6-19a/78 – Wiederverlautbarung mit GZ. 33.466/103-V/4a/94.

¹⁵⁷ Wirtitsch, M. (2006): Politische Bildung und Schulentwicklung in Österreich an den Allgemein bildenden Höheren Schulen, 75.

¹⁵⁸ Kühberger, Ch. (2008): Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, 103ff.

"Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung" auch in der Unterstufe der Allgemein bildenden höheren Schulen und in der Hauptschule (5.-8. Schulstufe) eingeführt werden soll. Das bestehende Unterrichtsprinzip "Politische Bildung" behielt seine Gültigkeit. Im Herbst 2008 trat daher ein neuer Lehrplan (BGBl. II Nr. 290/2008 vom 12.8.2008), der wortident für Hauptschulen und die gymnasiale Unterstufe konzipiert wurde, in Kraft.¹⁵⁹

- **Außerschulische politische Bildung**

Die außerschulische politische Bildung gewinnt zunehmend an institutioneller Bedeutung. Meinem Verständnis nach erfolgt politische Bildung ebenso durch politische Parteien. Kritikern, die sich für eine "neutrale" politische Bildung einsetzen, halte ich entgegen, dass neutrale Standpunkte in der politischen Bildung einzunehmen meines Erachtens weder möglich, noch notwendig oder erstrebenswert ist, weil Bildung nicht „objektiv“ und „richtig“ erfolgen kann, sondern stets von den jeweiligen Wertevorstellungen der handelnden Personen getragen ist. Wesentlich ist, dass die Offenlegung und Bezeichnung der eigenen Haltung und die kritische Reflexion, sowie die konstruktive Diskussion über andere politische Ideologien möglich ist und eine möglichst ausgewogene Darstellung erfolgt, was jedoch eine persönliche Positionierung nicht ausschließt. Politische Bildung durch eine politische Partei ist dann unproblematisch, wenn die Freiheit seitens des Staates und die Fähigkeit seitens der Person bestehen, zu wählen, welcher Partei man zugehörig sein will bzw. ob man einer bestimmten Partei folgen möchte. Damit hat politische Bildung ihre Aufgabe im Sinne von "Bildung über Demokratie vermitteln" durchaus erfüllt. Wesentlich ist, sich einer Wahlfreiheit gegenüber zu sehen. Diejenigen, die "Neutralität" in der politischen Bildung vertreten, übersehen, dass erst durch die ausdrückliche Positionierung von Menschen und deren aktiven – und damit politischen - Kampf für Rechte, die wir heute als selbstverständlich ansehen (Verbot von Kinderarbeit, grundsätzlich 8-Stunden-Arbeitstage, medizinische Grundversorgung für alle Personen usw.), "Neutralität" im Sinne von Meinungsfreiheit überhaupt erst gefordert werden kann, denn politische Bildung muss nicht zwangsläufig Demokratiebildung bedeuten.

¹⁵⁹ Zentrum für Demokratie Aarau: Politische Bildung in Österreich: <http://www.politischebildung.ch/schweiz-international/international/oesterreich/?details=1&cHash=c30579d6a20ee8b98e9f708375b5a677>

3.3.3. Humanistische Bildung ist politisch

Durch die Menschen- und Völkerbewegungen vor allem ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts rückt neben dem nationalen das internationale globalisierte und damit interkulturelle soziale und politische Lernen „nach vorne“ in das Zentrum der Lebenserfahrungen von Menschen, wobei eine auf Humanismus und immer mehr auf Qualifikation basierende Bildung im Zentrum steht.

Als Ziele humanistischer Bildung erachte ich im Zusammenhang mit dieser Arbeit als bedeutend:

- Menschenrechte als über allen Religionen und Weltanschauungen stehende Vereinbarung von Menschen zu verstehen, die den verschiedenen Bekenntnissen Schutz bieten und gleichzeitig Grenzen setzen;
- Sinn und Moral ohne Rückgriff auf Religionen begründen zu können;
- Vernunft und Rationalität als Grundlage menschlicher Kommunikation und menschlichen Handelns anzuerkennen;
- ein säkulares Leben führen und diese Lebensführung begründen zu können;
- die Bedeutung der Trennung von Staat und Religion/Weltanschauung als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft zu verstehen;
- wissenschaftliche Erkenntnisse auf Gesellschaft und persönliches Handeln zu beziehen.¹⁶⁰

Humanistische Bildung fragt nach der Würde des Menschen unter den Bedingungen von ungleichen Chancen, Entfremdung, Umweltzerstörung und ökonomischem und sozialem Elend in großen Teilen der Welt, nach den Möglichkeiten von Autonomie und Freiheit, nach Gewissen und Schuld im Hinblick auf Unrecht und Gewalt, nach Gerechtigkeit und unter welchen Bedingungen sie erreicht werden kann.¹⁶¹

Humanistische Erziehung ist mehr als Vermittlung von Fachwissen. Sie zielt bereits im Lernprozess auf Selbstbestimmung ab. Dieses Ziel wird unterstützt, indem solch ein Lernklima herrscht, in dem vertrauensvolle und verlässliche Beziehungen aller Beteiligten vorherrschen. Die eigene Lebenserfahrung ist eine wesentliche Bezugsebene des sozialen Lernens. Humanistische Erziehung fördert den wichtigen

¹⁶⁰ Humanistischer Verband Deutschlands: Humanistische Bildung und Erziehung: <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/>.

¹⁶¹ Humanistischer Verband Deutschlands: Humanistische Bildung und Erziehung: <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/>.

Prozess einer Verinnerlichung von moralischen Werten durch den Umgang miteinander und durch die Förderung der Diskursfähigkeit.¹⁶²

Im Bewusstsein, dass Werte, die einmal von Menschen festgelegt wurden, nicht jederzeit die gleiche Gültigkeit haben, sondern neu verhandelt werden können, bezieht sich eine humanistische Lebensauffassung auf einen den Menschenrechten adäquaten Minimalkonsens von Werten, der das menschliche Leben und die Würde des Menschen verteidigt.¹⁶³

Die Grundlage einer humanistischen Bildung besteht darin, Menschen in die Lage zu versetzen, eigene Antworten auf fundamentale Fragen ihres Lebens zu finden. Vom humanistischen Standpunkt aus sollen an der politischen Bildung teilnehmende Personen in der Art und Weise gestärkt werden, dass sie befähigt werden, ihre eigene Lebensauffassung zu entwickeln und danach zu leben. In diesem Zusammenhang ist auch der Sozialisierungsprozess zu sehen, der Voraussetzung dafür ist.¹⁶⁴

Zur humanistischen Bildung gehört Wissen über Religionen und Weltanschauungen. Humanistische Bildung vermittelt Toleranz gegenüber religiösen Menschen und fordert gleichzeitig dazu auf, ideologische und gesellschaftliche Funktionen von Religionen zu reflektieren. Religionen werden letztlich daran gemessen, welches Verhältnis sie zu den Menschenrechten formulieren und praktizieren.¹⁶⁵

Ludo Moritz Hartmann war ein deutsch-österreichischer Historiker und Politiker, der der festen Überzeugung war, dass Demokratie und Volksbildung untrennbar miteinander verbunden seien, denn „das Denken lernen [müsse] das Ziel und der Zweck eines jeden echten Volksbildungswesens sein“. Wer gelernt hätte, wissenschaftlich – und das heißt, frei von Vorurteilen – zu denken und zu entscheiden, wäre auch auf politischem Gebiet in der Lage, eigene Entscheidungen zu treffen.¹⁶⁶

¹⁶² Humanistischer Verband Deutschlands: Humanistische Bildung und Erziehung: <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/>.

¹⁶³ Humanistischer Verband Deutschlands: Humanistische Bildung und Erziehung: <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/>.

¹⁶⁴ Humanistischer Verband Deutschlands: Humanistische Bildung und Erziehung: <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/>.

¹⁶⁵ Humanistischer Verband Deutschlands: Humanistische Bildung und Erziehung: <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/>.

¹⁶⁶ Verband Wiener Volksbildung: [http://www.dasrotewien.at/Verband Wiener Volksbildung](http://www.dasrotewien.at/Verband_Wiener_Volksbildung).

Für die politische Bildung leite ich aus den davorstehenden Ausführungen ein Menschenbild, insb. mit folgenden Implikationen, ab:

- gleichberechtigte, autonom handelnde und denkende Personen mit der Fähigkeit zur Selbstreflexion;
- sozial kompetente Menschen, die am Geschehen konstruktiv partizipieren können und wollen;
- Personen mit ausgewogener Urteils- und Kritikfähigkeit und einem situationsadäquaten Verhalten;
- die Überzeugung, dass die Freiheit der/s Einzelnen durch das Ausmaß der Freiheit der Anderen im Sinne der gegenseitigen Rücksichtnahme und im Hinblick auf ein demokratisches, verantwortungsvolles, friedvolles, selbstbestimmtes und autonomes Zusammenleben in der Gesellschaft, umfasst ist.

3.3.4. Weltgemeinschaft scheitert bei Bildung

Die Weltgemeinschaft ist weit davon entfernt, das davor skizzierte Menschenbild umsetzen zu können, da es an den Grundvoraussetzungen, sich selbst oder andere (politisch) zu bilden, in weiten Teilen der Welt fehlt.

Das Programm "Bildung für alle" der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ist eines der größten Bildungsprogramme weltweit. Mehr als 160 Länder hatten sich im Jahr 2000 in Dakar verpflichtet, bis 2015 sechs Ziele zu erreichen. Unter anderem sollen von da an alle Kinder Zugang zu kostenloser Grundschulbildung erhalten. Diesen Punkt schrieb die Weltgemeinschaft zusammen mit der deutlichen Armutsreduzierung auch als sogenanntes UN-Millenniumsziel fest. An diesem Ziel scheitert die Weltgemeinschaft durch unzureichenden Fortschritt im Kampf gegen Analphabetismus. Die Zahl der Kinder, die keine Grundschule besuchen, habe nach jüngsten verfügbaren Zahlen mindestens zwei Jahre stagniert, heißt es im neuen Weltbildungsbericht der UN-Organisation. 250 Millionen Mädchen und Buben lernten weder richtig lesen noch schreiben. Viele Entwicklungsländer seien weit davon entfernt, die Ziele des Aktionsprogramms "Bildung für alle" bis 2015 zu erreichen. Die bisherige Bilanz ist nach erheblichen Erfolgen zum Start des Programms ernüchternd. Zum einen hatten im bislang jüngsten Datenjahr 2010 weiter 61 Millionen Kinder keinen Zugang zu einer Grundschule, zum anderen ging es auch bei der Ausbildung von Älteren nur schleppend voran. Nach wie vor sind 775 Millionen Erwachsene weltweit Analphabeten,

zwei Drittel davon Frauen. Eine weitere Zielvorgabe wird voraussichtlich deutlich verfehlt: die Analphabetenrate unter Erwachsenen bis 2015 um 50 Prozent zu senken.¹⁶⁷

Die UNESCO-Experten weisen jedoch darauf hin, dass es auch in Europa große Probleme gebe. Ihrer Ansicht nach sind die erschreckend hohen Arbeitslosenquoten bei Jugendlichen in Griechenland und Italien nicht nur eine Folge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern auch die Konsequenz von mangelnder Bildung.

In Italien haben demnach etwa die Hälfte aller Erwachsenen Probleme beim Lesen und Schreiben, in Großbritannien ein Fünftel, in Deutschland ein Sechstel. Auf der Basis von OECD-Daten schätzt der Weltbildungsbericht, dass in den Industrieländern 160 Millionen Erwachsene nicht in der Lage sind, eine Zeitung zu lesen oder sich für eine Stelle zu bewerben, weil ihnen die entsprechenden Kenntnisse fehlen. Die UNESCO fordert deswegen, deutlich mehr Mittel für die Qualifikation Jugendlicher bereitzustellen.¹⁶⁸

¹⁶⁷ Kurier (16.10.2012): UNESCO: Weltgemeinschaft scheitert bei Bildung.
<http://kurier.at/nachrichten/4515882-unesco-weltgemeinschaft-scheitert-bei-bildung.php>.

¹⁶⁸ Kurier (16.10.2012): UNESCO: Weltgemeinschaft scheitert bei Bildung.
<http://kurier.at/nachrichten/4515882-unesco-weltgemeinschaft-scheitert-bei-bildung.php>.

5. Theoretisches Modell und politische Maßnahmen

Die voranstehenden Ausführungen finden im Folgenden ihre Konkretisierung, in der Darstellung eines im Zuge dieser Arbeit entstandenen theoretischen Modells und der konkreten politischen Maßnahmen der politischen Basisarbeit in der SPÖ Sandleiten in Ottakring.¹⁶⁹

Schon bald nach Aufnahme meiner politischen Arbeit in der SPÖ Ottakring habe ich mein praktisches Handeln in Zusammenhang mit dem unter Punkt 1. – 4. ausgeführten theoretischen, konzeptuellen Rahmen gesehen. Diese folgenden Ausführungen sollen nicht nur mein Handeln untermauern, sondern dient ebenso der Orientierung und Reflexion der Mitarbeitenden sowie der Positionierung nach außen.

5.1. Information zu Sandleiten in Ottakring

Nach dem Ende des 1. Weltkriegs wurde die Sozialdemokratie bestimmende Kraft im Wiener Rathaus. 1922 wurde Wien ein selbständiges Bundesland. Damit war auch der Grundstein für das "Rote Wien" gelegt. Neben Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen wurde 1923 ein umfangreiches Bauprogramm gestartet, um für die Bevölkerung menschenwürdige Wohnungen zu schaffen. Die Stadt Wien errichtete in der Zwischenkriegszeit 63.000 Wohnungen.¹⁷⁰

Ottakring ist ein traditioneller Arbeiterbezirk, in dem heute Menschen aus einer Vielzahl an unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen zusammen leben. Im Sandleitenhof findet sich die Bevölkerungsstruktur Ottakrings abgebildet. Der Sandleitenhof wurde in den Jahren 1925-1928 erbaut. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert befand sich dort eine Kleingartensiedlung. Das Gelände ist nach den ehemals dort befindlichen "Sandgruben" benannt. Der Sandleitenhof spiegelt die Geschichte Wiens: in den Februarkämpfen von 1934 kam es zur Belagerung des Sandleitenhofes durch die Polizei. Später verschlechterte sich durch die Arbeitslosigkeit die Lebenssituation der Bewohner im Sandleitenhof. Kirchliche Arbeitslosenausspeisungen übernahmen die Versorgung vieler bedürftiger Menschen. Im 2. Weltkrieg wurde die Anlage durch Bomben leicht beschädigt. In der Besatzungszeit schließlich waren russische Truppen einquartiert. In der Wohnhausanlage Sandleiten wurde in den Jahren 1995 bis 2003 eine Sockelsanierung durchgeführt. Mit 1.587 Wohnungen stellt der Sandleitenhof die

¹⁶⁹ Die Ausführungen unter Punkt 5.1, 5.3, 5.4. entstammen einer internen Dokumentation, die ich im Zuge der Entwicklung dieser Maßnahmen erstellt habe und in der Folge z.T. komprimiert und ergänzt für die Master Thesis heranziehe. Die Ergänzungen sind mit einer Fußnote gekennzeichnet und im Literaturverzeichnis erfasst.

¹⁷⁰ Wiener Wohnen: Informationsblatt über den Sandleitenhof. metadb.wrws.at/open/object_pdf/0816307/export.pdf.

größte Wohnanlage des kommunalen Wohnbaues in Wien dar. Auf einer Gesamtfläche von 68.581 m² erstreckt sich die Anlage über mehrere Straßenzüge.¹⁷¹

Die einzelnen Wiener Bezirke sind jeweils in mehrere SPÖ-Sektionen – basierend auf einer Anzahl politischer Sprengel - gegliedert, die durch die jeweilige SPÖ-Bezirksorganisation zusammengeführt sind. Die in den Statuten der Landesorganisation genannten Funktionen (z.B. Vorsitzende, Kassier, ...), die entsprechend auch für die Bezirke gelten, werden in den einzelnen Sektionen unabhängig gewählt. Die Sektion 15, Sandleiten ist eine dieser Sektionen in Ottakring. Die Sektionen verfügen über kein eigenes Budget, sondern finanzieren sich im Wesentlichen über Eigenleistungen der Mitarbeiter/innen der Sektionen und über Spenden.

Standort SPÖ Sandleiten	1160 Wien Liebknechtgasse 34 / Ecke Matteottiplatz					
Zugehörige Sprengel:	68, 69, 70					
Kräfteverhältnis der Parteien Gemeinderatswahl 2010	SPÖ	FPÖ/BZÖ	GRÜNE	ÖVP	KPÖ/KI	LIF
Sandleiten, Ottakring % ¹⁷²	49,26	32,67	8,00	7,14	1,80	1,00
Bezirk Ottakring, gesamt, % ¹⁷³	44,61	25,13	16,30	11,52	1,57	0,68
Stadt Wien, gesamt, % ¹⁷⁴	44,34	27,10	12,64	13,99	1,12	0,69
	in dieser ehem. SPÖ-Hochburg fielen 2010 1/3 der Stimmen auf FPÖ/BZÖ. <i>SPÖ und GRÜNE haben im Bezirk Ottakring eine Koalition gebildet.</i>					

Tabelle 1: Stimmenverteilung nach Parteien in Sandleiten, Ottakring und Wien nach der Gemeinderatswahl 2010

Aus der Gegenüberstellung der Wahlergebnisse der politischen Parteien der Gemeinderatswahl 2010 der SPÖ Sandleiten zum Bezirk Ottakring bzw. zur Stadt Wien zeigt sich, dass SPÖ und FPÖ deutlich mehr Stimmen sowie Grünen und ÖVP deutlich weniger Stimmen als im Bezirk Ottakring gesamt bzw. in Wien gesamt erhalten haben.

¹⁷¹ Wiener Wohnen: Informationsblatt über den Sandleitenhof.
metadb.wrks.at/open/object_pdf/0816307/export.pdf.

¹⁷² Gemeinde Wien: Bezirksvertretungswahlen 2010, Download Rohdaten:
<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-109.htm>.

¹⁷³ Gemeinde Wien: Bezirksvertretungswahlen 2010, Download Rohdaten:
<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-109.htm>.

¹⁷⁴ Gemeinde Wien: Vorläufiges Endergebnis der Wiener Gemeinderatswahl:
<http://www.wien.gv.at/rk/msg/2010/10/18009.html>.

Der höhere – im Vergleich zu früheren Jahren jedoch überaus stark gesunkene - Anteil an SPÖ-Stimmen ist schlüssig im Hinblick auf diese ehemalige SPÖ-Hochburg, der stetig steigende Anteil an FPÖ/BZÖ-Stimmen erklärt sich einerseits aus dem nicht immer konfliktfreien Zusammenleben der Menschen aus den unterschiedlichen Herkunftsländern, die bezogen auf die Gesamtzahl der Bewohner/innen einen jedenfalls subjektiv empfundenen „sehr hohen“ Anteil ausmachen. Andererseits ergibt sich der stetig wachsende FPÖ/BZÖ-Anteil aus dem - mir im Zuge meiner politischen Arbeit immer wieder von Wähler/innen begründeten - Phänomen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft durchaus Parteien wählen, die ihre Anliegen als "Ausländer" nicht vertreten bzw. bestrebt sind, einen Zuzug "weiterer Ausländer" zu begrenzen. Die prozentuale Entwicklung des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung in Wien lag bis 1961 unter 2%, seit 2010 bei rund 21%.

5.2. Interkulturalität in Österreich, Wien, Ottakring

Für die politische Arbeit in Sandleiten ist bedeutend, dass in Ottakring die Bevölkerung ausländischer Herkunft, gemessen an der Gesamtbevölkerung, wesentlich über dem österreichischen, aber auch über dem Wiener Durchschnitt liegt, wie unten stehende Übersicht zeigt.

Bevölkerung am 1.1.2011	Österreich ¹⁷⁵	Wien ¹⁷⁶	Ottakring
Bevölkerung insgesamt	8.443.018	1.731.236	---
Bevölkerung ausländischer Herkunft gemessen an der Gesamtbevölkerung	17,7%	34,1%	mind. 40,0% ¹⁷⁷
darunter ausländische Staatsangehörige	11,5%	22,3%	---
darunter im Ausland geborene österreichische Staatsangehörige	6,2%	11,8%	---

Tabelle 2: Bevölkerung nach inländischer Staatsangehörigkeit und ausländischer Herkunft

Durch den in Sandleiten steigenden Anteil von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und zur inhaltlichen Ausgestaltung eines universell interkulturellen politischen Humanismus ist es auch erforderlich, sich mit der Stellung der Religion innerhalb der menschlichen Identitätsbildung und innerhalb unterschiedlicher Kulturen auseinanderzusetzen.

¹⁷⁵ Statistik Austria (2012): Migration & Integration, zahlen.daten.fakten 2012, Publikationen, Migration und Integration 2012, 111 : http://www.statistik.at/web_de/suchergebnisse/index.htm.

¹⁷⁶ Statistik Austria (2012): Migration & Integration, zahlen.daten.fakten 2012, Publikationen, Migration und Integration 2012, 111 : http://www.statistik.at/web_de/suchergebnisse/index.html.

¹⁷⁷ Statistik Austria (2012): Migration & Integration, zahlen.daten.fakten 2012, Publikationen, Migration und Integration 2012, 110 : http://www.statistik.at/web_de/suchergebnisse/index.html.

Das Marktforschungsinstitut "Gallup International" hat erhoben, dass immer weniger Österreicher sich selbst als religiös betrachten. Im Rahmen der Erhebungen zum weltweiten Religiositätsindex bezeichneten sich demnach 42% der Befragten Österreicher als religiös. Bei einer entsprechenden Umfrage vor sieben Jahren lag der Anteil noch bei 52 %. Im Gegenzug ist die Zahl jener, die sich als nicht religiös betrachten, auf 43 % gestiegen. Mit zehn Prozent gleichgeblieben ist der Anteil jener Österreicher, die sich selbst als überzeugte Atheisten bezeichnen.¹⁷⁸ Die Umfrage wurde in den vergangenen Monaten in 57 Ländern durchgeführt, in denen laut "Gallup International" mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung leben. Insgesamt bezeichneten sich dabei rund 59 Prozent der etwa 51.000 Befragten als religiös, 23 Prozent gaben an, nicht religiös zu sein. 13 Prozent sehen sich als Atheisten.¹⁷⁹

In Wien (von in Summe rund 1,7 Mio. Menschen) sind die 400.000 Konfessionslosen (österreichweit im Jahre 2011/2012 ca. 2.000.000) hinter den 750.000 Katholiken schon zweitstärkste „Religion“, gefolgt von den 130.000 Muslimen.¹⁸⁰ Die Zahl der Konfessionslosen in Deutschland beträgt etwa 25 Millionen (von in Summe rund 85 Millionen Menschen), weshalb neuerdings von einer „dritten Konfession“ gesprochen wird. Kernfrage des „organisierten“ Humanismus ist es, ob es gelingt, die „dritte Konfession“ anzusprechen und sich selbst als Bekenntnis- und Weltanschauungsverbund darzustellen sowie Humanismus zu entwickeln, ohne ihn für sich allein zu reklamieren.¹⁸¹ Die stetig abnehmende Bedeutung der römisch-katholischen und evangelisch Religion und die steigende Bedeutung der Konfessionslosen sowie der moslemischen Religion wird im Vergleich der Zahlen der Jahre 2011/12 bzw. 2009 : 2001 in unten stehender Tabelle deutlich.

¹⁷⁸ Der Standard (8.8.2012): Immer weniger Österreicher betrachten sich als religiös: <http://derstandard.at/1343744280750/Immer-weniger-Oesterreicher-betrachten-sich-als-religioes> (9.8.2012).

¹⁷⁹ Der Standard (8.8.2012): Immer weniger Österreicher betrachten sich als religiös: <http://derstandard.at/1343744280750/Immer-weniger-Oesterreicher-betrachten-sich-als-religioes>.

¹⁸⁰ Profil (8.9.2012): Neue Gründe, warum die ÖVP die Wahlen verlieren wird: <http://www.profil.at/articles/1236/560/341466/oevp-neun-gruende-oevp-wahl>.

¹⁸¹ Groschopp, H. (2000), 16. http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

	2001 ¹⁸²	2009	2011/2012	2011/12 bzw. 2009 : 2001, in %
Bevölkerung gesamt	8.032.926	8.355.260 ¹⁸³	8.443.018 ¹⁸⁴	+ 5,1
römisch-katholisch	5.915.421	---	5.405.819 ¹⁸⁵	- 8,6
konfessionslos	1.123.925	---	2.000.000 ¹⁸⁶	+ 77,9
islamisch	338.988	515.914 ¹⁸⁷	---	+ 52,1
evangelisch	376.150	---	325.905 ¹⁸⁸	- 13,4

Tabelle 3: Bevölkerung 2011/12 bzw. 2009 : 2001, nach Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit (---: keine Daten verfügbar)

Von Interesse im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit ist der in den letzten zehn Jahren deutlich zurückgegangene Prozentsatz (auf 42%) von Menschen in Österreich, die sich als religiös bezeichnen und der zunehmende Zuzug von Menschen aus Ländern, die eine nahezu untrennbare Verbindung zwischen Staat und Religion im Sinne einer fest in sich selbst verankerten Lebensweise mit klaren Vorgaben an Werten und Haltungen vertreten (Theokratien, wie z.B. Islamische Republik Iran, Saudi Arabien). Als einen Vertreter eines nicht auf Demokratie beruhenden Gottesstaates spreche ich in dieser Arbeit vor allem den islamischen Gottesstaat an, da in Wien der Islam als theokratische Religion einstweilen die quantitativ zweitstärkste Religion darstellt¹⁸⁹ und im Sandleitenhof bedeutend vertreten ist. Muslimisch geprägte Länder in Europa, aus denen Menschen nach Österreich seit den 1970er Jahren zugezogen sind und auch weiterhin zuziehen, sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Kosovo, Mazedonien und die Türkei.

¹⁸² Statistik Austria (2001): Bevölkerung 2001 nach Religionsbekenntnis und Staatsangehörigkeit: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/022894.html.

¹⁸³ Statistik Austria (2009): Bevölkerung nach Erwerbsstatus, Alter und Staatsangehörigkeit, Österreich gesamt: http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/abgestimmte_erwerbsstatistik/ergebnisse/index.html

¹⁸⁴ Statistik Austria (2012): Migration & Integration, zahlen.daten.fakten 2012, Publikationen, Migration und Integration 2012, 23: http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/2/index.html?id=2&listid=2&detail=636.

¹⁸⁵ Auf Anfrage aktuell für diese Arbeit übermittelte Daten der römisch-katholischen Kirche.

¹⁸⁶ Profil (8.9.2012): Neue Gründe, warum die ÖVP die Wahlen verlieren wird: <http://www.profil.at/articles/1236/560/341466/oevp-neun-gruende-oevp-wahl>.

¹⁸⁷ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 4: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_fin_al.pdf.

¹⁸⁸ Auf Anfrage aktuell für diese Arbeit übermittelte Daten der evangelischen Kirche.

¹⁸⁹ Profil (8.9.2012): Neun Gründe, warum die ÖVP die Wahl verlieren wird: <http://www.profil.at/articles/1236/560/341466/oevp-neun-gruende-oevp-wahl>.

In Ottakring lebt im Jahr 2001 im Verhältnis zu Wien gesamt (100%) ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz an Menschen mit islamischem (Ottakring: 12,6 / Ø Wien: 7,8) oder orthodoxem (Ottakring: 9,8 / Ø Wien: 6,0) Religionsbekenntnis. Weitere Religionsbekenntnisse in Ottakring liegen unter dem Wiener Durchschnitt.¹⁹⁰

Ottakring, 2001
Wohnbevölkerung nach Religionsbekenntnis und Gemeindebezirken

	in %	röm.kath.	islamisch	orthodox	o.B. / so.	israelitisch
Wien ¹⁹¹	100	31,9	7,8	6,0	4,8	0,5
Ottakring¹⁹²	100	29,6	12,6	9,8	3,6	0,1

Tabelle 4: Bevölkerung in Ottakring, nach Religionszugehörigkeit

Eine aktuellere Registerzählung der Statistik Austria stammt zwar aus dem Jahr 2011, das Religionsbekenntnis wird aber nicht mehr erhoben, sodass keine Vergleichszahlen zu 2011 vorliegen. Auszugehen ist – belegt durch unten stehende Ausführungen - von einem deutlichen Anstieg islamischgläubige/r Bürger/innen:

Am 1.1.2009 lebten in Österreich insgesamt etwas über eine halbe Million Menschen islamischen Glaubens, was einem Anteil von rund 6% der Bevölkerung entsprach. Gegenüber den rund 350.000 Personen, welche bei der Volkszählung 2001 den Islam als Religionsbekenntnis angegeben hatten, bedeutet dies eine Zunahme um fast die Hälfte (49% bzw. 170.000 Personen).¹⁹³

¹⁹⁰ Gemeinde Wien: Wohnbevölkerung nach Religionsbekenntnis und Gemeindebezirken 2001:
<http://www.wien.gv.at/statistik/lebensraum/tabellen/religion-bez.html>.

¹⁹¹ Statistik Austria (2001): Bevölkerung nach dem Religionsbekenntnis und Bundesländern 1951 bis 2001, Wien:
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/index.html;
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/022885.html.

¹⁹² Gemeinde Wien: Wohnbevölkerung nach Religionsbekenntnis und Gemeindebezirken 2001:
<http://www.wien.gv.at/statistik/lebensraum/tabellen/religion-bez.html>.

¹⁹³ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichischer Integrationsfonds, 5:
http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_fin_al.pdf.

Zuverlässige Zahlen zur muslimischen Bevölkerung in Österreich sind schwierig zu eruieren, denn das Religionsbekenntnis wurde zuletzt bei der Volkszählung 2001 erhoben. Eine aktuelle Abschätzung der Zahl von Personen mit islamischer Religion in Österreich kann daher nur auf Basis einer Fortschreibung der Ergebnisse von 2001 vorgenommen werden. Diese unterliegt jedoch zahlreichen methodischen Einschränkungen, insbesondere was die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen islamischen Glaubens betrifft. Daher sollten die hier vorgelegten Ergebnisse nur als (konservative) Schätzung angesehen werden.

Die direkte Nachfrage im Zuge der Master Thesis zu aktuellen Daten bei der islamischen Religionsgemeinschaft brachte kein Ergebnis.

Staatsangehörigkeit	15.5.2001			1.1.2009		
	Bevölkerung gesamt	Moslems	%	Bevölkerung gesamt	Moslems	%
Insgesamt	8.032.926	345.906	4,3	8.355.260	515.914	6,2
Österreich	7.322.000	97.721	1,3	7.484.556	252.845	3,4
Ausland gesamt	710.926	248.185	34,9	870.704	263.069	30,2

Tabelle 5: Bevölkerung 2001 und 2009 nach Staatsangehörigkeit und Religionsbekenntnis¹⁹⁴

Ebenfalls stark verändert hat sich die Staatsangehörigkeit der muslimischen Bevölkerung. Waren im Jahr 2001 nur rund 98.000 Österreicher/innen islamischen Glaubens (1,3%), stieg ihre Zahl 2009 vor allem durch Einbürgerungen und Geburten auf eine viertel Million an (3,4% der österreichischen Staatsangehörigen). Hingegen blieb die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen mit islamischem Religionsbekenntnis im Zeitraum 2001-2008 nahezu konstant, da die Zuwanderung aus dem Ausland weitgehend durch Einbürgerungen ausgeglichen wurde. Durch die im Verhältnis stärkere Zunahme der ausländischen Bevölkerung verringerte sich der Anteil muslimischer Personen an der ausländischen Bevölkerung sogar von knapp 35% im Jahr 2001 bis 2009 auf nur noch 30%. Knapp die Hälfte (49%) der in Österreich lebenden Bevölkerung islamischen Glaubens hatte am 1. Jänner 2009 bereits die österreichische Staatsangehörigkeit, wogegen dies am Stichtag der Volkszählung 2001 nur auf 28% zutraf.¹⁹⁵

Staatsangehörigkeit %	15.5.2001		1.1.2009		2001:2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Insgesamt	345.906	100,0	515.914	100,0	170.008	+49,1
Österreich	97.721	28,3	252.845	49,0	155.124	+158,7
Türkei	125.631	36,3	109.290	21,2	-16.341	-13,0
Bosnien/Herzegovina	66.497	19,2	52.059	10,1	-14.438	-21,7

Tabelle 6: Bevölkerung islamischer Religion 2001 und 2009 nach Staatsangehörigkeit (Auszug)

¹⁹⁴ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 6: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_final.pdf.

¹⁹⁵ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 6: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_final.pdf.

Unter der ausländischen Bevölkerung islamischen Glaubens stellten türkische Staatsangehörige 2009 mit rund 109.000 Personen (21%) die größte Gruppe, gefolgt von Personen aus Bosnien und Herzegowina mit rund 52.000 Personen (10%). Danach folgten Staatsangehörige von Serbien, Montenegro und dem Kosovo mit etwa 34.000 Personen (7% der muslimischen Bevölkerung in Österreich) sowie russische Staatsangehörige mit ca. 18.000 Personen (4%). Mit knapp 14.000 Personen (3%) ebenfalls recht bedeutend waren mazedonische Staatsangehörige.¹⁹⁶

Im Vergleich zu 2001 nahm einerseits die muslimische Bevölkerung mit türkischer (-13%) und bosnischer (-22%) Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen sehr stark ab. Zugleich kam es zu einem deutlichen Anstieg russischer und serbisch/montenegrinisch/kosovarischer Staatsangehöriger mit islamischem Glaubensbekenntnis. So erhöhte sich die Zahl der (vermutlich) tschetschenischen Bevölkerung in Österreich von 2001 bis 2009 um etwa 18.000 Personen, jene der Bevölkerung aus dem Kosovo um rund 11.000 (+50%).¹⁹⁷

Im Gegensatz zur Bevölkerungsentwicklung Österreichs, die weitgehend durch Zuwanderung gesteuert wurde, war die Zunahme der muslimischen Bevölkerung im Zeitraum 2001-2009 in wesentlich stärkerem Ausmaß auf Geburten als auf Zuwanderung zurückzuführen. Der Zuwachs der muslimischen Bevölkerung machte rund 53% des gesamten Bevölkerungswachstums Österreichs in dieser Periode aus.¹⁹⁸

Religionsbekenntnis	Bevölkerungsveränderung 2009-2011		
	gesamt	durch Geburten	durch Zuwanderung
Insgesamt	322.334	43.465	278.869
Islam	170.008	105.757	64.251

Tabelle 7: Veränderung der muslimischen Bevölkerung Österreichs 2001-2009

Die deutlich höhere Geburtenbilanz der muslimischen Bevölkerung ist auf zwei wesentliche Faktoren zurückzuführen: einerseits handelt es sich bei der muslimischen Bevölkerung Österreichs um eine sehr junge Bevölkerung mit entsprechend mehr

¹⁹⁶ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 7: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_final.pdf.

¹⁹⁷ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 8: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_final.pdf.

¹⁹⁸ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 8: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_final.pdf.

Geburten als Sterbefällen. Zudem hatten im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2008 rund 14% der Neugeborenen mindestens einen Elternteil islamischer Religion, während der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Österreich insgesamt nur rund 6% betrug. Zum anderen kehren viele Migranten in höherem Alter in ihr Heimatland zurück, wodurch nur ein Bruchteil der Sterbefälle der muslimischen Bevölkerung in Österreich erfasst wird.¹⁹⁹

Die Netto-Zuwanderung von Personen mit islamischem Religionsbekenntnis machte hingegen im Zeitraum 2001 bis 2009 nur rund 23% des Wanderungsgewinns Österreichs mit dem Ausland aus. Dies liegt vor allem daran, dass die Herkunftsländer von Personen islamischen Glaubens nahezu ausschließlich außerhalb der EU lagen, für die seit 2006 neue, gesetzliche Regelungen für den Zuzug nach Österreich gelten.²⁰⁰

5.3. Strategischer Bogen

Alle Maßnahmen der SPÖ Sandleiten finden sich in dem strategischen Bogen den SPÖ Wähleranteil zu stabilisieren bzw. zu erhöhen sowie das Zusammenleben miteinander und das Verständnis füreinander zu stärken und trotz aller Unterschiedlichkeit das Verbindende vor das Trennende zu stellen. Die persönliche Weiterentwicklung der Frauen und Männer in Sandleiten ist ein zentrales Anliegen und eine gesellschaftspolitische Aufgabe, wobei dafür Qualifikations-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen als das wesentliche Instrument zum Einsatz gelangen.

Mitarbeit in der SPÖ Sandleiten

Das Team an Mitarbeiter/innen der SPÖ Sandleiten besteht aus rund 12 regelmäßig für die politische Arbeit ansprechbaren Personen, die Mitglieder der SPÖ sind oder auch Personen, die sozialdemokratischen Werten und Haltungen nahe stehen, ohne klassische Parteimitglieder zu sein. Diese Personen beteiligen sich z.B. an spezifischen Projekten und nehmen in der Regel an der klassischen Parteiarbeit nicht teil.

Die Altersspanne der Mitarbeiter/innen liegt zwischen 34 und 90 Jahren. Wir treffen einander zur politischen Arbeit – neben den Veranstaltungen - jedenfalls am 1. und 3. Dienstag im Monat zwischen 18.00 und 21.00 Uhr in der SPÖ Sandleiten.

Unsere politischen Maßnahmen richten sich vor allem nach den Berufen der Mitarbeiter/innen der SPÖ Sandleiten. Die gemeinsame politische Arbeit hat an Dynamik gewonnen, da nun jüngere Personen mitarbeiten. Diese stellen als Fachleute dafür

¹⁹⁹ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 8: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_fin al.pdf.

²⁰⁰ Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichische Integrationsfonds, 8f: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_fin al.pdf.

ehrenamtlich ihr berufliches Können und Wissen zur Verfügung, sodass wir schon jetzt eine breite Palette an Können, Wissen und Erfahrungen anbieten, die wir in unseren Maßnahmen ehrenamtlich nutzen. Wissen und Können z.B. aus den folgenden Berufen sind in Sandleiten vertreten: Altenhelfer, Finanzbeamtin, Friseurmeisterin, Jurist, Ofensetzer, Pensionist/in, Trainer und Coach, Verkäuferin, Verwaltungsbedienstete/r im Bundes- bzw. Gemeindedienst, Wirtschaftspädagogin. Damit sind ein professionelles Vorgehen und eine hohe Qualität des Angebotes sicher gestellt. Mit dieser Vorgehensweise werden vielfältige Maßnahmen zusammengestellt, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen und die SPÖ Sandleiten sich auf diese Weise „nach vorne“, an die Basis der SPÖ ausrichtet. Nicht zuletzt ist aus einer humanistischen und sozialdemokratischen Sicht das Unterstützen der Gemeinschaft und das Weitergeben des eigenen Könnens und Wissens an Andere eine erstrebenswerte Haltung.

5.4 Politische Maßnahmen der SPÖ Sandleiten

In der Folge zeige ich auf, wie politische Bildung durch politische Basisarbeit erreicht werden kann. Die verschiedenen Maßnahmen sind – in der Idee, der Konzeption und der Umsetzung - Eigenleistungen der SPÖ Sandleiten. Weiters beschreibe ich politische Bildung durch das Parlament, das in dieses Konzept aufgenommen wurde.

Kategorie Informationen

- **Kompetenz für Sandleiten:**

Zeit und Ort: jeden Freitag zwischen 16.00 Uhr und 18.00 Uhr in der SPÖ Sandleiten.

- **Beratungen für Bewerbungen am Arbeitsmarkt**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche

Begründung des Handlungsbedarfes:

Die zunehmenden Anforderungen am Arbeitsmarkt, die an arbeitssuchende Menschen gestellt werden, erwachsen in erster Linie aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen, wobei die Bewältigung der dadurch fortschreitenden Dynamik in Bewerbungsverfahren und in der Arbeitssituation ohne externe Unterstützung von manchen Personen nicht bewältigbar ist.

Eng im Zusammenhang mit der nachgefragten Qualifikation zur Erlangung eines Arbeitsplatzes steht die eigene Darstellung im Zuge von Auswahlverfahren für eine Bewerbung um einen Arbeitsplatz. Vor allem dieser Aspekt wird mit der

Maßnahme „Beratungen für Bewerbungen am Arbeitsmarkt“ von der SPÖ Sandleiten unterstützt.

Konzept:

Erstmals wird durch die SPÖ Sandleiten eine Einzelberatung als kostenloses Service für Frauen und Männer angeboten, die sich am Arbeitsmarkt bewerben möchten. Dabei werden Frauen und Männer bei der Erstellung schriftlicher Bewerbungsunterlagen unterstützt und individuell auf Bewerbungsgespräche vorbereitet.

- **Recht für Linke**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Bei Rechtsfragen hat sich während des letzten Jahres gezeigt, dass der Bedarf nach einem Angebot an strukturierter Unterstützung besteht. Rechtsmaterien werden zunehmend komplexer und die Durchsetzung von Recht für Einzelne demnach immer schwieriger.

Konzept:

Wir klären den Sachverhalt ab, erheben gemeinsam mit den Betroffenen Informationen, stellen Kontakte her und erarbeiten mögliche Vorgehensweisen und idealer Weise Lösungen. Erstmals wird durch die SPÖ Sandleiten Unterstützung bei rechtlichen Fragestellungen als Service für Frauen und Männer angeboten.

- **Frag Felix**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Bewohner/innen des Sandleitenhofes haben im vergangenen Jahr eine Reihe von Fragen an die SPÖ Sandleiten herangetragen. Deutlich wurde, dass der Bedarf nach einem Angebot an strukturierter Unterstützung bei Amtswegen, finanziellen Angelegenheiten und weiteren Fragestellungen aus dem unmittelbaren Lebensbereich der Personen in Sandleiten besteht.

Konzept:

Wir unterstützen die Anfragenden und gemeinsam mit den Betroffenen erheben wir Informationen, stellen Kontakte her und erarbeiten Lösungen. Erstmals wird durch die SPÖ Sandleiten eine strukturierte Unterstützung bei Fragestellungen aus dem unmittelbaren Lebensumfeld der Personen in Sandleiten als Service für Frauen und Männer angeboten.

- **Steuerinformation**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche

Begründung des Handlungsbedarfes:

Das immer komplexer werdende Steuerrecht macht es Bewohner/innen in Sandeuten oftmals unmöglich, die für sie relevanten Informationen für die Einbringung der Arbeitnehmer/innen-Veranlagung beim Finanzamt bzw. für den Antrag auf Familienbeihilfe zu erkennen.

Konzept:

Vor allem bieten wir heuer erstmals neu eine strukturierte Veranstaltung im Februar des jeweiligen Jahres an, um relevante steuerliche Informationen bereitzustellen und die Bürger/innen in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Arbeitnehmer/innen-Veranlagung beantragen zu können. Wir bieten Hilfe zur Selbsthilfe und versetzen die Personen in die Lage, ihre Anliegen selbst vor der Behörde vertreten zu können.

Kategorie Staat / Religion

Die Religionen sind weltweit in die Politik zurückgekehrt. Dieser Bezug spielt auch in Österreich, Wien, Ottakring und Sandeuten eine bedeutender werdende Rolle.

72 Prozent der in einer vom Bundesministerium für Inneres in Auftrag gegebenen Studie befragten Türken meinen, dass die Befolgung der Gebote ihrer Religion für sie wichtiger ist als die der Demokratie (ein Viertel Ablehnung) und neun von zehn meinen, der Staat sollte Fernsehen und Zeitungen kontrollieren, um Moral und Ordnung sicherzustellen (10 Prozent Ablehnung).²⁰¹

Politische Bildung durch die SPÖ Sandeuten ist Demokratiebildung.

- **Das politische Gespräch**

Das politische Referat

Veranstaltungen mit dem BSA Ottakring

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Stetig stattfindende Information und Diskussion sind wichtige Aufgaben der politischen Bildung.

²⁰¹ Ulram, A. (2009): Integration in Österreich: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integrationsstudie.pdf, 45.

Konzept:

Die SPÖ Sandleiten organisiert regelmäßig politische Gespräche/Referate. Diese sollen einen Überblick hinsichtlich aktueller Themen geben und zur Diskussion anregen. Im Zuge dieser Veranstaltungen wird auch ein Überblick zum österreichischen Staatsgefüge und zur Struktur des Staates gegeben (Stufenbau der Rechtsordnung, Aufbau Bund-Länder-Gemeinden, Organe der Gebietskörperschaften, Wahlen in Österreich udgl.).

Wir laden dazu Politiker/innen ein bzw. informieren die Vorsitzenden der Sektion über grundlegende Themen. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit und Abstimmung von gemeinsamen Maßnahmen mit anderen Organisationen wie dem BSA Ottakring.

Kategorie Zusammenleben

- **Interkulturelles Rotes Frühstück:**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Das Interkulturelle Rote Frühstück der SPÖ Sandleiten ist eine weitere Maßnahme mit dem Ziel neue Kommunikationsstrukturen zu schaffen, die eine regelmäßige Zusammenkunft von Bürger/innen ermöglichen und dauerhaft unterstützen. Bisher hat es keinen öffentlichen Raum in Sandleiten gegeben, der diese Möglichkeit geschaffen hat. Gern gesehen sind auch Menschen von außerhalb von Sandleiten, die immer mehr davon Gebrauch machen.

Konzept:

Das Interkulturelle Rote Frühstück hat sich aus dem „Gemeindebaufrühstück“ vergangener Jahre entwickelt und wurde im Jahr 2011 wiederbelebt und weiterentwickelt. Ursprünglich trafen sich immer wieder aus Österreich stammende Pensionist/innen ca. einmal monatlich, am Samstag von 10 Uhr bis 12 Uhr zu einem gemeinsamen, späten Frühstück.

Jedoch hat sich die Struktur der Bewohner/innen in den letzten 10 Jahren wesentlich verändert, da heute im Sandleitenhof Menschen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Herkunftsländer und Kulturen leben, die die Altersspanne wesentlich erweitert haben und die Ausrichtung des Interkulturellen Roten Frühstücks sich daran nun orientiert. Wir bieten vor allem Speisen, Spiel und Unterhaltung aus den verschiedenen Ländern, wobei Vertreter/innen aus den jeweiligen Herkunftsländern in der Vorbereitung mitwirken. Besonders richtet sich das Angebot auch an Kinder. Wichtig ist uns, dass die Bewohner/innen miteinander ins Gespräch kommen.

- **Interkulturelles Rotes Cafe:**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Das Interkulturelle Kaffeehaus der SPÖ Sandleiten ist eine weitere Maßnahme mit dem Ziel, neue Kommunikationsstrukturen zu schaffen, die eine regelmäßige Zusammenkunft von Bürger/innen ermöglichen und dauerhaft unterstützen. Bisher hat es keinen öffentlichen Raum in Sandleiten gegeben, der diese Möglichkeit eröffnet hat. Gern gesehen sind auch Menschen von außerhalb von Sandleiten, die immer mehr davon Gebrauch machen.

Konzept:

Das vor Jahren in Betrieb gewesene „Kaffeehaus“ der SPÖ Sandleiten wurde im vergangenen Jahr wiederbelebt und weiterentwickelt. Ursprünglich trafen sich immer wieder aus Österreich stammende Pensionist/innen einmal monatlich, am Samstagnachmittag. Die Struktur der Bewohner/innen hat sich in den letzten 10 Jahren wesentlich verändert, da heute im Sandleitenhof Menschen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Herkunftsländer und Kulturen leben und die Ausrichtung des Interkulturellen Roten Cafes sich daran nun orientiert. Wir bieten vor allem Speisen, Spiel und Unterhaltung aus den verschiedenen Ländern, wobei Vertreter/innen aus den jeweiligen Herkunftsländern mitwirken. Besonders richtet sich das Angebot auch an Kinder. Wichtig ist uns, dass die Bewohner/innen miteinander ins Gespräch kommen. Schwerpunkt ist hier das politische Gespräch mit Gästen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen.

- **Roter Frühling / Roter Herbst:**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Wir veranstalten den „Roten Frühling“ und „Roten Herbst“ mit dem Ziel, wieder verstärkt mit den Bewohner/innen in Sandleiten ins Gespräch zu kommen (März und Oktober).

Konzept:

Im Mittelpunkt steht die Vermittlung politischer Botschaften, direkt am Matteottiplatz und an zwei weiteren, politisch strategischen Standorten in Sandleiten. Die SPÖ Sandleiten verteilt blühende Pflanzen und lädt zum Stehenbleiben und Plaudern ein. Das SPÖ Sandleiten Lokal steht offen und bietet Kaffee und andere Getränke zum Verweilen an.

- **Sommerfest am Matteottiplatz:**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Fortführung des traditionellen Festes in Sandleiten

Konzept:

Das Sommerfest der SPÖ Sandleiten am geschichtsträchtigen Matteottiplatz wird seit vielen, vielen Jahren traditionell am letzten Samstag im August veranstaltet.

Angeboten werden Speisen und Getränke, Musik, eine Tombola, Hüpfburg, Spiele gemeinsam mit den Kinderfreunden, Informationen für Mieter/innen.

Bezirkspolitiker/innen führen Gespräche mit den Gästen und stehen für Interviews zur Verfügung.

- **Nähstube:**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Dieses Service für kleinere Reparatur- und Änderungsarbeiten wurde aus früheren Jahren übernommen. Handlungsbedarf hat insofern bestanden, als einerseits seitens unseres unterstützenden Mitglieds und andererseits seitens Bewohner/innen des Sandleitenhofes der Wunsch nach Wiedereröffnung laut wurde. Im Laufe des Jahres 2011 haben wir neu begonnen.

Konzept:

Wir bieten ein Service für kleinere Reparatur- und Änderungsarbeiten, wobei eine gelernte Schneiderin einmal wöchentlich für einige Stunden ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung stellt. Einerseits wird damit Menschen konkrete Unterstützung angeboten, andererseits fördert auch diese Maßnahme den gemeinsamen Umgang.

Kategorie Sprache

- **VHS Ottakring / SPÖ Sandleiten:**

Zielgruppe/n: Erwachsene, Jugendliche, Kinder

Begründung des Handlungsbedarfes:

Die Erfahrung der SPÖ Sandleiten der vergangenen Jahre zeigt, dass eine nicht unbedeutende Anzahl von Menschen, deren Muttersprache nicht deutsch ist – zum Teil auch nach jahrelangem Aufenthalt in Österreich – Deutsch kaum bzw. nicht oder mit erheblichen grammatikalischen Unrichtigkeiten sprechen bzw. schreiben kann und daher Handlungsbedarf besteht.

Konzept:

Die Volkshochschule Ottakring (VHS) forciert Deutschkurse im Gemeindebau, direkt im Lebensumfeld von Teilnehmer/innen. Die SPÖ Sandleiten stellt die Räumlichkeiten zur Verfügung und unterstützt – aufgrund der Nähe zu den Bewohner/innen in Sandleiten – bei der Information über den Sprachkurs.

Das zugrunde liegende Konzept soll es interessierten Personen erleichtern Sprachkurse zu besuchen: Die wesentlichen Punkte des Konzeptes sind, dass

+ die VHS zu den Teilnehmer/innen kommt und der Sprachkurs sowie die Anmeldung und Bezahlung direkt in Räumen im Sandleitenhof (SPÖ Sandleiten) stattfindet bzw. vorgenommen werden kann;

+ die Gebühr für den Sprachkurs die Teilnehmer/innen kaum belastet: je 2 Unterrichtseinheiten 2,0 Euro;

+ die VHS mit den Kinderfreunden hinsichtlich der Kinderbetreuung zusammenarbeitet und während des Sprachkurses die Kinder der Teilnehmer/innen versorgt sind.

Kategorie Frauen

• **Gemeinsame Unternehmungen**

Zielgruppe/n: Frauen und Mädchen

Begründung des Handlungsbedarfes:

Ziel ist, Frauen zu stärken, zu informieren und zu unterstützen, mutig ihren eigenen Weg zu gehen. Natürlich soll auch die Gemeinschaft gestärkt werden.

Konzept:

Heuer fanden erstmals diese gemeinsamen Unternehmungen statt. Gemeinsam wird das Ziel festgelegt und die Vorbereitung wird von teilnehmenden Frauen übernommen. Natürlich sind deren Kinder willkommen.

Kategorie Kinder und Jugendliche

Demokratiewerkstatt und Jugendparlament:

Die Demokratiewerkstatt und das Jugendparlament gehen auf eine Initiative der Präsidentin des Nationalrates zurück.

• **Demokratiewerkstatt**

Die Demokratiewerkstatt ist eine Einrichtung des Parlaments für Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14 Jahren, in der diese in sechs verschiedenen Werkstätten auf interaktive Art und Weise einen Zugang zu den Themenfeldern Demokratie und Parlamentarismus lernen können. Die Demokratiewerkstatt

versteht sich als unterrichtsergänzendes Angebot und als politische Bildung in der Praxis, das heißt, man nützt bewusst die Authentizität des Originalschauplatzes der Legislative, um einen (ersten) Kontakt mit den jungen BürgerInnen zu knüpfen.²⁰²

Durch das große Spektrum an Schwerpunkten in den Werkstätten können unterschiedliche Interessen und Zugangsweisen an diese Thematik altersadäquat abgedeckt werden. Neben Vermittlung der demokratischen Grundlagen und der parlamentarischen Abläufe sollen den Jugendlichen weitere wichtige Grundlagen für politische Partizipation vermittelt werden, wie Medienkompetenz sowie die Bereitschaft, die eigene Meinung einzubringen. Und sie sollen dabei auch lernen, sich selbst als Mitspieler im demokratischen System zu positionieren.²⁰³

Besonderes Augenmerk wird auf eine ambitionierte didaktische Vermittlung sowie Nachhaltigkeit gelegt. Die Kinder und Jugendlichen beschäftigen sich in Kleingruppen mittels altersspezifisch aufbereiteten Rechercheaufträgen mit der Thematik und verarbeiten das Ergebnis in Form eines Medienbeitrages, der im Internet abrufbar ist.²⁰⁴

- **Jugendparlament**

Zum Jugendparlament lädt die Präsidentin des Nationalrates zwei Mal im Jahr Jugendliche ein, teilzunehmen. Schulklassen aus jenem Bundesland, welches gerade den Vorsitz im Bundesrat inne hat, können sich bewerben. Die Schüler/innen lernen das Parlamentsgebäude kennen und sehen, wie spannend die Arbeit als Politiker/in ist. Im Zuge der Veranstaltung können sie direkt mit Politiker/innen diskutieren und ihre Meinungen und Ideen äußern. Politik aktiv zu erleben, ist gerade für Jugendliche wichtig. Das Jugendparlament soll einen wertvollen Beitrag dazu leisten. Zu wissen, wie Politik funktioniert, und selbst in die Rolle eines Politikers oder einer Politikerin zu schlüpfen, soll die Jugendlichen dazu ermuntern, auch später aktiv am politischen Alltag teilzunehmen.²⁰⁵

Das Jugendparlament dauert insgesamt zwei Tage. Am Anreisetag werden die Schüler/innen von der Nationalratspräsidentin begrüßt und an das Thema

²⁰² Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Demokratiewerkstatt:
<http://www.demokratiewerkstatt.at/18.html>.

²⁰³ Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Demokratiewerkstatt:
<http://www.demokratiewerkstatt.at/18.html>.

²⁰⁴ Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Demokratiewerkstatt:
<http://www.demokratiewerkstatt.at/18.html>.

²⁰⁵ Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Jugendparlament:
<http://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/JP/>.

herangeführt. Jedem Jugendparlament wird ein Tagesthema vorgegeben, welches die Teilnehmer/innen im Laufe der Veranstaltung diskutieren und aufarbeiten. Bei einem Empfang können die Jugendlichen bereits erste Kontakte mit Politiker/innen knüpfen. Der zweite Tag beginnt mit der Gruppenfindung. Die Schüler/innen müssen sich entscheiden, welchem "Klub" sie angehören wollen. Dabei handelt es sich aber um fiktive Klubs, die von den Jugendlichen selbst gegründet werden.²⁰⁶

Vor der Mittagspause finden Klub- und Ausschusssitzungen statt. In den Klubs diskutieren die Schüler/innen, wofür sie stehen und welche Meinungen sie vertreten. Natürlich wird auch besprochen, wie die anderen Klubs denken könnten. Nach der Pause beginnt die zweite Runde der Klub- und Ausschusssitzungen. Reden für das Plenum werden vorbereitet, ein mögliches Vorgehen bei der Diskussion mit den anderen Klubs wird besprochen. Nach den Sitzungen geht es ins Plenum, wo die Jugendlichen ihre Reden halten und miteinander die Gesetzesvorlage diskutieren. Ob die Gesetzesvorlage angenommen oder abgelehnt wird, wird bei der Schlussabstimmung entschieden.²⁰⁷

Die Jugendlichen werden bei ihrer Arbeit auch von Politiker/innen unterstützt. Sie geben professionelles Feedback und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung. Für die Bewerbung müssen die Jugendlichen ihre Kreativität spielen lassen. Zum Thema "Was bedeutet Demokratie für euch?" ist alles möglich und erlaubt. Fotos, Videos, Texte, Bilder,... . (www.reininsparlament.at).²⁰⁸

Kinderflohmarkt:

Zielgruppe/n: Kinder und Jugendliche

Begründung des Handlungsbedarfes:

Zur Sicherung des Fortbestehens der SPÖ ist es erforderlich, bereits Kinder und Jugendliche mit sozialdemokratischem Denken und Handeln vertraut zu machen, damit diese in späteren Jahren gemeinsame sozialdemokratische Werte und Haltungen vertreten können. Weiters ist es möglich, mit den Begleitpersonen ins Gespräch zu kommen.

²⁰⁶ Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Jugendparlament: <http://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/JP/>.

²⁰⁷ Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Jugendparlament: <http://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/JP/>.

²⁰⁸ Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Jugendparlament: <http://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/JP/>.

Das vielfältige soziale Gefüge in Sandleiten ist eine besondere Herausforderung, die durch das Zusammentreffen von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen an Dynamik gewonnen hat und andere Erfordernisse an alle stellt. Der Kinderflohmarkt soll dazu beitragen, dass das Zusammenleben miteinander und das Verständnis füreinander gestärkt wird und trotz aller Unterschiedlichkeiten die verbindenden Gemeinsamkeiten füreinander genutzt werden können.

Weiters besteht Handlungsbedarf in der Bereitstellung von Unterstützungs- und Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche direkt in deren Wohnumfeld, da diese jungen Menschen den Zugang zu örtlich entfernteren Einrichtungen und Organisationen aus Gründen ihrer familiären Rahmenbedingungen oftmals nicht wahrnehmen können. Wesentlich für die Kinder ist die Möglichkeit, ihr – zumeist wenig umfassendes – Taschengeld aufzubessern.

Konzept:

Da sich die SPÖ Sandleiten der Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen verschrieben hat, wird das organisatorische Umfeld zur Abwicklung des Kinderflohmarktes kostenlos zur Verfügung gestellt. Das beinhaltet insbesondere, dass keine „Tischgebühren“ verlangt werden und die Kinder mit Getränken und Broten kostenlos versorgt werden. Die Begleitpersonen können das Getränke- und Speisenangebot gegen eine Aufwandsentschädigung in Anspruch nehmen.

- **Spiel- und Bastelstube:**

Zielgruppe/n: Kinder zwischen 6 und 14 Jahren

Begründung des Handlungsbedarfes:

Einerseits zum Aufbau einer Bindung an sozialdemokratische Werte und Haltungen und andererseits als strukturierte Möglichkeit, dass Kinder aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen den Umgang miteinander wahrnehmen.

Konzept:

„Beim Spielen lernen“ ist die wesentliche Ausrichtung der Spiel- und Bastelstube. Wir bieten jeden zweiten Samstag am Nachmittag durch eine diplomierte Kindergartenpädagogin Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 14 Jahren, die aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen stammen, eine regelmäßige und betreute Möglichkeit, um spielerisch trotz aller Unterschiedlichkeit zueinander finden zu können und Verständnis füreinander zu entwickeln.

Kommunikationsprogramm „Sandleiten begegnen“

Medien spielen sowohl als Methode und zugleich als Thema politischer Bildung eine wichtige Rolle. Zur Kommunikation von politischen Inhalten wie auch zur Ankündigung von Zusammenkünften und Veranstaltungen haben wir das Kommunikationsprogramm „Sandleiten begegnen“ erarbeitet, das die derzeit zur politischen Arbeit bzw. politischen Bildung im Einsatz befindlichen Medien aufzeigt.

Aus der Sicht einer politischen Partei sind vor allem handlungsorientierte Methoden zielführend, die an Ereignissen bzw. am unmittelbaren Alltag von Bürger/innen anknüpfen. Derzeit im Vordergrund stehen die Pro und Contra-Debatte, die Gruppenarbeit und das eigenständige Ausprobieren und Gestalten im Sinne von "learning bei doing" sowie die Textarbeit. Erfahrungsgemäß zeigt sich, dass Einfachheit und Klarheit in der Methodik die bestgeeignete Methode darstellt.

- Der Rote Bote Sandleiten, Zeitung der SPÖ Sandleiten
- Internetauftritt SPÖ Sandleiten: www.sandleiten-in-ottakring.at
- Schaukästen der SPÖ Sandleiten, Renovierung 2011
- Die Rote Post der SPÖ Sandleiten
- SPÖ Sandleiten im Österreich Magazin
- Elektronischer Versand von Informationen
- Verteilaktionen und Flugblätter
- Rundbrief der Bezirksorganisation Ottakring
- Einbindung von Sozialdemokrat/innen und weiteren Interessierten
- Zusammenarbeit und Abstimmung von gemeinsamen Maßnahmen mit anderen
- Das politische Gespräch / Pro und Contra-Debatte: *vgl. Kategorie Staat und Religion, Seite 85*
- Das politische Referat: *vgl. Kategorie Staat und Religion, Seite 85*
- Veranstaltungen mit dem BSA Ottakring: *vgl. Kategorie Staat und Religion, Seite 85*

Der Rote Bote Sandleiten – die neue Zeitung der SPÖ Sandleiten

„Der Rote Bote Sandleiten“ ist die neue Sektionszeitung der SPÖ Sandleiten, die – gemeinsam mit dem Internetauftritt der SPÖ Sandleiten – das Herzstück unserer Öffentlichkeitsarbeit darstellt. Der Rote Bote Sandleiten erschien im Mai 2011 das erste Mal.

Die Zeitung ist in der Form strukturiert, dass mit dem Editorial der politische Weg der Sozialdemokratie in Sandleiten dargestellt wird, auf der letzten Seite ein kompakter Überblick über die politischen Maßnahmen und Veranstaltungen zu finden und auf den verbliebenen Seiten Aktuelles zu lesen ist. Wichtig ist uns auch die Vorstellung von Mitgliedern der SPÖ Sandleiten, die mit ihren Statements ihre politische Positionierung setzen und unseren gemeinsamen Weg festigen.

Der Rote Bote Sandleiten wird vor allem an die rund 1600 Wohnungen im Sandleitenhof – und aus Kostengründen von den Sektionsmitarbeiter/innen „händisch“ - verteilt.

Internetauftritt SPÖ Sandleiten: www.sandleiten-in-ottakring.at

Unser Internetauftritt bietet Interessierten sowohl einen Überblick und Informationen über die SPÖ Sandleiten und unsere Veranstaltungen und andererseits die Möglichkeit, mit uns in Kontakt zu treten und sich zu beteiligen.

Renovierung der Schaukästen der SPÖ Sandleiten

Die Renovierung der Schaukästen war unser „Sommer-Projekt 2011“.

Die Rote Post der SPÖ Sandleiten

Eine weitere Möglichkeit, mit Mitgliedern und Interessierten den persönlichen Kontakt zu fördern und zu verstärken, sind individuelle Gesten durch die SPÖ Sandleiten und z.B. zu Geburtstagen, Jubiläen oder zu anderen, für Menschen wichtigen Ereignissen zu gratulieren oder Nachrichten zu hinterlassen. Dafür hat ein Mitarbeiter der SPÖ Sandleiten mit dem Brunnen vor der Bibliothek ein Bild mit einem Motiv aus dem Sandleitenhof gestaltet, das für Bewohnerinnen und Bewohner ein bekanntes und beliebtes Symbol Sandleitens darstellt. Dieses künstlerisch interessante Detail der Architektur des Sandleitenhofes gestaltet den Vorplatz zur Bibliothek und zeigt die Fassade der Bibliothek mit barock-ähnlichen Elementen und Kandelaber. Der Brunnen ist mit der Bronzefigur eines Knaben im Puttostil geschmückt, der im Arm Bücher trägt.

SPÖ Sandleiten im Österreich Magazin

Besonders gefreut haben wir uns, als im April 2011 das „Österreich Magazin“ angefragt hat, ob wir unsere Basisarbeit im nächsten „Österreich Magazin“ vorstellen möchten. Wir haben die Sektion Sandleiten, besondere „Wahrzeichen“ dieses traditionellen Gemeindebaues gezeigt und ein angenehmes Gespräch zu unserer ehrenamtlichen Arbeit geführt, das in der Ausgabe 4/2011 veröffentlicht wurde.

Elektronischer Versand, Verteilaktionen und Flugblätter

Einerseits nehmen wir natürlich an den von der Bezirksorganisation Ottakring vorgesehenen politischen Aktivitäten teil, worunter auch Verteilaktionen (z.B. Nelken) und Flugblätter (z.B. zur Teilnahme am Bildungsvolksbegehren) gehören.

Andererseits bewerben wir die Sektions-Aktivitäten auf diese Weise, um die Bekanntheit dieser neuen Maßnahmen für die Sandleitner/innen zu steigern und die Frequentierung weiter zu erhöhen.

Rundbrief der Bezirksorganisation Ottakring

All unsere Veranstaltungen und anderen politischen Maßnahmen werden im elektronischen Rundbrief der Bezirksorganisation regelmäßig veröffentlicht und so den Genoss/innen im Verteiler der SPÖ Ottakring zugänglich gemacht.

Einbindung von Sozialdemokrat/innen außerhalb von Sandleiten und weiteren Interessierten

Wichtig ist uns, dass unsere Informationen einem möglichst umfassenden Kreis an interessierten Personen zur Verfügung stehen. Im vergangenen Jahr konnten wir erfreulicherweise einen Pool an weiteren E-Mail- und Post-Adressen aufbauen, an die wir regelmäßig unsere Informationen übermitteln und auf diese Weise mit bisher nicht teilnehmenden Personen in Kontakt kommen konnten.

Zusammenarbeit und Abstimmung von gemeinsamen Maßnahmen mit anderen

Wesentlich für unsere politische Arbeit ist die Zusammenarbeit mit anderen, den sozialdemokratischen Werten verbundenen Personen und Organisationen. Das ist uns auch schon letztes Jahr gelungen: wir arbeiten mit Menschen zusammen, die nicht SPÖ-Mitglieder im traditionellen Sinne sind, die sozialdemokratische Werte jedoch teilen und bei ein- oder mehreren Projekten mitarbeiten.

Das politische Gespräch: *vgl. Kategorie Staat und Religion, Seite 85*

Das politische Referat: *vgl. Kategorie Staat und Religion, Seite 85*

Veranstaltungen mit dem BSA Ottakring: *vgl. Kategorie Staat und Religion, Seite 85*

6. Reflexion und Ausblick

Reflexion und Ausblick beziehen sich auf die Zusammenführung der Erkenntnisse aus den Punkten 1.-5. der Master Thesis einerseits zu einem Profil eines interkulturellen politischen Humanismus, andererseits zu dem Kompetenz-Strukturmodell in der politischen Basisarbeit sowie zu einem Ausblick, wobei weiterführende Überlegungen eine vertiefenden Entwicklung des Kompetenz-Strukturmodells beschreiben.

6.1. Profil eines interkulturellen politischen Humanismus

In der Geschichte des Humanismus hat es immer wieder Versuche gegeben, humanistische Werte festzulegen.²⁰⁹ Die entstandene gesellschaftliche Dynamik durch Globalisierung und Interkulturalität stellt den Humanismus jedoch vor die Herausforderung, allgemeingültige Werturteile über die Grenzen der eigenen Kultur hinweg zu finden. Allgemein gültige und allgemein verständliche Werturteile, die sich auf alle Menschen beziehen und für alle – unabhängig von ihrer religiösen, ethnischen oder anderen Bindung – tauglich sind und angenommen werden können, ist die Herausforderung eines interkulturellen politischen Humanismus. Ein realitäts- und praxisnaher Humanismus ist meiner Ansicht nach einerseits von durch Jahrtausende überdauernden Werten (historische Wertebasis) geprägt, andererseits durch Werte, die sich aus der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung (aktuelle Wertebasis) ergeben.

Die voranstehenden Ausführungen der Master Thesis münden in das Profil des interkulturellen, politischen Humanismus für das Europa der Gegenwart und Zukunft, der von den Erfordernissen nach unverrückbaren gemeinsamen Grundwerten und den universell verpflichtenden Menschenrechten in einer globalisierten Welt, in der die einzelnen Nationen von Interkulturalität geprägt sind, umfasst ist.

Im Kern geht es um den Bestand der Demokratie, Gleichberechtigung der Geschlechter und Freiheitsrechte für alle Mitglieder dieser Gesellschaft und Chancengleichheit für alle Menschen.²¹⁰ Ausgegangen wird vom einzelnen Individuum, das ein autonomes und selbstbestimmtes Leben führt und die Bereitschaft hat, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

Der dafür erforderliche interkulturelle Dialog kann aus verschiedenen Gründen erfolgen, der übergeordnete Zweck ist jedoch die Anerkennung der Menschenrechte, der

²⁰⁹ Groschopp, H. (2000), 6:
http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf.

²¹⁰ Ates, S. (2006), 26.

Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit²¹¹ durch alle in einer Nation oder einem Nationenverband lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft, Kultur und religiöser Zugehörigkeit. Aus meiner Sicht geht es darum, die Grundwerte der europäischen Gesellschaft deutlich klarzulegen und zu vermitteln, dass diese nicht verhandelbar sind und das durch entsprechende gesetzliche Regelungen und politische Bildung zu verdeutlichen.

Der „traditionelle“ Humanismus ist durch die aktuelle Wertebasis und die gesellschaftlichen Voraussetzungen in dem Sinne zu erweitern, dass die nationale Reichweite der Menschheitsvorstellungen im Humanismus, die sich letztlich am Paradigma Europas und des Westens orientiert, zu reflektieren ist und nicht-westliche Kulturen in Überlegungen zum Humanismus mit einzubeziehen sind. Wesentlich ist weiters, die menschenverachtenden Erfahrungen des 20./21. Jahrhunderts der (außer-)europäischen Gegenwart deutlich anzusprechen und einen realistischen Praxisbezug herzustellen: Ein Humanismus, der sich mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit – auch mit einem religiösen Bezug - nicht auseinandersetzt und klar Stellung bezieht, lässt sich nicht plausibel vermitteln.

Nach meinem Verständnis stehen die folgenden Kriterien in einem interkulturellen Dialog nicht zur Disposition, sondern bilden die Grundwerte für das Profil eines universell interkulturellen politischen Humanismus. Die vorangegangenen Ausführungen dieser Arbeit fasse ich kompakt zu einer Werteübersicht (in alphabetischer Reihenfolge) zusammen, einerseits die historische, bis heute überdauernden Wertebasis im Humanismus und andererseits die zur historischen Wertebasis hinzukommenden aktuellen Werte, die vor allem in gegenwärtigen und voraussichtlich zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen begründend sind.

Der Leitsatz für die Bestimmung des Profils lautet: „*The democratic values ... are universal; they are not distinctively European.*“²¹²

Historische Wertebasis

- Bildung;
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- Freiheit und Freiheitsrechte;
- Menschsein des Menschen;
- Sekularität.

²¹¹ Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 9 (47): <http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

²¹² Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 7. <http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf>.

Aktuelle Wertebasis und gesellschaftliche Voraussetzungen (zusätzlich)

- Alphabetisierung der Weltgemeinschaft;
- Bildung, politisch und ökonomisch;
- Charta der Grundrechte der EU
- Dialog;
- Globalisierung;
- Humanismus, militärischer;
- Interkulturalität;
- Internationalität;
- Leitkultur;
- Mobilität;
- Politik;
- Qualifizierung;
- Solidarität;
- Sicherheit;
- Gesellschaftsstruktur, sozial;
- Sprache, gemeinsame;
- Toleranz;
- Werte, unteilbar und universell.

Diese Werte sind Ausgangsbasis für das unter Punkt 6.2. beschriebene didaktisch-methodische Modell und der Übertragung dieser Werte in Kompetenzen.

6.2. Kompetenz-Strukturmodell in der politischen Basisarbeit, Themenfeld: Interkultureller politischer Humanismus

Das theoretische Modell baut auf dem im Zuge dieser Master Thesis unter Punkt 6.1 erarbeitete „Profil eines universell interkulturellen politischen Humanismus“ auf und bildet die Ausgangsbasis für das zu entwickelnde didaktisch-methodische Modell zur politischen Bildung der SPÖ Sandleiten im Themenfeld „Interkultureller politischer Humanismus“.

Herangezogen wird das für den schulischen Unterricht entwickelte Kompetenz-Strukturmodell für politische Bildung²¹³, das wesentlich durch die Übertragung der unter Punkt 6.1. bezeichneten Werte in Kompetenzen begründet und ausgestaltet wird.

²¹³ Krammer, R.; Kühberger, Ch.; Windischbauer, E. et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen; veröffentlichtes Manuskript des BMUKK. Wien 2008, 3.
http://www.phsalzburg.at/fileadmin/PH_Dateien/Politische_Bildung_Windischbauer/KompetenzmodellKurzU undLangversion.pdf.

Das Kompetenz-Strukturmodell für politische Bildung benennt jene Kompetenzbereiche, die im besonderen Maße durch politische Bildung forciert werden sollen. Die Vermittlung von politischer Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz steht im Zentrum.²¹⁴ Ziel einer kompetenzorientierten Ausrichtung von politischer Bildung im Zuge der politischen Arbeit ist ein (selbst)reflexives Politik- und Gesellschaftsbewusstsein, das in besonderer Weise über die praktische politische Arbeit aufgebaut wird, wobei nicht vorrangig der Erwerb eines enzyklopädischen Wissens steht.²¹⁵

Folgend führe ich für die oben benannten vier Kompetenzbereiche im Kompetenz-Strukturmodell Beispiele aus den politischen Maßnahmen der SPÖ Sandeuten hinsichtlich der Übertragung von Werten in Kompetenzen an:

- **Politische Urteilskompetenz**

Darunter werden jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, selbstständig Urteile zu treffen und fremde Urteile zu hinterfragen.

Notwendige Teilkompetenzen sind daher u.a. die Qualitätsprüfung der Urteile, das Miteinbeziehen von Folgen und Auswirkungen von Urteilen.²¹⁶

Übertragung von Werten in Urteilskompetenz, Beispiel:

Wert: Interkulturalität

Beurteilung der Entscheidung die SPÖ Sandeuten auch für Menschen aus anderen Herkunftsländern als aus Österreich kommend zu öffnen; Diskussion über die mögliche Entwicklung der SPÖ, wenn Interkulturalität zugelassen bzw. nicht zugelassen wird.

- **Politische Handlungskompetenz**

Darunter werden jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, politische Konflikte auszutragen, eigene politische Positionen zu artikulieren, politische Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen, sowie an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken.

²¹⁴ Krammer, R.; Kühberger, Ch.; Windischbauer, E. et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen; veröffentlichtes Manuskript des BMUKK. Wien 2008, 3ff.
http://www.phsalzburg.at/fileadmin/PH_Dateien/Politische_Bildung_Windischbauer/KompetenzmodellKurzU ndLangversion.pdf.

²¹⁵ Krammer, R.; Kühberger, Ch.; Windischbauer, E. et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen; veröffentlichtes Manuskript des BMUKK. Wien 2008, 3.
http://www.phsalzburg.at/fileadmin/PH_Dateien/Politische_Bildung_Windischbauer/KompetenzmodellKurzU ndLangversion.pdf.

²¹⁶ Krammer, R.; Kühberger, Ch.; Windischbauer, E. et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen; veröffentlichtes Manuskript des BMUKK. Wien 2008, 3.
http://www.phsalzburg.at/fileadmin/PH_Dateien/Politische_Bildung_Windischbauer/KompetenzmodellKurzU ndLangversion.pdf.

Dazu gehört z.B. Kompromissbereitschaft, Toleranz, Akzeptanz, Konfliktfähigkeit, Kontaktaufnahme mit Institutionen bzw. Personen der politischen Öffentlichkeit, Nutzung von Angeboten unterschiedlichster Organisationen.²¹⁷

Übertragung von Werten in Handlungskompetenz, Beispiel:

Wert: Toleranz

Im Zuge des „interkulturellen Frühstücks“ treffen Bewohner/innen des Sandleitenhofes aus unterschiedlichen Herkunftsländern einander und bringen traditionelle Speisen aus deren Ursprungsländern mit. Ziel ist einerseits eine nachhaltige Kommunikationsstruktur zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer herzustellen und „Neues bzw. Anderes“ (Verhaltensweisen, Speisen, Sprachen ...) zuzulassen.

- **Politikbezogene Methodenkompetenz**

Darunter werden jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, über jene Verfahren und Methoden zu verfügen, die dazu beitragen, fertige Manifestationen des Politischen (u.a. TV-Beiträge, Reden von Politiker/innen, Ergebnisse von Meinungsumfragen, Berichte etc.) zu verstehen und zu hinterfragen, sowie eigene Manifestationen aufzubauen, um die eigene politische Willensäußerung zu unterstützen.²¹⁸

Übertragung von Werten in Methodenkompetenz, Beispiel:

Wert: Alphabetisierung der Weltgemeinschaft

SPÖ Sandleiten organisiert regelmäßig politische Gespräche, politische Referate oder Veranstaltungen mit dem BSA Ottakring. Diese sollen einen Überblick hinsichtlich aktueller Themen geben und zur kompetenten Diskussion anregen. Ebenso versinnbildlicht die Zeitung der SPÖ Sandleiten, dass Methodenkompetenz angeeignet wurde.

- **Politische Sachkompetenz**

Darunter werden jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, Kategorien und die ihnen innewohnenden Konzepte des Politischen zu verstehen, über sie verfügen zu können sowie sie kritisch weiterentwickeln zu können.

²¹⁷ Krammer, R.; Kühberger, Ch.; Windischbauer, E. et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen; veröffentlichtes Manuskript des BMUKK. Wien 2008, 3.
http://www.phsalzburg.at/fileadmin/PH_Dateien/Politische_Bildung_Windischbauer/KompetenzmodellKurzU ndLangversion.pdf.

²¹⁸ Reinhard Krammer/Christoph Kühberger/Elfriede Windischbauer et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen (im Original veröffentlichtes Manuskript des BMUKK). Wien 2008.
http://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/Kompetenzmodell_Politische_Bildung.pdf.

Dazu gehört es u.a. die Alltagssprache von einer Fachsprache zu unterscheiden, Fachtermini konstruktiv und kritisch einzusetzen.²¹⁹

Übertragung von Werten in Sachkompetenz, Beispiel:

Wert: Gemeinsame Sprache

Erst durch den Spracherwerb wird die aktive, gestaltende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich. Sprache ist das wichtigste Medium der Kommunikation und ein zentraler Bestandteil sozialer Integration. Die Volkshochschule Ottakring forciert Deutschkurse im Gemeindebau, direkt im Lebensumfeld von Teilnehmer/innen und stellt weitreichende finanzielle Unterstützung zur Verfügung.

Nachstehend wird das Kompetenz-Strukturmodell in der politischen Basisarbeit mit dem Anspruch der Vermittlung von politischer Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz zum Themenfeld universell interkultureller politischer Humanismus mit den unterlegten Werten und Voraussetzungen, Kategorien, Maßnahmen sowie Methoden und Medien als kompakte Übersicht dargestellt.

²¹⁹ Reinhard Krammer/Christoph Kühberger/Elfriede Windischbauer et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen (im Original veröffentlichtes Manuskript des BMUKK). Wien 2008. http://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/Kompetenzmodell_Politische_Bildung.pdf.

Sozialdemokratische politische Bildung
Kompetenz-Strukturmodell in der politischen Basisarbeit

Themenfeld:	Interkultureller politischer Humanismus					
Werte und Voraussetzungen:	Alphabetisierung, Bildung, Charta der Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Dialog, Freiheit und Freiheitsrechte, Globalisierung, Interkulturalität, Internationalität, Leitkultur, Menschsein des Menschen, militärischer Humanismus, Mobilität, politische und ökonomische Bildung, Qualifizierung, Sekularität, Solidarität, soziale Gesellschaftsstruktur, Sicherheit, Sprache, Toleranz, unteilbare und universelle Werte.					
Vermittlung von ...	politischer Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz					
Kategorien:	Informationen	Staat / Religion	Zusammenleben	Sprache	Frauen	Kinder und Jugendliche
Maßnahmen:	Kompetenz für Sandleitungen: <ul style="list-style-type: none"> • Beratungen für Bewerbungen am Arbeitsmarkt • Recht für Linke • Frag Felix • Steuerinformation 	<ul style="list-style-type: none"> • Das politische Gespräch • Das politische Referat • Veranstaltungen mit dem BSA Ottakring 	<ul style="list-style-type: none"> • Interkulturelles Frühstück • Interkulturelles Rotes Cafe • Roter Frühling / Roter Herbst • Sommerfest am Matteottiplatz • Nähstube 	<ul style="list-style-type: none"> • VHS Ottakring / SPÖ Sandleitungen: „Deutsch im Alltag“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Unternehmungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratiewerkstatt (Parlament) • Jugendparlament (Parlament) • Kinderflohmarkt • Spiel- und Bastelstube
Maßnahmen:	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunikationsprogramm „Sandleitungen begegnen“: <ul style="list-style-type: none"> ○ Das persönliche Gespräch ○ Der „Rote Bote Sandleitungen“, Zeitung der SPÖ Sandleitungen ○ Internetauftritt SPÖ Sandleitungen: www.sandleiten-in-ottakring.at ○ Renovierung der Schaukästen der SPÖ Sandleitungen ○ Die Rote Post der SPÖ Sandleitungen ○ SPÖ Sandleitungen im Österreich Magazin 			<ul style="list-style-type: none"> ○ Elektronischer Versand von Informationen ○ Verteilaktionen und Flugblätter ○ Rundbrief der Bezirksorganisation Ottakring ○ Einbindung von Sozialdemokrat/innen und weiteren Interessierten ○ Zusammenarbeit und Abstimmung von gemeinsamen Maßnahmen mit anderen ○ Politische Gespräche, Referate, Veranstaltungen 		
Medien / Methode:	siehe insb. das Kommunikationsprogramm „Sandleitungen begegnen“ sowie Pro und Contra-Debatte, Gruppenarbeit, eigenständiges Ausprobieren und Gestalten, Textarbeit.					
<i>Kategorie neu 2013:</i>	<i>Team Mitarbeiter/innen</i>	<i>Nationalratswahl 2013</i>	<i>Qualifizierung für Frauen (WAFF und SPÖ Sandleitungen)...</i>	<i>Marktplatz</i> <i>Matteottiplatz</i>		...

Maßnahmen:

noch zu definieren

6.3. Ausblick

Im Ausblick werden exemplarisch weiterführende Überlegungen hinsichtlich einer vertiefenden Entwicklung des Kompetenz-Strukturmodells beschrieben. Dazu werden vor allem anhand der Erfahrungen aus der politischen Basisarbeit einerseits die Ausarbeitung eines politischen Positionspapiers und andererseits konkrete nächste Schritte in der Weiterentwicklung des Kompetenz-Strukturmodells aufgezeigt. Dazu werden die Kategorien "Ideologie bzw. Struktur und Organisation", "zukünftige Erfordernisse und Maßnahmen" und "weiterführende theoretische Argumentation" gebildet.

Ideologie bzw. Struktur und Organisation

- Ausarbeitung einer sozialdemokratischen politischen Position zum Profil eines universell interkulturellen politischen Humanismus für ein/das sozialdemokratisches Programm.
- Erarbeitung wesentlicher aktueller Ereignisse und gesellschaftspolitischer Entwicklungen, die eine Veränderung der Sozialdemokratie bewirken bzw. in den vergangenen Jahren bewirkt haben sowie Darstellung der wahrscheinlichen Auswirkungen auf die Sozialdemokratie der Zukunft.
- Erarbeitung von konkreten Maßnahmen für die Sektionsarbeit der Zukunft. Das Konzept der Sektionsarbeit der SPÖ im traditionellen Sinn ist überholt. Eine Diskussion über die Weiterentwicklung der Struktur und der Aufgaben der Sektionen wird innerparteilich zu führen sein, wobei die Sektion Sandeuten mit der gewählten Vorgehensweise in den letzten beiden Jahren einen neuen, erfolgsversprechenden und zukünftigen Weg geht.

Natürlich bezieht sich das Erfordernis der Diskussion über die Struktur nicht nur auf die organisatorische Ebene der Sektionen, sondern betrifft die gesamte Partei. In dieser Arbeit wird darauf jedoch nicht weiter eingegangen.

Zukünftige Erfordernisse und Maßnahmen

Sozialdemokratische Werte und Interkulturalität stehen im Zentrum der politischen Arbeit und der politischen Bildung durch die SPÖ Sandeuten in Ottakring.

Grundsätzlich hat sich der eingeschlagene Weg in den vergangenen zwei Jahren als stimmig erwiesen, den es fortzusetzen und zu verstärken gilt. Das bedeutet die Vertiefung und die weitere Konkretisierung des Kompetenz-Strukturmodells in der politischen Basisarbeit durch weitere Maßnahmen, die einerseits aufgrund aktueller

Gegebenheiten erforderlich sind und andererseits die politische Ausrichtung der SPÖ Sandleiten unterstützt; z.B.:

- Vorbereitung von politischen Maßnahmen für den Wahlkampf zu den Nationalratswahlen 2013.
Weiters ist die SPÖ Sandleiten Wahllokal für politische Sprengel in Ottakring, wobei auch Mitarbeiter/innen der Sektion als Beisitzer am Wahltag tätig sind und dazu organisatorische Vorbereitungen erforderlich sind.
- Im folgenden Jahr wird die Kategorie „Team“ im Kompetenz-Strukturmodell aufgenommen werden. Darunter sind Maßnahmen, die Mitarbeiter/innen der SPÖ Sandleiten betreffend, zu verstehen. Von großer Bedeutung wird die strukturierte Suche und das konkret Finden von Personen sein, die – möglicherweise lediglich für einzelne Projekte oder Maßnahmen – mitarbeiten möchten. Wir haben schon jetzt Erfolg, dass wir für die Mitarbeit nicht Parteimitgliedschaft, jedoch die – durchaus kritische - Identifikation mit sozialdemokratischen Werten voraussetzen und so Mitwirkende finden konnten.
- Verstärkung des politischen Gespräches bzw. der politischen Referate durch interkulturelle Gäste unterschiedlichen politischen Zugangs;
- Bereitstellung von Angeboten zur Information über Staatsaufbau, Funktionsweise von Demokratien usw.;
- Gemeinsame Erarbeitung von Informationen aus den verschiedenen Herkunftsländern durch die zugewanderten Menschen und herstellen eines Bezuges zu Österreich;
- Gemeinsame Erstellung eines internationalen Kochbuches (Wunsch der teilnehmenden interkulturellen Frauen in Sandleiten).

Weiterführende theoretische Argumentation

- Ein Bezugsrahmen für eine europäische politische Bildung wurde durch die EU etabliert, an dem sich die verschiedenen nationalen Akteure unabhängig voneinander orientieren können.
Die Institutionalisierung der europäischen politischen Bildung wäre zur Erlangung einer inhaltlich koordinierten und nachhaltigen Ausrichtung auf europäischer Ebene zielführend.
- Humanismus war von Anbeginn an von zwei sozialen Ideen durchdrungen: der unbedingten Gleichheit der Menschen und der „Barmherzigkeit“ allen Menschen gegenüber.

Aktuell zeigen sich Bestrebungen von Humanistenverbänden an einem „Humanistischen Sozialwort“ zu arbeiten. Damit wird verstärkt eine soziale Komponente in die Diskussion um den Humanismus gebracht und von der ursprünglichen Anbindung der (Aus-)Wirkungen auf privilegierte Menschen in einer Gesellschaft abgegangen.

- Wie kann es gelingen, die „dritte Konfession“²²⁰ anzusprechen und diese als Bekenntnis- und Weltanschauungsverbund und Alternative zu positionieren, ohne Humanismus für sich allein zu reklamieren.
- Die Befürwortung einer stärkeren Betonung des Sozialen im Humanismus spiegelt sich auch in der politischen Arbeit der SPÖ Sandleiten wider. Wird Politik in einem weiteren Sinne als Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen verstanden, dann können die politischen Maßnahmen der SPÖ Sandleiten auch als soziale politische Arbeit verstanden werden. Damit ist der Zugang zu Menschen in der politischen Arbeit nicht nur funktional im Sinne einer Erhöhung des Wähleranteils ausgerichtet, sondern politische Basisarbeit in der SPÖ Sandleiten bedeutet auch Sozialarbeit.
- Erarbeitung, welche Potenziale und Hemmnisse der jeweiligen Religionen, um einem Universalismus zu unterstützen, der religionsübergreifend gültig ist, z.B.
 - die Bedeutung europäischer Rechtsvorstellungen für einen europäisch interkulturellen Humanismus; weiters ist von großer Bedeutung, in welcher Art und Weise Beiträge zur Entwicklung und Vertiefung einer leistungsfähigen, nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen funktionierenden Rechtsordnung im Islam geleistet werden können;
 - die konkrete Bedeutung und Auswirkungen der Anerkennung der weltanschaulichen Pluralität durch Trennung von Staat und Kirche, trotz – partieller - Beibehaltung kultureller Besonderheiten;
 - konkrete Maßnahmen, die seitens der europäischen Länder bzw. nicht-europäischen Länder zu setzen sind, um einen befruchtenden Dialog in Gang zu bringen.

²²⁰ Groschop, H. (2000), 16.

6.4 Zum Abschluss

Die SPÖ Sandeiten hat ihren Standort im Zentrum des **Sandleitenhofes**, mit der Adresse **Liebknechtgasse 34, Ecke Matteottiplatz, der an die Rosa Luxemburggasse** grenzt. Die Namen der Gassen und des Platzes zeigen in welchem Gedenken in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts diese größte Wohnanlage des kommunalen Wohnbaues in Wien erbaut wurde:

Rosa Luxemburg²²¹ (* 5. März 1871 als Rozalia Luksenburg in Zamo, Russisches Kaiserreich, heute Polen; † 15. Januar 1919 in Berlin) war eine bedeutende Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung und des proletarischen Internationalismus. Sie wirkte vor allem in der polnischen und deutschen Sozialdemokratie als marxistische Theoretikerin und Antimilitaristin. Gegen die Kriegsunterstützung der SPD gründete sie zu Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 die Gruppe Internationale und leitete mit Karl Liebkecht den daraus hervorgehenden Spartakusbund. Als politische Autorin verfasste sie zahlreiche zeitkritische Aufsätze und ökonomische Analysen: vor 1914 u. a. in der Leipziger Volkszeitung, bis 1918 auch in der Haft und während der Novemberrevolution als Herausgeberin der Zeitung Die Rote Fahne. Am Jahreswechsel 1918/19 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der KPD, deren Programm sie hauptsächlich verfasste. Nach der Niederschlagung des Spartakusaufstands wurde sie unter teils ungeklärten Umständen zusammen mit Karl Liebkecht von rechtsradikalen Freikorps-Soldaten ermordet. Ihre theoretische und praktische Arbeit für den Sozialismus, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, gegen Militarismus und Krieg wirkte weit über ihre Zeit und die Grenzen Deutschlands hinaus.

Karl Paul August Friedrich Liebkecht²²² (* 13. August 1871 in Leipzig; † 15. Januar 1919 in Berlin) war ein prominenter Marxist und Antimilitarist zu Zeiten des Deutschen Kaiserreiches. Seit 1900 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, war er von 1912 bis 1916 einer ihrer Abgeordneten im Reichstag, wo er den linksrevolutionären Flügel der SPD vertrat. Ab 1915 bestimmte er zusammen mit Rosa Luxemburg wesentlich die Linie der Gruppe Internationale. 1916 wurde er aufgrund seiner Ablehnung der Burgfriedenspolitik aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen und wenig später wegen „Kriegsverrat“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach

²²¹ Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Rosa_Luxemburg.

²²² Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Liebkecht.

etwa zwei Jahren Haft kam es knapp drei Wochen vor dem Ende des Ersten Weltkrieges zu seiner Freilassung. Nach seiner Amnestierung gründete Liebknecht am 11. November 1918 gemeinsam mit Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Hugo Eberlein und anderen die *Gruppe Internationale* – zunächst noch im Rahmen der USPD – als Spartakusbund neu. Am 9. November 1918 rief Liebknecht am Berliner Schloss eine „freie sozialistische Republik“ aus. Sein Konzept einer Räterepublik wurde von der Mehrheit im Reichsrätekongress zugunsten von allgemeinen Parlamentswahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung abgelehnt. Aus dieser ging nach seinem Tod die Weimarer Republik hervor. Zum Jahreswechsel 1918/19 war Liebknecht einer der Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kurz nach der Niederschlagung des Berliner Januaraufstands wurden er und Rosa Luxemburg von Freikorps-Offizieren ermordet.

Giacomo Matteotti²²³ (* 22. Mai 1885 in Fratta Polesine, 10. Juni 1924 nahe Rom) war ein italienischer Politiker und Generalsekretär des Partito Socialista Unitario (PSU), nach dem 1927 der Matteottiplatz (mit dem Matteottibrunnen) in der Wohnhausanlage Sandleiten als Zeichen der internationalen Solidarität im Kampf gegen den Faschismus benannt wurde. Matteotti war einer der schärfsten Kritiker Mussolinis. Er wurde am 10. Juni 1924 in Rom von Mitgliedern eines faschistischen Kampfbundes entführt und ermordet. Die Ermordung Matteottis durch italienische Faschisten im Jahr 1924 gilt als Beginn der Diktatur Mussolinis.

Während seines Jurastudiums an der Universität Bologna trat Matteotti dem PSI bei. Innerhalb der Partei war er umstritten, weil er Missstände wie Protektionismus und Arroganz der Funktionäre kritisierte und weil er einen reformistischen statt eines revolutionären Kurses verfolgte. Da er aber ein begabter Agitator war und häufig vor Arbeitern sprach, baute er sich eine tragfähige Anhängerschaft auf. 1919, 1921 und 1924 wurde Matteotti als Abgeordneter für die Region Ferrara in die *Camera dei Deputati* gewählt, eine der zwei parlamentarischen Kammern. Er wurde ebenfalls Generalsekretär des 1922 neugegründeten PSU, der sich vom PSI abgespalten hatte. Beunruhigt durch die zunehmenden Aktivitäten der Faschisten hielt er am 30. Mai 1924 eine flammende Rede, um vor der drohenden Gefahr für die

²²³ Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Giacomo_Matteotti.

Italienische Demokratie zu warnen. Am 10. Juni wurde er daraufhin von sechs *Squadristi* entführt und ermordet.

Das Verschwinden Matteottis und die Entdeckung seiner Leiche zwei Monate später 23 Kilometer nördlich von Rom führte zu einem deutlichen Stimmungswandel in großen Teilen der Bevölkerung. Die Mehrheit zweifelte nicht daran, dass hinter dem Mord die Faschisten steckten. Mussolinis durchaus vorhandene Popularität erlitt einen Einbruch. Seine politischen Gegner reagierten mit dem Auszug ihrer Abgeordneten aus dem Parlament.

Erst am 3. Januar 1925 gelang es Mussolini mit einer Rede vor dem Abgeordnetenhaus die Initiative zurückzugewinnen. Als Führer der Faschistischen Partei übernahm er in ihr die volle "moralische, politische und historische Verantwortung" für den Mord, ohne jedoch eine direkte Verbindung zu erwähnen. Der Aufforderung, ihn für das Verbrechen anzuklagen, kamen seine Gegner aufgrund der Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens nicht nach. Die so genannte *Matteotti-Krise* war ein Wendepunkt in der Politik Mussolinis. Versuchte er vorher noch in einem gewissen Maß mit den parlamentarischen Institutionen zusammenzuarbeiten, setzte er danach auf eine konsequente Unterdrückung der Opposition, Einschränkung der Pressefreiheit und den Aufbau der Geheimpolizei OVRA.

Von den sechs mutmaßlichen Mördern wurden drei im März 1926 zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits nach zwei Monaten von König Viktor Emanuel III. begnadigt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das Verfahren 1947 erneut aufgerollt und die noch lebenden drei Mörder zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.

7. Literatur und weitere Informationen zur politischen Bildung

... in der Master Thesis zitiert:

Adorf, M. in Lammert, N. (2006): Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unserer Gesellschaft zusammen hält. Hoffmann und Campe.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (2007): Stellungnahme zum Jahresthema 2008,1: http://www.adb.de/dokumente/stellungn_jt2008.pdf (26.7.2012).

Arbeitsmarktservice Österreich (2012): Arbeitsmarkt und Bildung: http://www.ams.at/docs/001_am_bildung_0312.pdf (10.5.2012).

Ates, S. in Lammert, N. (2006): Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unserer Gesellschaft zusammen hält. Hoffmann und Campe, 24-31.

Atzmüller, R. (2009): Aktivierung statt Vollbeschäftigung. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich, in Christoph Hermann, Roland Atzmüller (Hrsg.) Die Dynamik des „österreichischen Modells“, Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, 185-186.

Bernt, M. (2012). Internes Dokument, 1170 Wien, Neuwaldeggerstraße 38/3/1.

Bund Sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektuelle und Künstler: Unsere Geschichte: <http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/unsere-geschichte/> (10.9.2012).

Bund Sozialdemokratischer Akademiker/innen, Intellektuelle und Künstler: Historikerbericht: Die Rolle des Bundes Sozialistischer Akademiker (BSA) bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, <http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/unsere-geschichte/historikerbericht/> (10.9.2012).

Bundeszentrale für politische Bildung: Networking European Citizenship Education, NECE: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/nece/> (2.11.2012).

Büssers, P. (2007): Der Bildungsbegriff – eine kurze Erläuterung. Universität Köln, Erziehungswissenschaften: http://bildungsstreik-halle.de/wiki/images/c/c4/Essay_-_Der_Bildungsbegriff_WS_2006_2007.pdf (26.10.2012).

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur: Politische Bildung, http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml (5.9.2012).

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur: Geschichte des Schulwesens http://www.bmukk.gv.at/schulen/bw/ueberblick/Bildungswesen_-_Historis1555.xml#Ge (5.9.2012).

Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 118th Session of the Committee of Ministers, Strasbourg, 7 May 2008, CM(2008)30 final, 1-35. <http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf> (1. Oktober 2012).

Dachs, H. (2008): Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick. In 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich. Wien: Facultas.wuv Universitäts, 17-35.

Das Rote Wien: <http://www.dasrotewien.at> (4.9.2012).

Arbeiterbildungsvereine: <http://www.dasrotewien.at/arbeiterbildungsvereine.html>

Festschrift anlässlich des 40jährigen Bestandes des Arbeiter-Bildungsvereines Wien, 1907; Karl Frischauf, Die deutschen und österreichischen Arbeiterbildungsvereine und ihre Vorläuferorganisationen im 19. Jahrhundert, 2004; Martina Klenner, Der Stellenwert von Bildung in der Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung (1867 bis 1914), 1991; Dieter Langewiesche, Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik, 1980.

Bildungs- und Kulturarbeit: <http://www.dasrotewien.at/bildungs-und-kulturarbeit.html>.

Urania: <http://www.dasrotewien.at/urania.html>.

Verband der Wiener Volksbildung (VWV): <http://www.dasrotewien.at/verband-wiener-volksbildung-vwv.html>.

Volksbildungsheime: <http://www.dasrotewien.at/volksbildungsheime.html>

Gerhard Bisovsky, Arbeit & Bildung, 1987; ders., Eine Bilanz, aber kein Schlussstrich, 1938/1988, 1988; Gerhard Bisovsky und Christian Stifter (Hrsg.), "Wissen für alle". Beiträge zum Stellenwert von Bildung in der Demokratie, 1996; Elisabeth Brugger (Hrsg.), Die 3. Karriere. Ideen zur Gestaltung der reifen Jahre, 1996; dies., (Hrsg.), Engagement, Hobby oder Karriere?, 1991; dies., (Hrsg.), FrauenForschung. Wissenschaft ist (auch) "weiblich", 2003; Wilhelm Filla, Wissenschaft für alle – ein Widerspruch ?, 2001; Adolf Gaisbauer, Jüdische Volkshochschule in Wien 1934-1938, 1988; Albert Ganser, Lehren in der Erwachsenenbildung, 1990.

Volkshochschulen: <http://www.dasrotewien.at/volkshochschulen.html>

Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung, 1995–laufend (Vorgängerblatt: Mitteilungsblatt/Mitteilungen, seit 1990). Wilhelm Bründl, Eigenart und Entwicklung der Wiener Volkshochschulen, 1962; Wilhelm Filla (Hrsg.), Erwachsenenbildung in der Zwischenkriegszeit, 1999; Gerlinde Holliber, Die Wiener Volkshochschulen. Anspruch und Wirklichkeit, 2001; Christian Stifter (Hrsg.), Arbeiterbildung und Volkshochschule, 1995.

Wiener Städtische Bücherei: <http://www.dasrotewien.at/wiener-staedtische-buecherein.html>

Herbert Exenberger, Die Wiener Arbeiterbüchereien. Ihre Geschichte und ihre kulturellen Leistungen im Dienste der Wiener Volksbildung, 1968; Heimo Gruber, Bücher aus dem Schutt. Die Wiener Städtischen Büchereien 1945–1950, 1987; Alfred Pfoser, Literatur und Austromarxismus, 1980; ders., Die Wiener Städtischen Büchereien. Zur Bibliothekskultur in Österreich, 1994; Alfred Pfoser und Friedrich Stadler, Die verbrannten Bücher, 1983; Karin Steinlechner, Abschnürung und Weltoffenheit. Der Aufbau des Buchbestandes der Wiener Städtischen Büchereien nach 1945, 1995.

Wiener Schulreform: <http://www.dasrotewien.at/wiener-schulreform.html>

Oskar Achs und Eva Tesar (Hrsg.), Schule damals - Schule heute. Otto Glöckel und die Schulreform, 1985; Ortrun Burger, Moderne Pädagogik im Grundriß, dargestellt am Beispiele der österreichischen, insbesondere der Wiener Schulreform, 1929;

Otto Glöckel, Die österreichische Schulreform. Einige Feststellungen im Kampfe gegen die Schulverderber, 1923; ders., Drillschule, Lernschule, Arbeitsschule, 1928.

Der Spiegel (1999): Krieg für das gute Gewissen, 17/1999, 32-38 (Zeitschrift): <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=12771178&aref=image019/E9917/SP199901700320038.pdf&thumb=false> (17.10.2012).

Der Spiegel (3.4.2010): Mit leeren Händen, 74-83 (Zeitschrift).

Der Standard (2.5.2012): Interreligiöses Zentrum: Vertrauter des saudischen Königs an der Spitze: <http://derstandard.at/1334796781336/Wien-Interreligioeses-Zentrum-Vertrauter-des-saudischen-Koenigs-an-der-Spitze> (8.8.2012).

Der Standard (8.8.2012): Immer weniger Österreicher betrachten sich als religiös: <http://derstandard.at/1343744280750/Immer-weniger-Oesterreicher-betrachten-sich-als-religioes> (9.8.2012).

Der Standard (3.5.2012): Großmufti: "Zehnjährige Mädchen für die Ehe bereit": http://www.google.at/search?hl=de&q=Gro%C3%9Fmufti%3A+%22Zehnj%C3%A4hrige+M%C3%A4dchen+f%C3%BCr+die+Ehe+bereit%22&meta=&rlz=117ADRA_deAT403 (8.8.2012).

Der Standard (27.7.2012): Ungarns Premier will Wahlrecht ändern. <http://derstandard.at/1342947871565/Ungarns-Premier-will-Wahlrecht-aendern> (29.9.2012).

Der Standard (21.9.2012): Karikaturen, Koran-Verbrennungen und Anit-Islam-Filme: <http://derstandard.at/1347493196432/Karikaturen-Koran-Verbrennungen-und-Anti-Islam-Filme> (12.4.2012).

Der Standard (3.10.2012): Bischöfe mauern gegen Zölibat-Reform und Frauenweihe. <http://derstandard.at/1348284863521/Bischoefe-mauern-gegen-Zoelibat-Reform-und-Frauenweihe> (5.10.2012).

Der Standard (10.10.2012): Anschlag auf 14 jährige Friedensaktivistin: <http://diestandard.at/1348285526764/Anschlag-auf-14-jaehrige-Friedensaktivistin> (12.10.2012).

Die Presse (11.10.2012): Mädchentag: Jedem dritten Mädchen wird Bildung verwehrt. http://diepresse.com/home/panorama/1300097/Maedchentag_Jedem-dritten-Maedchen-wird-Bildung-verwehrt-?_vl_backlink=/home/index.do (11.10.2012).

Die Presse (11.10.2012): Wie leben Migranten? Eine Bestandsaufnahme. http://diepresse.com/home/panorama/wien/1300205/Wie-leben-Migranten-Eine-Bestandsaufnahme?_vl_backlink=/home/index.do (12.10.2012).

Die Presse (28.6.2012): Für Totalreform der Kirche: Schüller will Bischofs-Wahl, http://diepresse.com/home/panorama/religion/1260746/Fuer-Totalreform-der-Kirche_Schueller-will-BischofsWahl?_vl_backlink=/home/index.do (5.10.2012).

Die Presse (8.10.2012): 13./14. Gehalt: Experten für neue Steuern http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1298828/1314-Gehalt_Experten-fuer-neue-Steuern?_vl_backlink=/home/index.do (9.10.2012).

Die Presse (17.10.2012): Libyen: Neue Beweise für Mord an Gaddafi: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1302180/Libyen_Neue-Beweise-fuer-Mord-an-Gaddafi?_vl_backlink=/home/index.do (17.10.2012).

Die Welt (8.1.2012): Konzil ist Chance für mehr Partizipation in der Kirche: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13804078/Konzil-ist-Chance-fuer-mehr-Partizipation-in-der-Kirche.html> (27.8.2012).

Dohnal, E. (2011): Internes Dokument zu den politischen Maßnahmen der SPÖ Sektion Sandeleiten in Ottakring, Wien.

Education Highway IST (2002-2012): Untitled Document: <http://teacher.eduhi.at/sigi/html/Begriffsgeschichte.html> (13.11.2011).

Engel, Ch., Lewicki, R. (2005): Interkulturalität: Slawistische Fallstudien. Hrsg. von Engel, Ch. und Lewicki, R.; Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft: Slavica Aenipontana; Bd. 12): <http://www.uibk.ac.at/slawistik/pdf/interkvw.pdf> (26.10.2012).

Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration: Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=822&langId=de> (14.5.2011).

Feldbauer, F. (2004): „Europa“ in der schulischen politischen Bildung. Diplomarbeit. Universität Wien, 20.

Gemeinde Wien: Bezirksvertretungswahlen 2010, Download Rohdaten: <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/BV101/BV101-109.htm> (26.10.2012).

Gemeinde Wien: Wohnbevölkerung nach Religionsbekenntnis und Gemeindebezirken 2001: <http://www.wien.gv.at/statistik/lebensraum/tabellen/religion-bez.html> (9.11.2012).

Groschopp, H. (2000): Humanismus - Einführung und historische Zeitreise. Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland, Textarchiv TA-1998-3. Vortrag: teilweise entnommen aus: Humanismus und Kultur, Berlin 2000, – Humanismus-Theorie. Der Humanistische Verband und sein Selbstverständnis. In: humanismus heute, Berlin 2(1998)2, 21-27. http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Groschopp_Horst/Humanismus_Zeitreise_TA1998_3.pdf (11.8.2012).

Krainer, L.; Heintel, P. (2010): Prozessethik. Zur Organisation ethischer Entscheidungsprozesse, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hellmuth, T., Klepp, C (2010): Politische Bildung. Böhlau Verlag.

Hinterseer, T. (2011): Flexicurity in Österreich: Sozialpartnerschaft jurst renamed, 20-22.

Horlacher, R. (2011): Bildung, UTB 3522, Haupt Verlag.

Humanismusverband Deutschland: Humanistische Lebenskunde. Humanistische Bildung und Erziehung. <http://www.lebenskunde.de/3-humanistische-bildung-und-erziehung-0/> (27.8.2012).

Interessensgemeinschaft Politische Bildung (2012): Positionspapier zur außerschulischen politischen Bildung in Österreich: http://www.igpb.at/Positionen_files/igpb_positionspapier_AUSSERschulisch.pdf (14.4.2012).

Initiative „Laizität für Österreich“: Laizität: <http://www.laizismus.at/was-will-die-laizismus-initiative/> (23.7.2012).

Janda, A.; Vogl, M. (2010): Islam in Österreich, Österreichischer Integrationsfonds, 1-9:

http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/5_wissen/Islam_Reader/20100216_Islambuch_final.pdf (26.10.2012).

Johannes Gutenberg Universität Mainz: Interkulturalität: <http://www.zis.uni-mainz.de/106.php> (26.10.2012).

Krammer, R.; Kühberger, Ch.; Windischbauer, E. et al.: Die in der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen; veröffentlichtes Manuskript des BMUKK. Wien 2008, 1-14.

http://www.phsalzburg.at/fileadmin/PH_Dateien/Politische_Bildung_Windischbauer/KompetenzmodellKurzUndLangversion.pdf (26.10.2012).

Kulturwissenschaftliches Institut Essen (ohne Datum): Humanismus in der Epoche der Globalisierung – Ein interkultureller Dialog über Kultur, Menschheit und Werte. <http://www.kwi-humanismus.de/de/k83.Aktuelles.htm> (6.8.2012).

Kurier (16.10.2012): UNESCO: Weltgemeinschaft scheitert bei Bildung. <http://kurier.at/nachrichten/4515882-unesco-weltgemeinschaft-scheitert-bei-bildung.php> (16.10.2012).

Kühberger, Ch. (2009): Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Innsbruck/Wien: Studienverlag GmbH: <http://www.politischebildung.ch/schweiz-international/international/oesterreich/?details=1&cHash=c30579d6a20ee8b98e9f708375b5a677> (26.10.2012).

Lammert, N. (2006): Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unserer Gesellschaft zusammen hält. Hoffmann und Campe, 7.

Meyer, T. (2007): Religion und Politik. Ein neu belebtes Spannungsfeld, Abstract. In Kompass 2020: Deutschland in den internationalen Beziehungen. Zielen, Instrumente, Perspektiven. Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/044446.pdf> (14.4.2012).

Möller, P.: Humanismus: <http://www.philolex.de/humanism.htm#kap> (31.8.2012).

Mueller, V. (2000): 50 Jahre DFW und die Aufgaben der Zukunft. In: DFW (Hg.): 50 Jahre für Geistesfreiheit, Humanismus und Menschenrechte. Festschrift. Berlin 2000. <http://www.bfg-bayern.de/dragonfly/Content/pid=43.html> (27.8.2012).

ORF (11.4.2012): Ministerrat ratifiziert interreligiöses Zentrum in Wien: http://religionv1.orf.at/projekt03/news/1204/ne120411_zentrum.html (8.8.2012).

ORF (13.9.2012): Naturfreunde nicht mehr offiziell rot: <http://salzburg.orf.at/news/stories/2549809/> (11.9.2012).

ORF (3.10.2012): Mangelware akademischer Nachwuchs: <http://orf.at/stories/2140323/2140324/> (3.10.2012).

ORF (9.10.2012): Kurz wirft Schmied Blockade vor: <http://oe1.orf.at/artikel/319476> (9.10.2012).

Pelinka, A. (2006): Politische Bildung und Demokratie in Österreich. 53 f. In: G., Steininger, S. (Hrsg.) Schwalbach Wochenschau-Verlag: Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich.

Pfarrer Initiative: <http://www.pfarrer-initiative.at/> (Der Verein / Vereinsstatuten) (24.10.2012).

Popper, K. (1987): Zur Theorie der Demokratie, Essay in: Der Spiegel, Nr. 32, 54f; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13523345.html> (29.9.2012).

Profil (8.9.2012): Neun Gründe, warum die ÖVP die Wahl verlieren wird: <http://www.profil.at/articles/1236/560/341466/oevp-neun-gruende-oevp-wahl> (9.9.2012).

Profil (29.10.2012): Helden aus dem Orient: <http://www.profil.at/articles/1243/560/345091/islam-moderate-muslime-europa-stuehlen> (31.10.2012).

Rehfeld-Staudt, A.: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: Europa: <http://www.infoseiten.slpb.de/politische-bildung/europa/einfuehrung/europaeische-politische-bildung/> (2.11.2012).

Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Demokratiewerkstatt: <http://www.demokratiewerkstatt.at/18.html> (2.4.2012).

Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Jugendparlament <http://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/JP/> (2.4.2012).

Republik Österreich, Parlamentskorrespondenz Nr. 516/2012: Grünes Licht für "König Abdullah Dialogzentrum": http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0516/index.shtml (24.10.2012).

Republik Österreich: Parlamentskorrespondenz Nr. 543 vom 26.06.2012: Verfassungsausschuss stellt Weichen für „gläserne“ Parteikassen und Nr. 550 vom 27.06.2012: Nationalrat schnürt Transparenzpaket http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0543/index.shtml (11.9.2012) und http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0550/index.shtml (11.9.2012).

Republik Österreich (6.9.2012): Übereinkommen zur Errichtung des King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog, BGBl. III, Nr. 134 vom 6.9.2012, 1: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2012_III_134/COO_2026_10_0_2_787619.pdf (18.10.2012).

Republik Österreich (6.9.2012): Übereinkommen zur Errichtung des King Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog, Vorblatt zum BGBl. III, Nr. 134 vom 6.9.2012: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01743/fnameorig_249623.html (18.10.2012).

Rüsen, J., Laass, H. (2009): Interkultureller Humanismus, Wochenschauverlag, Einleitung. 8-22.

Sander, W. (2004). Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland, Marburg, 136.

Spiegel Online: Rom unterstützt eine Retrokirche: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/helmut-schueller-von-aufruf-zum-ungehorsam-tritt-beim-katholikentag-auf-a-833058.html> (30.8.2012).

Statistik Austria (2001): Bevölkerung 2001 nach Religionsbekenntnis und Staatsangehörigkeit: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/022894.html (27.10.2012).

- Statistik Austria (2001): Bevölkerung nach dem Religionsbekenntnis und Bundesländern 1951 bis 2001:
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/index.html
 (10.11.2012);
- http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/022885.html
 (10.11.2012).
- Statistik Austria (2012): Migration & Integration, zahlen.daten.fakten 2012, Publikationen, Migration und Integration 2012, 111:
http://www.statistik.at/web_de/suchergebnisse/index.html, (12.10.2012).
- Ullrich, A. (2009): Integration in Österreich:
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integrationsstudie.pdf (12.10.2012).
- Universität Luzern, Theologischen Fakultät (13.3.2012): Das Blöken der Herde: Als die Schafe plötzlich sprechen konnten... – Wie viel Partizipation verträgt Rom?
<http://uniluzern.wordpress.com/2012/03/13/das-bloeken-der-herde-als-die-schafe-plotzlich-sprechen-konnten-wie-viel-partizipation-vertragt-rom/> (5.10.2012).
- Vereinte Nationen, Generalversammlung (2000): Millenniums-Erklärung.
<http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklaerung.pdf> (14.4.2012).
- Weinert, F. E. (2001): Vergleichende Leistungsmessung in Schulen – eine umstrittene Selbstverständlichkeit, 27f, in: Ders. (Hrsg.): Leistungsmessung in Schulen, Weinheim, 17-31.
- Weinzierl, E: Kirche und Nationalsozialismus, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes:
<http://www.doew.at/frames.php?/service/ausstellung/1938/22/22.html> (31.8.2012).
- Wiener Wohnen: Informationsblatt über den Sandleitenhof:
metadb.wrws.at/open/object_pdf/0816307/export.pdf (30.11.2011).
- Wiener Zeitung Online: Interreligiöses Zentrum - nur gespielte Offenheit?
http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_integrations/gesellschaft/404312_In_terreligioeses-Zentrum-nur-gespielte-Offenheit.html (8.8.2012).
- Wirtsch, M.: Politische Bildung und Schulentwicklung in Österreich an den Allgemein bildenden Höheren Schulen, 75. In: Diendorfer, G., Steininger, S. (Hrsg.) (2006): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag: <http://www.politischebildung.ch/schweiz-international/international/oesterreich/?details=1&cHash=c30579d6a20ee8b98e9f708375b5a677> (26.10.2012).
- Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/August_Bebel (27.8.2012);
http://de.wikipedia.org/wiki/Rosa_Luxemburg (10.11.2012);
http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Liebkecht (10.11.2012);
http://de.wikipedia.org/wiki/Giacomo_Matteotti (10.11.2012);
<http://de.wikipedia.org/wiki/Gegenreformation> (10.11.2012);
http://de.wikipedia.org/wiki/Boko_Haram (10.11.2012).
- Yousefi, Hamid Reza: Globalisierung im Prozess der Geschichte: Ziele – Probleme – Möglichkeiten, in: Wege zur Globalisierung: Theorien – Chancen – Aporien – Praktische Dimensionen, hrsg. v. Hamid Reza Yousefi (mit Klaus Fischer u.a.), Nordhausen 2010 (25-42).

Yousefi, Hamid Reza: Toleranz und Intoleranz in der Religion. Ein kommunikativer Weg zur Verständigung, in: Wege zur Religion: Aspekte – Grundprobleme – Ergänzende Perspektiven, hrsg. v. Hamid Reza Yousefi (mit Hans Waldenfels und Wolfgang Gantke), Nordhausen 2010 (103-120).

Zeit Online Geschichte: Als das Volk für Hitler die Demokratie abwählte:
<http://www.zeit.de/wissen/geschichte/2012-07/weimarer-republik-nsdap-reichstagswahl/seite-1> (12.8.2012).

Zentrum für Demokratie Aarau: Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik, Institut Forschung und Entwicklung, Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz: Politische Bildung in Österreich:
<http://www.politischebildung.ch/schweiz-international/international/oesterreich/?details=1&cHash=c30579d6a20ee8b98e9f708375b5a677> (16.9.2012).

... politische Bildung zum Nachschlagen:

Europa und International, z.B.:

Bundeszentrale für politische Bildung: Networking European Citizenship Education, NECE: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/nece/> (2.11.2012).

Council of Europe: Education – Cultural co-operation:
http://www.coe.int/T/E/Cultural_Co-operation/education/ (30.10.2012).

Council of Europe: Citizenship and Human rights education:
http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/default_en.asp,
<http://hub.coe.int/web/coe-portal/what-we-do/education-and-sports/citizenship?dynLink=true&layoutId=51&dlgroupId=10226&fromArticleId=>
(30.10.2012).

Council of Europe (2008): White Paper on Intercultural Dialogue, 118th Session of the Committee of Ministers, Strasbourg, 7 May 2008, CM(2008)30 final, 1-35.
<http://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/White%20Paper%20final%20EN%20020508.pdf> (30.10.2012).

Council of Europe (2010): Charter for Citizenship Education:
http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/Charter/Charter_EN.asp (30.10.2012).

Dürr, K.-H. (2005): Die Europäisierung der Demokratiebildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36/05, 16-21.

European Commission: Citizenship Education in Europe
http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/139EN.pdf.

Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG), in: Amtsblatt der Europäischen Union, L 394/13 vom 30.12.2006.

Europäische Gemeinschaften, Generaldirektion Bildung und Kultur (Hrsg.): Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen - ein europäischer Referenzrahmen (Anhang zum voranstehenden Dokument), ebd.

Fraillon, J., Schulz, W. & Ainley, J. (2012). ICCS 2009 Asian Report: Civic knowledge and attitudes among lower-secondary students in five Asian countries: Amsterdam: IEA: <http://iccs.acer.edu.au/index.php?page=initial-findings> (30.10.2012).

Georgi, V.B. (Hrsg.) (2008): The Making of Citizens in Europe, Bundeszentrale für politische Bildung.

Kerr, D., Sturman, L., Schulz, W., & Burge, B. (2010). ICCS 2009 European Report: Civic knowledge, attitudes and engagement among lower secondary students in 24 European countries. Amsterdam: IEA: <http://iccs.acer.edu.au/index.php?page=initial-findings> (30.10.2012).

Mickel, W.: Politische Bildung in Europa, in: Wolfgang Sander (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Bonn 2007, S. 635-651.

Sander, W.; Scheunpflug, A. (Hrsg.) (2011): Politische Bildung in der Weltgesellschaft. Herausforderungen, Positionen, Kontroversen. Bundeszentrale für politische Bildung.

Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Kerr, D. & Losito, B. (2010). Initial Findings from the IEA International Civic and Citizenship Education Study. Amsterdam: IEA: <http://iccs.acer.edu.au/index.php?page=initial-findings> (30.10.2012).

Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Kerr, D., & Losito, B. (2010). ICCS 2009 International Report: Civic knowledge, attitudes and engagement among lower secondary school students in thirty-eight countries. Amsterdam: IEA: <http://iccs.acer.edu.au/index.php?page=initial-findings> (30.10.2012).

Schulz, W., Ainley, J., Friedman, T. & Lietz, P. (2011). *ICCS 2009 Latin American Report: Civic knowledge and attitudes among lower-secondary students in six Latin American countries*: Amsterdam: IEA: <http://iccs.acer.edu.au/index.php?page=initial-findings> (30.10.2012).

Schulz, W., Ainley, J., & Fraillon, J. (Eds.) (2011). *ICCS 2009 Technical Report*. Amsterdam: IEA: <http://iccs.acer.edu.au/index.php?page=initial-findings> (30.10.2012).

Vertrag von Lissabon, Bonn 2010.
http://europa.eu/lisbon_treaty/full_text/index_de.htm (2.11.2012).

Handbücher und Standardwerke, z.B.

Althammer, J.; Kruber, K.-P. (Hrsg.) et.al. (2007): *Handbuch ökonomisch-politische Bildung*. Wochenschau Verlag.

Besand, A.; Sander, W. (Hrsg.) (2010): *Handbuch Medien in der politischen Bildung*. Wochenschau Verlag.

Beutel, W.; Fauser, P. (Hrsg.) (2011): *Demokratiepädagogik, Lernen für die Zivilgesellschaft*, Wochenschau Verlag.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1994): *Politikdidaktik kurz gefasst. Planungsfragen für den Politikunterricht*.

Hellmuth, T.; Klepp, C. (2010): *Politische Bildung. Geschichte – Modelle – Praxisbeispiele*, UTB Verlag.

Lage, D. (Hrsg.); Reinhardt, V. (Hrsg.) (2010): *Basiswissen Politische Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht*, 6 Bände.

Lösch, B. (Hrsg.); Thimmel, A. (Hrsg.) (2010): *Kritische politische Bildung: Ein Handbuch* Wochenschau Verlag.

Mickel, W. (1999): *Handbuch zur politischen Bildung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*, Bd. 358.

Sander, W. (Hrsg.) (2005): *Handbuch politische Bildung. Praxis und Wissenschaft*. Wochenschau, völlig überarbeitet 3. Auflage.

Weißeno, G., Richter, D. (Hrsg.) et.al. (2007): *Wörterbuch der politischen Bildung*, Wochenschau Verlag.

Internet, z.B.

Caesar, I. (2012): Social Web - politische und gesellschaftliche Partizipation im Netz: Beobachtungen und Prognosen, Simon Verlag für Bibliothekswissen.

Demokratie – Politik – Partizipation:

<http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Demokratie> (24.10.2012).

Demokratiezentrum: Lernmodule zur politischen Bildung:

<http://www.demokratiezentrum.org/bildung/politische-bildung.html> (24.10.2012).

forum politische bildung: Online-Version der Schriftreihe mit zusätzlichen aktuellen Materialien wie Texte, Tabellen und Infografiken mit ausführlichen Analysetexten für eine vertiefende Information zum jeweiligen Thema:

<http://www.politischebildung.com/?Sel=4> (24.10.2012).

Onlinekurs „Politische Bildung“: <http://www.e-lisa-academy.at/?cid=6102>

(24.10.2012).

Österreichische Gesellschaft für politische Bildung: <http://www.politischebildung.at/>

(24.10.2012).

Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Demokratiewerkstatt:

<http://www.demokratiewerkstatt.at/18.html> (2.4.2012).

Republik Österreich: Homepage des Parlaments. Jugendparlament:

<http://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/JP/> (2.4.2012).

Universität Wien, Fachdidaktikzentrum Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung:

www.geschichtsdidaktik.eu, www.didactics.eu, www.che.itt-history.eu (24.10.2012).

Zentrum Polis: Politik Lernen in der Schule:

<http://www.politik-lernen.at> (24.10.2012).

Journale und Zeitschriften, z.B.

forum politische bildung, Schriftenreihe; Informationen zur Politischen Bildung im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur:

<http://www.politischebildung.com/?Sel=6> (24.10.2012).

geschichte für heute, Zeitschrift für historisch-politische Bildung, Wochenschau Verlag:

<http://www.geschichtefuerheute.de/> (24.10.2012).

Jahrbuch der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik, Wochenschau Verlag:

http://wochenschau-verlag.de/content/abo_gd.htm (24.10.2012).

Journal für politische Bildung,

Bundesausschuss Politische Bildung und Wochenschau Verlag:

<http://www.wochenschau-verlag.de/journal/Impressum.htm> (24.10.2012).

POLIS, Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Wochenschau Verlag:

<http://wochenschau-verlag.de/> (24.10.2012).

zeitschrift für didaktik der gesellschaftswissenschaften,
Wochenschau Verlag:
<http://www.wochenschau-verlag.de/zdg/Impressum.htm> (24.10.2012).

Zeitschrift Politische Bildung, Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur
Unterrichtspraxis, Wochenschau Verlag:
<http://www.zeitschriftpolitischebildung.de/> (24.10.2012).

Österreichische Vereine, z.B.:

Interessensgemeinschaft Politische Bildung, IGPB:
<http://www.igpb.at/Startseite.html> (24.10.2012).

Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, ÖGPB:
<http://www.politischebildung.at/> (24.10.2012).

Universitäten, z.B.:

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft gemeinsam mit der Fakultät für
Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) der Universität Klagenfurt und dem
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur:
http://www.bmwf.gv.at/startseite/studierende/studieren_in_oesterreich/informationen_fuer_studierende/universitaeten/weiterbildung_an_universitaeten/medien_gesellschaft/politische_bildung_und_mas/ (8.11.2012);
http://www.uibk.ac.at/fakultaeten/philosophisch_historische/fachdidaktik-gsp/
(8.11.2012).

Universität Krems, Plattform Politische Kommunikation: <http://www.donau-uni.ac.at/de/studium/politischebildung/index.php> (8.11.2012).

Universität Linz, Institut für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik:
<http://www.jku.at/content/e262/e242/e2380/e2123> (8.11.2012).

Universität Linz, Institut für neuere Geschichte und Zeitgeschichte:
<http://www.jku.at/ifz/content/e156973>, (8.11.2012).
<http://www.jku.at/content/e262/e242/e2380/e48433>, (8.11.2012).

Universität Salzburg, Zentrale Arbeitsstelle für Geschichtsdidaktik und Politische
Bildung: http://www.uni-salzburg.at/portal/page?_pageid=1485,718595&_dad=portal&_schema=PORTAL
(8.11.2012).

Universität Salzburg: http://www.uni-salzburg.at/portal/page?_pageid=2027,848118&_dad=portal&_schema=PORTAL,
(8.11.2012).

Universität Wien, Fachdidaktikzentrum Geschichte, Sozialkunde und Politische
Bildung:
www.geschichtsdidaktik.eu, www.didactics.eu, www.che.itt-history.eu (24.10.2012).